Die oberschlesische Frage in Versailles.

Geschichte des Artikels 88.

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexanders-Universität zu Erlangen

vorgelegt von
EDUARD ABRAHAMCZIK
aus Gleiwitz O/S.

19 37

DISSERTATIONS-VERLAG G. H. NOLTE DÜSSELDORF

1937/149

Referent: Professor Dr. Weigel

Tag der mündlichen Prüfung: 18. II. 1936.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

MEINEM VATER.

GLIEDERUNG:

I. Schlesische Geschichte (Kurzer Überblick) 1

II. Die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen bis zum Weltkriege 4

III. Die polnische Frage während des Weltkrieges . . . 7

a) Die polnische Frage und Rußland 8

b) Die polnische Frage und die Zentralmächte . . . 9

c) Die polnische Frage und die Westmächte . . . 11

IV. Die Verhandlungen in Paris und Versailles . . . 28

a) Die Monate Januar bis April 28

b) Der Entwurf vom 7. Mai und die deutschen Gegenvorschläge 37

c) Der Kampf der Drei 45

d) Frankreichs polenfreundliche Haltung und die Einstellung der anderen Mächte in der oberschlesischen Frage. Kurzer Rückblick 56

V. Die polnischen Argumentationen 59

a) Das ethnographische Argument 59

b) Das historische Argument 64

c) Das geographische Argument 67

d) Das wirtschaftliche Argument 69

VI. Oberschlesien und die oberschlesische Frage . . . 74

VII. Der Leidensweg der Oberschlesier von Versailles bis Genf Knapper Überblick 78

I. SCHLESISCHE GESCHICHTE.

Die Geschichte Oberschlesiens ist von der Geschichte des gesamten Schlesiens nicht zu trennen. Die schlesische Geschichte wiederum ist seit Jahrhunderten Teil der deutschen Geschichte.

Vor der Völkerwanderung ist Schlesien nach Tacitus [1]) von germanischen Stämmen bewohnt gewesen, von den Lygiern. Zweigstämme derselben waren die Vandalen und die Silinger. Bestätigt haben die germanische Siedlung Schlesiens unzählige Funde und Ausgrabungen. Die germanische Besiedlung Schlesiens, auch Oberschlesiens, reicht bis in die Eisenzeit hinein. Von polnischen Praehistorikern, in deren Mittelpunkt Professor Kostrzewski-Posen, ist in die vorgeschichtliche Wissenschaft der tendenziöse Irrtum hineingetragen worden, nach dem Ostdeutschland die Urheimat der Polen ist. Die in Frage kommenden Schriften tragen mehr politischen als wissenschaftlichen Charakter. Die Richtigkeit der These widerlegt Freiherr von Richthofen in der Broschüre „Gehört Ostdeutschland zur Urheimat der Polen"? (Danzig 29).

Der Strom der Völkerwanderung entführte die Germanen ins römische Imperium. Es ist anzunehmen, daß Reste der germanischen Bevölkerung zurückgeblieben sind [2]). W. Petzsch will sogar noch eine größere Anzahl von Vandalen im 6. Jahrhundert nachweisen können [3]). In diesem Jahrhundert rückten Slaven in dieses Land ein. Sie teilten das Land in sechs Gaue ein, deren größter Slenzane (Zobtenberg = Slenz) hieß. Es ist möglich, daß in diesem Namen die Erinnerung an die Urbewohner, die Silingen, sich gehalten hat. Die Slaven besiedelten dieses Land nur dünn und begnügten sich zumeist mit den verwaisten germanischen Siedlungen. Geschichtlich spielten sie erst gegen Ende des ersten Jahrtausend eine Rolle.

Im 9. Jahrhundert bildete Schlesien einen Teil des großmährischen Reiches. Dieses Reich ist der erste Versuch einer Staatsbildung bei den Westslaven. Der böhmische Einheitsstaat des 10. Jahrhunderts hatte auch Mittel- und Niederschlesien im Besitz. Wahrscheinlich hat Herzog Wratislaus I. († 981) Breslau als Nordfestung gegründet. Die Gaue Opoloni (Oberschlesien) und Krakau wurden durch Eroberung dazu gewonnen. Ein neues slavisches Reich, das Piastenreich mit Polen als Kern, fing an, sich um das Jahr 1000 von Norden her auszudehnen. Bald gehörten die Odergaue den Piasten. Nach harten Kämpfen riß Boleslaus Chobry (der Starke) ganz Schlesien und Krakau an sich. Im 11. Jahrhundert bürgerte sich der

1) Tacitus Germania, cap. 43.
2) Siehe Darstellungen und Quellen zur schles. Geschichte VI, S. 20.
3) Deutscher Kulturatlas 1931, Vorgesch. 24.

Name Polen für dieses Piastenreich ein. Das 12. Jahrhundert sah Familienzwistigkeiten bei den Piasten hereinbrechen. Wladislaus, von seinen Brüdern Boleslaus und Mesko um sein Erbe betrogen, zog nach Deutschland und starb hier. Seinen beiden Söhnen vermittelte der Kaiser Friedrich Barbarossa 1163 die Herrschaft in zwei Teilfürstentümern — Boleslaus I. erhielt Breslau und Glogau, sein Bruder Mesko Opeln, Ratibor und Teschen, wozu er sich noch Beuthen, Auschwitz (Oswiecim) und Zatos hinzu erwarb. Diese Lande standen von nun ab im Lehns- und Schutzverhältnis zu den Hohenstaufenkaisern; formal gehörten sie noch weiter zu Polen, waren aber nur noch dem Namen nach polnische Teilfürstentümer. In der Tat kann man das Jahr 1163 als Beginn der Loslösung von Polen ansehen, die allmählich, aber folgerichtig durchgeführt wurde. Einen Fortschritt in dieser Richtung bedeutete Heinrich der Bärtige (1208—38), der Sohn Boleslaus I. Er war nach der bestehenden Seniorätsverfassung — nach diesem typisch slavischen Gesetz hatte einer der vielen Piasten Polen nach außen zu vertreten, wobei der betreffende Fürst den Rang eines Oberherzogs inne hatte; von einer tatsächlichen Oberherrschaft über die anderen Piasten war aber keine Rede — Oberherzog von Polen. Er hatte als letzter von den schlesischen Piasten dieses Amt bekleidet. Nach ihm löste sich die Seniorätsverfassung auf. Diese Tatsache kam praktisch einer Trennung der schlesischen Fürsten und Lande von Polen gleich. Mit Deutschland verbanden Heinrich vielfache Beziehungen. Lange Jahre hatte er daselbst gelebt. Seine Mutter und seine Gemahlin, die hl. Hedwig aus dem Geschlecht der Grafen von Meran, waren deutsch. So kam es, daß das schlesische Piastenhaus ein deutsches geworden war. Gern hatte es die höhere deutsche Kultur angenommen.

Es braucht daher nicht zu wundern, daß damit auch der Kolonisation der Weg geebnet war. Schon Heinrich betrieb sie planmäßig. Er rief deutsche Mönche, Bürger, Bauern und Kaufleute ins Land. Diese große Bewegung ging auf völlig friedlichem und unblutigem Wege von statten und wäre ohne die Initiative der Fürsten, die sie einleiteten, aber auch — das erscheint besonders wichtig — ohne Zustimmung des Volkes, das den Wert der höheren Kultur wohl begriff und ihre Wohltaten und Segnungen am eigenen Leibe bald erfuhr, kaum von dem durchschlagenden Erfolg gewesen.

Nach dem Mongolensturm (1241 Walstatt bei Liegnitz) erreichte die Kolonisation ihren Höhepunkt. Um die Wende des 13. und 14. Jahrhunderts dagegen trat ein Stillstand ein, der durch innerpolitische Schwierigkeiten des Reiches bedingt war. (Interregnum usw.). Inzwischen aber waren im weiten Schlesierlande zahlreiche Siedlungen und Städte mit deutschem Recht, d. h. mit Selbstverwaltung, aus dem Boden gewachsen. Mit dem Deutschtum war Wohlstand, Freiheit und Zivilisation im Lande eingekehrt. In die Arbeit hatten sich vorwiegend Franken, Thüringer, Vlamen und Niedersachsen geteilt.

Allerdings hatte sich das deutsche Element nur ungleichmäßig verteilt. Slaven und Deutsche kamen vielfach schachbrettartig ne-

beneinander zu leben. In Oberschlesien drang die Kolonisation unvollkommen vor. Starke Einflüsse und Erfolge blieben aber auch hier nicht aus. Für lange Zeit blieb diese Arbeit hier fast allein in den Händen der Klöster und des Bistums Breslau. Unter Herzog Kasimir (1220—1230/31) griff die Kolonisation rascher um sich. Deutsche Städte blühten auf, polnische Bauern wurden in deutsches Recht umgesetzt. Die bedeutendsten Kulturzentren waren die Klöster Rauden (1258 gegründet) und Himmelwitz. Raudener Mönche machten zum ersten Mal eine bescheidene Eisenindustrie heimisch.

Die innere und äußere Trennung Schlesiens von Polen war Tatsache geworden. Die schlesischen Fürsten waren selbständig und bekannten sich zum Deutschtum. Zwischen Böhmen, Polen und Ungarn gelegen, bestand für ihr Land immer die Gefahr, von diesen Mächten zerrieben zu werden. Sie mußten bei einem der mächtigen Nachbarn Schutz suchen. Ihre Wahl fiel auf Böhmen, in dem kulturell ähnliche Verhältnisse waren. Auch in Böhmen hatte das Deutschtum gesiegt. Als erster trug der Herzog Kasimir von Cosel-Gleiwitz-Beuthen dem deutschen Fürsten Johann von Luxemburg sein Land an, um es als Lehen der böhmischen Krone wieder zu empfangen. (1289). Die anderen Fürsten Schlesiens folgten diesem Beispiel. Nach dem Aussterben der jeweiligen Fürsten sollte das Land als erledigtes Lehen an die Krone Böhmens fallen. So wurde der böhmische König Landesherr von Schlesien. Damit gehörte Schlesien indirekt zum deutschen Reiche, da Böhmen deutsches Kurfürstentum war und unter der Führung seiner deutschen Könige aus dem Hause Luxemburg, von denen einige sogar die deutsche Kaiserkrone getragen haben, als rein deutscher Staat anzusehen war, der eine wesentliche Stütze des großen deutschen Kaiserreiches bildete. Der deutsche Charakter Böhmens und seiner Könige fand seinen vornehmsten Ausdruck in der Gründung der ersten deutschen Universität im damals deutschen Prag durch Karl IV. im Jahre 1348. Damit hat das deutsche Böhmen ein Denkmal geschaffen, das an sein ehemaliges Deutschtum die Jahrhunderte hindurch gemahnt hat.

Im Trentschiner Vertrag von 1335 leistete der letzte polnische Piast feierlich auf Schlesien Verzicht zugunsten Böhmens. Dieser Vertrag bedeutet lediglich die theoretische Bestätigung der praktisch schon lange bestehenden Loslösung Schlesiens von Polen. Schlesien selbst grenzte sich aufs schärfste gegen seinen polnischen Nachbarn ab, als die schlesischen Fürsten mit Polen 1397 ein Landfriedensbündnis zur Verhütung gegenseitiger Grenzverletzungen schlossen. Dadurch haben die schlesischen Fürsten selbst ihre Trennung von Polen bezeugt. Einwendungen wie diesen, daß die schlesischen Fürsten sich weiter als polnische Fürsten gefühlt haben, ist mit dieser Tatsache der Boden entzogen.

Im 14. und 15. Jahrhundert teilte also Schlesien die Geschicke Böhmens. Im Frieden zu Olmütz 1479, der die Thronstreitigkeiten zwischen Matthias Corvinus von Ungarn und dem polnischen Fürsten Wladislaus um die Krone Böhmens beendete, kam Schlesien zu

Ungarn, von dem es 1526 (Türkenschlacht bei Mohacz) an das deutsche Haus Habsburg fiel. Schlesien wurde in Österreich als besonderes Staatswesen des Hauses Habsburg und der Krone Böhmens behandelt. Es zählte zu den deutschen Ländern der habsburgischen Hausmacht. Die 200 Jahre seiner Beziehungen zu Wien bedeuten für Schlesien kulturell nicht die schlechteste Zeit seiner Geschichte. Es hat in dieser Zeit großartige Proben seines Deutschtums abgelegt. So haben, um nur ein Beispiel zu nennen, die schlesischen Dichterschulen führenden Anteil an der sich entwickelnden deutschen Literatur genommen. Die Namen Logau, Gryphius, Opitz, Angelus Silesius haben in der deutschen Literaturgeschichte einen guten Klang. In einem nicht deutschen Staate wären ihre Leistungen kaum möglich gewesen. Sie waren vielmehr nur der Ausdruck eines blühenden deutschen kulturellen Lebens im damaligen Schlesien.

Der deutsche Charakter des böhmischen wie des österreichischen Staates dieser Zeit muß besonders betont werden, da das von polnischer Seite immer unberücksichtigt geblieben ist. Es ist eben einmal nicht so, wie viele Polen es darzustellen versucht haben, daß Schlesien, als es zu Preußen kam, zum ersten Mal in deutsche Hände kam. Gewaltige Vorarbeit war schon geleistet worden, als Preußen es übernahm. Diese deutschen Leistungen der vorpreußischen Zeit spiegeln sich wieder im gotischen und barocken Stadtbild der schlesischen Hauptstadt, sie finden aber auch beredten Ausdruck in anderen Denkmälern im weiten schlesischen, auch oberschlesischen Lande.

Friedrich d. Große entriß Schlesien Österreich in den schlesischen Kriegen auf Grund alter Erbverträge. Der Besitz Schlesiens rückte Preußen in die Reihe der Großmächte und half die deutsche Vormachtstellung Preußens mitbegründen. Schlesien seinerseits wurde bald eines der treuesten Länder der preußischen Krone. Das preußische Schlesien und seine alte Hauptstadt bildeten einige Jahrzehnte später den Ausgangspunkt zu dem ruhmreichen Freiheitskampf gegen Napoleon. Oberschlesien verdankt seinen industriellen Aufschwung allein Preußen. Die Grundlagen für eine großzügige Industrie gab der Boden mit seinem Reichtum an Mineralien und Kohlen. Unter den umsichtigen Händen vom Staate beauftragter Männer konnte sich die Entwicklung zum mächtigen Wirtschaftsfaktor vollziehen. Deutscher Fleiß, deutsches Kapital, deutsche Technik und geistige Schöpferkraft haben Oberschlesien zu dem gemacht, was es heute ist. Sie haben auch dem heute polnischen Teil dieses Gebietes für alle Zeiten den Stempel des deutschen Charakters aufgedrückt.

II. DIE POLNISCHEN UNABHÄNGIGKEITS-BESTREBUNGEN BIS ZUM WELTKRIEGE.

Da die Abtretung Oberschlesiens aufs engste mit der Errichtung des neuen polnischen Staates im Weltkriege verknüpft ist, läßt sich

die Schilderung der Vorkommnisse, die zu dieser Schöpfung geführt haben, kaum umgehen. Ein Überblick über die polnische Geschichte, wenigstens seit 1795, ist durchaus nötig, soweit er in ganz groben Zügen die großen Linien aus der ungemein verwickelten und wechselvollen Geschichte der polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen hervorzuheben versuchen will. Eine ganz vortreffliche, bis in alle Einzelheiten gehende Darstellung dieser polnischen Frage findet sich bei W. Recke in seinem aus zahllosen Quellen schöpfenden Buche „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik" (Berlin 1927) und in W. Feldmanns übersichtlichem Werk „Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795—1914)" (München und Berlin 1927) [4]).

Das Jahr der dritten Teilung Polens, 1795, hatte endgültig dem polnischen Staatswesen ein Ende gemacht. Die polnische Geschichte dagegen hat mit diesem Jahre keineswegs aufgehört. Das 19. Jahrhundert hindurch werden die Polen nicht müde, um die Wiederaufrichtung des alten Polen oft verzweifelt zu ringen. Die polnische Frage, durch die Zugehörigkeit des ehemaligen Gebietes zu den drei Großmächten Rußland, Österreich und Preußen äußerst verwickelt und nur schwierig zu lösen, wurde zum internationalen Problem innerhalb der europäischen Politik. Mit dieser Tatsache hatte man sich in den an der Wiederaufrichtung Polens interessierten Kreisen bald vertraut gemacht. Schon zeitig hatte man in Polen das Gefühl, daß die Lösung der polnischen Frage nur im Rahmen einer allgemeinen europäischen Verwicklung möglich sein werde. „Um den Weltkrieg für die Freiheit der Völker bitten wir dich, o Herr" [5]). So faßte Mickiewicz diesen Gedanken in einer poetischen Form. Diese Idee ist tatsächlich Gemeingut der polnischen Patrioten geworden.

Die erste Hoffnung der Polen war Napoleon.

Das Herzogtum Warschau, das er ihnen 1807 brachte, erfüllte ihre Wünsche nicht. Es handelt sich bei diesem politischen Schachzug Napoleons lediglich um einen Stützpunkt seiner Politik im Osten. Es war für Frankreich eine vorgeschobene Festung im Osten, die vor allem einen Keil zwischen Preußen und Rußland treiben sollte. Die nationalpolnischen Interessen berührten Napoleon nur insoweit, wie er sie für seine eigenen Ziele ausnützen konnte.

Der Wiener Kongreß

brachte neue Enttäuschungen für Polen. Er schien eine Bestätigung und Erweiterung der polnischen Teilung. Rußland hatte danach 82%, Österreich 10% und Preußen 8% des ehemaligen Polen im Besitz. Das blieb im wesentlichen so bis zum Weltkriege. Durch den ungeheuren russischen Anteil, in dem außerdem die Hauptstadt lag,

4) Feldmann gehört den galizischen Kreisen Polens an, die für eine deutschfreundliche Politik waren.

5) Nach Luckwardt, Fr. Deutschland, Rußland, Polen. Die geschichtl. Entw. der Ostprobleme. Danzig 1929, S. 19.

wurde die polnische Frage zu einer innerrussischen Angelegenheit. Zunächst suchte Alexander I. nicht ohne Erfolg die Sympathie breitester Schichten zu gewinnen, indem er den Titel „König von Polen" annahm. Als er aber diesem Königreich die russischen Gebiete aus den Teilungen vorenthielt, erfuhr das Verhältnis ernste Trübungen. Auf den

Novemberaufstand des Jahres 1830

folgte eine Leidenszeit für Polen, die dem Lande Freunde in aller Welt zuführte. Leidenschaftlichster Haß gegen Rußland hielt den Rachgedanken lebendig. Man fühlte sich in Polen zu Preußen hingezogen, dem man sogar die Krone Polens anbot [6]).

Nach dem

Aufstand von 1863,

der auch erfolglos verlief und von neuen Leiden gefolgt war, verließ man die Politik der Gewalt und strebte eine Versöhnungspolitik an. Die neue polnische Industrie hatte ihr Absatzgebiet in Rußland. Wollte man den Ruin dieser blühenden Industrie vermeiden, so mußte man auf eine Versöhnung mit Rußland hinarbeiten. Den polnischen Bauern hatte die russische Regierung durch geschickte Maßnahmen auch schon gewonnen. Eine Ausgleichspartei, geführt von Spasowicz und Erasme Piltz, verkündete, „daß Polen nur im russischen Reiche eine glückliche Zukunft beschieden" sein könne [7]). Ihr gehörten vornehmlich die Unternehmer an. Genannt wurde diese Partei „die Realisten". Die Arbeiter traten den beiden sozialistischen Parteien bei. „Die Sozialdemokratie des Königreich Polens" war international und gegen alle Unabhängigkeitsbestrebungen eingestellt. Der „polnischen Partei der Sozialisten" schwebte ein selbständiges Polen, eine Volksrepublik vor Augen. In diesem Lager stand schon in jungen Jahren Pilsudski.

Neben diesen Bewegungen gelangte noch eine andere nationale Richtung in den Vordergrund, geschart um die Männer Poplawski und Roman Dmowski. Es handelt sich hier um die spätere nationaldemokratische Partei, die bald den größten Einfluß in Polen haben sollte. Dmowski war die Seele dieser Richtung. Ihm gelang es schon in den letzten beiden Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts, den Gegensatz gegen Rußland abzuschwächen und den gegen Deutschland in den Vordergrund zu stellen. „Eroberung des preußischen und österreichischen Teilgebietes wurde als nächstes Ziel gewiesen. Sogar Ostpreußen und Schlesien forderte Dmowski bereits" [8]). Die Loslösung von Rußland hatte er fallen gelassen. Dmowski dachte an eine Autonomie Polens als Königreich im Rahmen des gesamtrussischen Staatswesens und bekämpfte daher jede

6) Siehe Feldmann, Politische Ideen, S. 130/31.
7) Siehe Recke, Die poln. Frage als Problem der europäischen Politik, Berlin 1927, S. 157.
8) Luckwaldt, Ostprobleme, S. 17.

revolutionäre Strömung gegen Rußland. Die politischen Ideen und Ziele Dmowskis aus dieser Zeit sind mithin nichts anderes als Panslavismus polnischer Färbung. Dmowskis deutschfeindliche Propaganda, gestützt, wenn es nicht anders ging, auf Lügenmärschen einer deutschen Invasion und preußischer polenfeindlicher Maßnahmen, brachte alle erbitterten Empfindungen gegen Rußland im polnischen Volke zum Schweigen. Die zum Teil unglückliche Polenpolitik der preußischen Regierung begünstigte nur noch Dmowskis Erfolg in dieser Hinsicht. (Enteignungsgesetz 1908). Der Haß der Polen richtete sich jetzt vorwiegend auf Deutschland. Von der Wichtigkeit dieser Ablehnung an Rußland wurde Dmowski umso überzeugter, je sicherer er den Krieg zwischen den Zentralmächten und der Entente voraussah, von dem er Polens Heil erwartete.

In keinem der drei polnischen Teilgebiete hat es seit 1863 Unabhängigkeitsbewegungen revolutionärer Art gegeben. Diese Taktik hatten alle polnischen Parteien aufgegeben, um eine andere aufzunehmen. Die polnische Nation sollte „an Volksbildung und materiellem Wohlstand“ [9]) zunehmen, damit jedermann zum Kampfe für die Freiheit fähig werden konnte. Dieses Ziel verfolgte in Posen der Marcinkowski-Verein. In russisch Polen und Galizien wurde diese Arbeit nachgeahmt. Es verbreitete sich „die Idee eines geheimen polnischen Staates ohne revolutionären Charakter, mit Organisierung der ökonomischen und kulturellen Arbeit“ [10]). So rüstete langsam die polnische Nation im Stillen, gelangte zu Wohlstand und Bildung. In Galizien konnte sie sich politisch schulen. Bei dieser sachlichen Arbeit erhoffte man die Stunde Polens, die mit der Stunde eines Krieges unter den drei Teilungsmächten identisch sein konnte und es auch tatsächlich werden sollte.

III. DIE POLNISCHE FRAGE WÄHREND DES WELTKRIEGES.

Die alte Hoffnung der Polen, ein internationaler Konflikt würde Polen die ersehnte Freiheit bringen, ist im Weltkrieg erfüllt worden. Man begrüßte diesen Krieg stürmisch und es wurde den Polen klar, daß der Sieg ihrer Sache eine Angelegenheit der siegenden Mächte sein werde. Den glücklichsten Zufall, daß alle drei Teilungsmächte zusammenbrechen sollten und die polnische Freiheit jetzt allein von den Westmächten geregelt werden sollte, vermochte niemand in Polen vorauszusehen. Die für Polen glückliche Lösung, fast alle polnischen Gebiete, die durch die Teilungen in fremde Hand gekommen waren, und dazu noch Oberschlesien, das Jahrhunderte lang von Polen getrennt war, im neuen polnischen Staate vereint zu sehen, hat selbst die kühnsten Hoffnungen weit übertroffen.

9) Feldmann, Politische Ideen, S. 226.
10) Feldmann, ebenda S. 225.

a) Die polnische Frage und Rußland.

Die Stellungnahme Rußlands zur polnischen Frage war in den Kriegsjahren bis zum russischen Zusammenbruch ganz eindeutig. Den Standpunkt, das polnische Problem sei eine innerrussische Angelegenheit, konnte die zaristische Regierung gegen die westlichen Verbündeten durchsetzen. Den Polen versprach man Selbstverwaltung der vereinten polnischen Gebiete. „Lasset die Schranken, die Polens Völker trennen, fallen; vereinigt euch unter dem Zepter des mächtigen Zaren! Unter seinem Zepter wird Polens Wiedergeburt in seiner Selbständigkeit, seiner Religion, seiner Sprache erfolgen“ [11]). So lautete ein Aufruf an das polnische Volk, erlassen vom Oberstkommandierenden Großfürst Nikolay Nikolajewitsch. Die Annahme, daß es sich hierbei um ein leeres Versprechen handelt, wie es den Polen von Rußland schon oft gegeben war, erscheint nur zu berechtigt, wenn man die russisch-französischen Beziehungen gerade dieser Frage weiter verfolgt. Rußland verlangt von Frankreich Ausschließung der polnischen Frage von den Gegenständen internationaler Erörterung. Ja, Rußland ließ in Paris andeuten, es rechne damit, volle Freiheit bezüglich der deutschen und österreichischen Grenzen zu haben und billige den Westmächten das gleiche Recht bezüglich der deutschen Westgrenze zu. Die französische Rheinpolitik sollte die Zustimmung Rußlands finden, wenn Rußland volle Handlungsfreiheit bei der Festsetzung seiner westlichen Grenzen belassen werde [12]).

Durch den Zusammenbruch des zaristischen Rußland sind dann diese häufigen Besprechungen nichtig geworden. Die folgende provisorische Regierung erließ am 17./30. März 1917 eine Proklamation, die die Polen zur Freiheit aufrief. „Die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates, gebildet aus allen den Gebieten, deren Bevölkerung in der Mehrheit aus Polen besteht“, als „das hoffnungsvolle Pfand eines dauerhaften Friedens in dem künftigen neu erstandenen Europa“ wird „getreu dem Abkommen mit den Verbündeten (Westmächte) gegen das streitsüchtige Germanentum“ fest zugesichert [13]). Damit war der polnische Staat von Rußland anerkannt. Damit wurden die Kreise in Polen, die noch an eine Anlehnung an die Zentralmächte geglaubt hatten, plötzlich vor eine ganz neue Perspektive gestellt. Die Anlehnung an die Entente schien nun allen Polen das allein Verheißungsvolle. Jetzt erst hatte Dmowski ganz Polen so weit, wie er es seit langem haben wollte, nämlich eine eindeutige Stellungnahme gegen Deutschland. Ein polnisches Heer von 700 000 Mann wurde in Frankreich aufgestellt und eine provisorische Regierung, das polnische Nationalkomitee [14]), konstituierte sich

11) Abgedruckt bei Roth, Entstehung d. poln. Staates Berlin 1926, S. 10.
12) Notenwechsel zwischen dem russischen Außenminister Pokrowski und dem Vertreter Rußlands in Paris, Iswolski, abgedr. bei Filasiewicz, La question polonaise pendant la guerre mondiale. Paris 1920. S. 138 ff.
13) abgedr. bei Roth, a.a.O. S. 128.
14) Die Gründung fand in Lausanne statt.

August 1917 in Paris. Dmowski war die treibende Kraft. Eine ähnliche Erscheinung bildete die Rada Polska in Petersburg, die auch danach strebte, ein Heer zur Rettung des russischen Heeres aufzustellen. Dazu war es jedoch zu spät. Die bolschewistische Regierung Lenins trennte sich von den Ententemächten und stimmte im Sonderfrieden von Brest-Litowsk vom 3. Mai 1918 der Randstaatenpolitik, also auch Polens Selbständigkeit, zu.

b) Die polnische Frage und die Zentralmächte.

Für Deutschland und Österreich war die polnische Frage ein äußerst schwieriges Problem. Eine für Polen restlos glückliche Lösung schien von vornherein unmöglich, da das Ziel der Polen, Vereinigung aller ehemals polnischen Gebiete, für die beiden Staaten die Abtrennung ihrer von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete in irgend einer Form zur Folge hätte haben müssen. Für Deutschland war das ganz unmöglich. Der Besitz von Posen und Westpreußen war für Preußen-Deutschland eine Lebensfrage. Ein etwaiger Verlust dieser Länder hätte „die Sehnen des preußischen Staates“ [15]) zerschnitten. Kulturelle, strategische und wirtschaftliche Momente sprachen dagegen. Österreich verfolgte in der polnischen Frage seine eigenen Interessen. Das Ziel der Wiener Diplomaten war während des ganzen Krieges die austro-polnische Lösung, der Trialismus, d. h. Polen sollte als dritte Macht im Staate an die Seite Österreichs und Ungarns treten. Dem widerstrebten einmal die Ungarn, weil sie nicht an Einfluß im Staate verlieren wollten. Das polnische Gebiet im österreich-ungarisch-polnischen Staate sollte Galizien und Kongreßpolen vereinen. Die Verhandlungen in dieser Angelegenheit gingen hin und her. Zunächst sagte Bethmann-Hollweg dieser Lösung zu. Mitte April 1916 jedoch teilte er diese Meinung nicht mehr und eröffnete dem k. und k. Außenminister Burian den deutschen Plan, einen polnischen Staat aus Kongreßpolen zu schaffen, als Pufferstaat, aber mit Anlehnung an Deutschland. Man hatte nämlich auf deutscher Seite nicht einsehen wollen, daß Österreich entgegen seinen militärischen Leistungen ein enso großen Gewinn an Land davontragen sollte. Einen weiteren Aufschub der Lösung dieser polnischen Frage — Bethmann hatte nicht an eine sofortige Lösung gedacht — duldeten die militärischen Kreise in Deutschland nicht mehr. Man erhoffte von einem zu schaffenden polnischen Staate ein großes Heer. Der Generalgouverneur von Warschau, v. Beseler, verfocht diesen Gedanken ganz entschieden. Er versprach sich ein Heer von 350 000 Mann, wenn die Zentralmächte ein Königreich Polen ausrufen wollten. Die oberste Heeresleitung griff diesen Gedanken auf. In einem Briefe vom 17. Juli 1916 schreibt Ludendorff an den Unterstaatssekretär Zimmermann: „Da richtet sich mein Auge

15) sagte Bismarck laut Recke, a.a.O. S. 48.

wiederum auf Polen. Der Pole ist ein guter Soldat..... Schaffen wir ein Großfürstentum Warschau und Lublin und dann eine polnische Armee unter deutscher Führung. Mal kommt die polnische Armee doch; jetzt können wir sie brauchen“ [16]). Der Chef der obersten Heeresleitung, General v. Falkenhayn, richtete zwei Tage nach diesem Briefe Ludendorffs an den Reichskanzler ein Telegramm, in dem er eine baldige Lösung der polnischen Frage mit Hinblick auf die polnischen Hilfstruppen dringend anempfiehlt. Am 11. und 12. August 1916 folgten Verhandlungen in Wien, die die Basis für die Proklamation vom 5. November 1916 schufen. Bethmann wollte die Proklamation möglichst lange hinausschieben. Die österreichischen Deplomaten und vor allem die oberste Heeresleitung, von Beseler, der die Dinge sehr optimistisch sah, stark beeinflußt, drangen jedoch auf eine sofortige Proklamation. Am 18. Oktober fand in Pleß/Oberschlesien ein Kriegrat statt, an dem Hindenburg, Ludendorff, Beseler von deutscher und Conrad von Hötzendorf und Burian von österreichischer Seite teilnahmen. Entgegen einer Warnung Hötzendorfs, die Hoffnungen auf ein polnisches Heer nicht zu übertreiben, wurde beschlossen, die Proklamation zu veröffentlichen. Zwar war eine Einigung zwischen Deutschland und Österreich in manchen wichtigen Fragen noch nicht erreicht worden. Am 5. November 1916 ist es dann zu jener denkwürdigen Proklamation des Königreichs Polen in Warschau gekommen. „Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Österreich und apostolischer König von Ungarn ... sind darin übereingekommen, aus diesen Gebieten (die der russischen Herrschaft entrissenen) einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten. .... In seiner eigenen Armee sollen die ruhmvollen Überlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem großen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird im gemeinsamen Einvernehmen geregelt werden. ... Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freuden neu erstehen und aufblühen sehen“ [17]). Die Hoffnungen, die an die Proklamation geknüpft waren, das Heer, erfüllten sich nicht. Nur eine klägliche Anzahl meldeten sich.

Am 5. November 1916 war der polnische Staat noch nicht geschaffen worden. Es handelte sich hierbei vielmehr um ein Versprechen, einen solchen später zu schaffen, wie Roth in seiner völkerrechtlich politischen Untersuchung, die wir oben zitiert haben, nachzuweisen versucht. Polen blieb ein Königreich ohne König und ohne Grenzen. Im Oktober 1917 wurde ein Regentschaftsrat eingesetzt,

16) Abgedruckt bei Recke, a.a.O. S. 252.
17) Abgedruckt bei Roth, a.a.O. S. 129.

der die oberste Staatsgewalt verkörpern sollte. Weitere Stufen auf dem Wege zum polnischen Staat bedeuteten die Übernahme des Gerichts- und Schulwesens durch polnische Behörden und die Gründung der Universität Warschau im September—November des Jahres 1917. Diese von den Zentralmächten angestrebte Entwicklung zu einem polnischen Staate wurde abgebrochen, als im November 1918 Deutschland und Österreich zusammenbrachen. Inzwischen waren andere Hände am Werk, die die endgültige Schaffung des polnischen Staates durch die Ententemächte vorbereiteten. Und doch ist der neue polnische Staat durch Pilsudski zunächst unabhängig von der Entente und dem Nationalkomitee in Paris und entgegen dem Wunsche Dmowskis auf der Grundlage der deutsch-österreichischen Schöpfung vom 5. November 1916 ins Leben gerufen worden. Während deutsche Regimenter den Rücken der Polen gegen die ungeheure bolschewistische Gefahr im Osten decken mußten, — Dmowski hatte es bei den Waffenstillstandsverhandlungen durchzusetzen verstanden, daß die deutsche Front gegen Rußland erst zurückgezogen werden durfte, wenn die Alliierten es gestatten würden — konnte Pilsudski aus den Händen des Regentschaftsrates in Warschau die oberste Gewalt entgegennehmen[18]). Nach dem Zusammenbruch der deutschen Besatzungsbehörde in Warschau ist dann der alte Traum vieler Polen, der polnische Staat, am 11. November 1918 Wahrheit geworden. Es bedeutet eine Tragik, daß Deutschland auch diesmal wieder durch seine Armee Pate stehen mußte bei dieser Entstehung eines Staates, der ihm einige Monate später die blutigsten Wunden schlagen sollte. Der junge Staat war eine ganz schwache Blüte und wäre vom dahinbrausenden Bolschewismus zerpflückt worden, wenn deutsche Heere nicht durch ihren schützenden Arm diesen gewaltigen Strom aufgehalten hätten. Mit dem Nationalkomitee in Paris, das zunächst diese Schöpfung als Ursupation bezeichnete, kam es bald zu einem Ausgleich. Der Vertreter dieser Männer, Ignaz Paderewski, einstmals gefeierter Klaviervirtuose, wurde Ministerpräsident neben dem großen Staatschef Pilsudski. Das neue Polen war aber noch weit davon entfernt, ein lebensfähiger Staat zu sein. Dazu fehlte ihm einmal die zustimmende Anerkennung der Westmächte, dann aber auch besonders die festgesetzten Grenzen. Diese beiden Grundpfeiler seines staatlichen Bestehens erhielt Polen dann von der Friedenskonferenz in Paris. Erst in Paris fand die seltsame Entwicklung ihr Ende. Polen war zu einem großen Staate im Osten Europas geworden.

c) Die polnische Frage und die Westmächte.

Schon verhältnismäßig früh beschäftigte sich der amerikanische Präsident Wilson mit dem zukünftigen Frieden. Amerika sollte

18) Die Tätigkeit Pilsudskis schildert auch Skrzynski in „Poland and Peace." S. 54, 55.

nicht unvorbereitet an die Verhandlungen, die einmal kommen mußten, herangehen. Am 2. September 1917 bat Wilson brieflich den Colonel House, Fachleute um sich zu scharen und mit diesen ein amerikanisches Programm für die zukünftigen Friedensverhandlungen auszuarbeiten[19]). Colonel House rief einen Untersuchungsausschuß, „the Inquiry", ins Leben, Präsident war Dr. Mezes, Sekretär W. Lippmann. Der Geograph Dr. Isaiah Bowman war einer der Mitarbeiter. Unter den etwa 150 Mitgliedern befand sich mancher Wissenschaftler und Wirtschaftler von Ruf. Die Kommission arbeitete in Sektionen. Diejenige, die sich mit Polen und Rußland zu beschäftigen hatte, führte der Historiker Professor Dr. Lord von der Haward Universität.

Im Anfang Januar 1918 lag der 1. Bericht dieses Ausschusses Wilson vor[20]). Der Bericht erkennt die Schwierigkeiten des polnischen Problems. Im wesentlichen soll Polen aus dem russischen und österreichischen Polen bestehen und durch die deutschen Flüsse und Kanäle Zugang zum Meere haben. Von einer Abtretung deutschen Gebietes ist nichts gesagt.

Der ganze Bericht war die Grundlage für sechs der vierzehn Punkte, die Wilson am 8. Januar 18 verkündete. Auch zu Punkt 13 empfing Wilson von hier Anregungen. Punkt 13 lautet: „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, denen ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährleistet und dessen politische und ökonomische Unabhängigkeit, sowie dessen territoriale Integrität durch internationalen Vertrag garantiert werden sollen"[21]).

Wilhelm Ziegler in seinem „Versailles"[22]) schiebt auch Paderewski Einflüsse auf die Gestaltung des 13. Punktes zu und hat sicher dabei nicht ganz Unrecht. Paderewski war Vertreter des Nationalkomitees in Amerika. Als solcher nutzte er Beziehungen aus, die er schon vorher als Klaviervirtuose in Amerika angeknüpft hatte[23]). Mit Oberst House schien er gut befreundet zu sein. Dieser scheint für die polnische Angelegenheit ein sehr offenes Ohr gehabt zu haben, wenn Paderewski von ihm schreiben konnte: „Es ist der Traum meines Lebens gewesen, einen Vermittler

19) House-Seymour, The intimate Paperps of Colonel House, London 1928, Bd. III, 173, 174.

20) Baker, R. St. Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles, 1919, Bd. III, 23 ff. Über Polen, ebenda S. 36, 37.

21) Baker, a.a.O. III, S. 42.

22) Ziegler, Versailles, Die Geschichte eines mißglückten Friedens, Hamburg 1933, S. 112.

23) Paderewski scheint erst später durch Dmowski auf Oberschlesien und seinen Wert für Polen aufmerksam gemacht worden zu sein. Am 5. Febr. 16 hielt er in einem Konzert in Chikago eine Rede, die uns in der Schrift „Poland Past and Present" erhalten ist. In diesem Heftchen ist zwar von „Posen, the ancient" und „Danzig, the wealthy" (S. 11) die Rede, die Paderewski zu Polen rechnet, von einem polnischen Oberschlesien oder Schlesien spricht Paderewski hier noch nicht.

für mein Land zu finden. Jetzt bin ich sicher, daß ich nicht eitle Träume gehabt habe“ [24]). Kurz vor der Verkündigung derselben berieten House und Wilson die polnische Angelegenheit. Sie hatte vor sich ein Memorandum des Nationalkomitees, das nur Paderewski als Vertreter desselben House übergeben haben konnte. Man stellte nur kleine Abweichungen gegenüber der eigenen Meinung fest [25]). Die Annahme Zieglers scheint also berechtigt. Paderewskis Einfluß ist sehr wahrscheinlich.

In einer Rede am 11. Februar 1918 verkündete Wilson noch einmal 4 Grundsätze, die bei der künftigen Friedensschließung Anwendung finden sollten. Wir wollen nur den 2. und den 3. Punkt anführen: Die anzuwendenden Grundsätze sind folgende: . . . . . zweitens, daß Völker und Provinzen nicht von Oberherrschaft zu Oberherrschaft verschachert werden, als wenn sie nur Hab und Gut und nur Figuren in einem Spiel wären, sei es auch in dem nunmehr für immer diskreditierten Spiele des Gleichgewichtes der Mächte; sondern
drittens, daß jede durch diesen Krieg aufgeworfene territoriale Regelung im Interesse und zugunsten der beteiligten Bevölkerungen getroffen werden muß und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder eines Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten [26]).

Aus Wilsons Rede in Mount Vernon (4. Juli 1918) sei der 2. Punkt erwähnt. Wilson fordert da: „Die Erledigung jeder Frage, ob sie sich auf Gebiete, auf Souveränität, auf wirtschaftliche Vereinbarungen oder auf politische Beziehungen erstreckt, auf Grund der freien Annahme jener Vereinbarung durch das unmittelbar davon betroffene Volk und nicht auf Grund des materiellen Interesses oder des Vorteils irgendeiner anderen Nation oder eines anderen Volkes, das eine abweichende Vereinbarung zugunsten seines eigenen äußeren Einflusses oder seiner Herrschaft wünschen mag“ [27]).

Aus all den hier angeführten Aussprüchen Wilsons und aus dem Bericht der Untersuchungskommission kann man eine Spitze gegen Deutschland keineswegs herauslesen. Vor allem scheinen sie gewalttätige Gebietsabtretungen überhaupt von vornherein auszu-

---

24) House-Seymour, a.a.O. II, 341. “It has been the dream of my life to find a providential man for my country. I am now sure that I have not been dreaming vain dreams“.

25) House-Seymour, III, 340, 341.

26) Lansing, R., Peace Negotiation, S. 286. “The principles to be applied are these:
Second, that peoples and provinces are not bartered about from sovereignity to sovereignity as if they were mere chattels and pawns in a game, even the great game, now for ever discredited, of the balance of powers; but that third, every teritorial settlement involved in this war must be made in the interest and for the benefit of the populations concerned, and not as part of any mere adjustment or compromise of claims amongst rival States“.

27) Baker, a.a.O. III, S. 43.

schließen. Von einer Abtretung deutscher Gebiete steht nichts da. Im Gegenteil laut dem obigen Bericht kann man ganz genau ersehen, wie Wilson sich die Neugestaltung Polens gedacht hat. Deutsches Gebiet sollte nicht angetastet werden. Der Zugang Polens zum Meere soll durch die Weichsel und die deutschen Kanäle nach Hamburg und Bremen gesichert sein. Kein Wort von Losreißung deutschen Bodens findet sich bisher in Wilsons Erklärungen, die Deutschland als Friedensbasis annahm und, wenn man Wilsons Worten Glauben schenken konnte, auch annehmen konnte. Umsomehr muß man erstaunt sein, wenn man Wilsons veränderte deutschfeindliche Haltung bei Behandlung der deutsch-polnischen Grenzen in Paris sieht. Daß hier polnische Einflüsse eine bedeutende Rolle spielen, ist nicht schwer zu erraten.

Die ersten polenfreundlichen Einflüsse suchte Geord Sosnowski auf den Präsidenten auszuüben. Walter Recke hat in seinem Buche Sosnowskis Beziehungen zu Amerika aufgedeckt [28]).

Sosnowski war im russischen Auftrag nach Amerika gekommen, um Waffenlieferungen zu überprüfen. Bald gab er seinen Posten auf und betrieb als Privatmann polnische Politik. Zunächst bemühte er sich um Amerikas Eintritt in den Krieg. Als das Tatsache geworden war, rückte Sosnowski mit einem großen territorialen Programm heraus, das einer Zerstückelung Preußens gleichkam. Auch Oberschlesien forderte er. „Obwohl die Polen dieses Gebiet schon vor der ersten Teilung verloren hatten, muß es ihnen zurückgegeben werden, da gerade durch diese Rückgabe den militärischen Vorbereitungen Preußens und Deutschlands ein Riegel vorgeschoben wird“ [29]). Sosnowski konnte Wilson nicht von der Richtigkeit seines Vorschlages überzeugen, wie aus den oben angeführten Wilsonschen Erklärungen, die erst später erfolgten, hervorgeht. Noch nicht hatte sich Wilson die Gedankengänge der Polen, die eine Abtretung deutscher Gebiete anstrebten, zu eigen gemacht.

Auch Ignaz Paderewski versuchte den Präsidenten zu überreden. Als Vertreter des polnischen Nationalkomitees hat er, wie schon oben erwähnt, Gelegenheit gehabt, seine polnischen Wünsche Wilson nahezubringen. Sein Mittelsmann war House, der intimste Mitarbeiter des Präsidenten. Diesem überreichte Paderewski eine Denkschrift, die er in acht Nachtstunden mit Hilfe des Nachschlagewerkes von Piltz „Petite Enzyclopädie Polonaise“ verfaßte. Nach einem eingehenden Studium derselben hat dann House die Forderungen Paderewskis dem Präsidenten vorgetragen. Leider ist diese Denkschrift nicht aufzufinden. Die Leistungen Paderewskis in Amerika waren natürlich groß und begünstigt durch die persönliche Wertschätzung, die Wilson dem ehemaligen großen Künstler, einem Abgott des amerikanischen Publikums, entgegen-

28) Recke, a.a.O. S. 284 ff.
29) Aus einem Briefe an Wilson v. 12. April 1917 nach Recke, S. 292.

brachte [30]). Zudem scheint Paderewskis Persönlichkeit einen besseren Eindruck auf den Präsidenten gemacht zu haben als Sonowski und später Dmowski. Es ist anzunehmen, daß Paderewski, wie er es auch in Paris getan hat, seine Ansprüche auf die preußischen Gebiete zwar entschieden vorgetragen hat, aber ein wenig vorsichtiger als z. B. Dmowski die Sachlage dargestellt hat. Zu diesem Schluß besteht einige Berechtigung, wenn man die Quelle, die Paderewski benutzt hat, durchblättert. Das Buch von Piltz ist weit objektiver als die anderen polnischen Propagandaschriften. Von dieser Schrift wird noch an anderer Stelle zu reden sein [31]).

Selbst Paderewski hat aber Wilson noch nicht zu dem endgültigen Beschluß, deutsches Gebiet von Deutschland abzutrennen, bewegen können. Durch Paderewski ist die polnische Frage vorerst nur in den Interessenkreis Wilsons gerückt worden.

Eine überragendere Rolle spielte Roman Dmowski in Amerika. Was der taktvollere, die Stellung des amerikanischen Präsidenten respektierende Paderewski, nicht erreichen konnte, versuchte dieser maßlose, gewandte Verfechter der polnischen territorialen Ziele mit gröberen und unverschämteren Mitteln. An dieser Stelle sei einmal seine bisherige Arbeit kurz geschildert.

Wie schon erwähnt, hatte Dmowski schon vor der letzten Jahrhundertwende der polnischen Politik eine andere Richtung aufgezwungen. Das damals proklamierte Ziel, die preußischen Teilgebiete dem Erzfeind Polen zu entreißen, hat er nie aus dem Auge verloren und sich mit seltener Leidenschaftlichkeit für dasselbe eingesetzt. Schon vor dem Kriege hat er bei jeder Gelegenheit auf die preußischen Gebiete hingewiesen. So hat er im Jahre 1909 ein Buch herausgebracht, das auch in französischer Sprache erschien, unter dem Titel „La question Polonaise". In demselben behandelt er gerade auch diese Frage. Oberschlesien z. B. bezeichnet er als eine ethnographisch und historisch polnische Landschaft [32]). Er machte die neue Politik Polens auch populär bei den übrigen slawischen Völkern. Auf einem Kongreß der österreichischen slawischen Völker, der im Frühling 1908 in Petersburg stattfand, stellt er den Kampf Polens „contre le germanisme" [33]) in den Vordergrund. Als Verbündete in diesem Kampfe sah er alle slawischen Völker an. Auch der Tagung der slavischen Völker in Prag 1908 wurde seine

---

30) Die Wertschätzung Wilsons kommt zum Ausdruck in einem herzlich gehaltenen Schreiben Wilsons an Padereski vom 23. Aprpil 19; s. Miller, David, Hunter, My Diary at the Conference of Paris. (20 Bde. 1925/26); Bd. IX, S. 54; in diesem Brief spricht Wilson mit Hochachtung von Paderewskis wertvoller Arbeit für Polen und von seiner schätzenswerten Art, die Ansprüche vorzutragen.

31) Paderewskis objektivere und gemäßigtere Richtung kommt auch in seiner Schrift „Poland Past and Present" zum Ausdruck. Darin ist von Oberschlesien keine Rede. (s. Anm. 23).

32) Dmowski, La question polonaise. Paris 1909, S. 37 ff.

33) Dmowski, ebenda, S. 144.

Politik unterbreitet und vor allem die Bedeutung der polnischen Frage, wie sie Dmowski sah, von allen Vertretern erkannt.

Im Kriege erhöhte Dmowski seine Aktivität und griff in die große Politik ein. Am 2. Februar 1917 fand eine Versammlung von Polen aller Gebiete statt, die zu der Proklamation des 5. November 1916 Stellung nahm. In einem Briefe[34]) an den Präsidenten Wilson, den an erster Stelle Dmowski unterzeichnet, wird dieser neue Staat als von Deutschland abhängig abgelehnt und Wilsons Eintreten für ein vereinigtes, unabhängiges und selbständiges Polen in der Kongreßrede des 22. Januar 1917 dankbar zur Kenntnis genommen. Eine Gewähr für ein wirklich unabhängiges Polen sieht die Versammlung nur in der Vereinigung des ganzen nationalpolnischen Gebietes „des Karpathes à la mer Baltique“ [35]). Ähnliche Forderungen sind im Kriege wiederholt erhoben worden. Mit allen Regierungen der deutschfeindlichen Mächte ist Dmowski in irgendeiner Form in Berührung gekommen. Zu Kriegsanfang versuchte er für seine Politik die russischen Kreise zu interessieren. Als sich aber die russische Regierung reserviert verhielt, sah Dmowski ein, daß Polens Heil nicht von Rußland, das selber eine der drei großen Teilungsmächte war, zu erhoffen sei. An dem Gedanken, daß Polens Zukunft nur bei den Feinden der Zentralmächte gesichert sei, hielt er fest. Schon im November 1915 reiste er heimlich nach Westeuropa. In der Schweiz fand er Landsleute, die von seinen Plänen begeistert waren. Ignaz Paderewski gab eine der glänzendsten Künsterlaufbahnen auf, um sich der Politik zu verschreiben. Marjan Seida, Redakteur der Posener Zeitung „Kurjier Posanski“, war auch darunter. Eine Pressestelle wurde in Lausanne gegründet, die die Zeitungen Westeuropas in polenfreundlichem Sinne orientieren sollte. In London, Paris und Rom saßen Mitarbeiter, wie Piltz, Graf Plater, Graf Zamoyski, Professor Loret u. a. Mit einer Arbeit Seidas über die preußischen Teilgebiete betrieb Dmowski die Agitation von London aus. Frankreich und England aber konnten wegen Rußland nicht viel Sympathien entgegenbringen. Man verhielt sich da kühl. Nach der russischen Revolution konnte Dmowski aktiver werden. Mit drei Denkschriften versuchte er Balfour, den englischen Außenminister, zu beeinflussen. Darin behandelte er die Umgestaltung Europas. Diese Denkschriften faßte er in einer privaten Schrift zusammen, um sie allen Staatsmännern der Entente zukommen zu lassen[36]). Nach Recke ist der Gedankengang in großen Zügen der folgende. Zur Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes ist die Schaffung eines neuen, starken, unabhängigen Polens eine wichtige Bedingung. Diesem fällt die Aufgabe zu, dem

---

34) Filasiewicz, a.a.O. S. 137/138.

35) Filasiewicz, a.a.O. S. 138. Deutsch: „Von den Karpathen bis zum baltischen Meer.“

36) Diese Schrift war leider nicht zu erreichen. Die Hauptideen Dmowskis sind einer anderen Denkschrift zu entnehmen (s. weiter unten).

deutschen Expansionswillen im Osten Einhalt zu gebieten. Ein Friede ohne Gebietsabtretungen Deutschlands im Osten würde seine Vormacht in Osteuropa verewigen. Der neue polnische Staat muß politisch wie wirtschaftlich stark werden, wenn er obige Aufgabe erfüllen soll. Er muß daher Danzig, Zugang zum Meere und Oberschlesien bekommen. Als Entschädigung kann man Deutschland Deutschösterreich geben. Neben der Schwächung Preußens ist nämlich die Zertrümmerung des alten österreichisch-ungarischen Staatsverbandes für die Neugestaltung Europas unerläßlich. Deutschösterreich fällt außerdem noch die Rolle zu, gegen die Vorherrschaft Preußens in Deutschland ein Gegengewicht zu sein. Der neue Schwerpunkt Deutschlands muß nach dem Südwesten verschoben werden.

Der englische Außenminister hatte anscheinend wenig Lust, sich in irgendeiner Weise festzulegen. Er mied Roman Dmowski aber, woraus zu schließen ist, daß er nicht für seine Pläne zugänglich war.

Am 15. August 1917 gründete Dmowski dann das polnische Nationalkomitee in Lausanne. Der Sinn dieser Schöpfung war: „Die Kräfte der polnischen Organisationen Polens, Rußlands und Amerikas zu einigen um zu dem Siege der Alliierten beizutragen und so die Einheit und Unabhängigkeit Polens zu verwirklichen“ [37]).

Dmowski hatte keinen leichten Standpunkt, zumal es viele Polen in Westeuropa gab, wie den heutigen Außenminister Zaleski, die als Anhänger der Pilsudski-Partei seinen Bestrebungen entgegenarbeiteten und die vor allem gegen die imperialistischen Tendenzen Dmowskis waren.

Nach der 2. russischen Revolution traten die Alliierten in Paris zu einer Konferenz zusammen (v. 29. November bis 1. Dezember). Von dieser Konferenz erhofft sich der Kreis um Dmowski eine gemeinsame Erklärung der Entente „assurant l'avenir de la Pologne“ [38]). Das Nationalkomitee in Paris wollte deshalb, daß sich die Konferenz auf folgende Formel, die sie der Konferenz unterbreitete, einige: „Erwägend, daß die Unabhängigkeit Polens eine der Hauptbedingungen eines dauerhaften und gerechten Friedens sowie eines Rechtsregimes in Europa ist, entschieden die Alliierten, daß die Schaffung eines polnischen Staates unter Bedingungen, die seine volle politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit — das bedeutet die Wiedervereinigung aller polnischen Gebiete in einem Staate, mit einbegriffen diejenigen Gebiete, die Polen den Zugang zum Meere geben — sichern würden, als eine der Friedensbedingungen aufgestellt werden wird“ [39]). Die Bemühungen Dmowskis, der noch eine Denkschrift

37) Filasiewicz, a.a.O. S. 214. „à unifier les efforts des organisations polonaises de Pologne, de Russie et d'Amerique pour contribuer à la victoire des alliés et pour réaliser ainsi l'unité et l'indépendance de la Pologne“.

38) Filasiewicz, a.a.O. S. 296, 297.

39) ebenda. S. 297. „Considérant que l'indépendance de la Pologne est une des principels conditions d'une paix durable et juste, ainsi que d'un régime de droit en Europe, les alliés décident que la création d'un Etat

der Konferenz überreichte, waren erfolglos. Die Polen waren bitter enttäuscht, wie Filasiewicz berichtet. Der einzige Erfolg war der, daß die Staatsmänner Westeuropas nunmehr Erklärungen bezüglich Polens abgaben, die aber nur allgemeiner Natur waren und den polnischen territorialen Wünschen nicht entsprachen.

So erklärte noch im Dezember 1917 der französische Außenminister Pichon in der Kammer: „Wir haben begrenzte Pflichten gegenüber den unterdrückten Nationalitäten .... auch Polen gegenüber .... für das ich nur wiederholen kann, was nacheinander M. Briand, M. Asquith und M. Ribot versichert haben, daß wir wissen, daß wir ihre Sache von der unsrigen nicht trennen können .... Daß wir Polen einig, unabhängig und unteilbar, mit allen Garantien seiner freien politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung und allen Folgen, die sich daraus ergeben können, wünschen“ [40]).

Lloyd George erklärte am 15. Januar 1918: „Wir glauben, daß ein unabhängiges Polen, daß alle echt polnischen Elemente, die einen Teil desselben bilden wollen, umfaßt, eine brennende Notwendigkeit für die Beständigkeit Westeuropas bildet“ [41]).

Aus Amerika ließ sich der Präsident mit den 14 Punkten vernehmen, deren 13. bekanntlich Polen galt. In Rom hatte Orlando auch nur undeutlich von einem unabhängigen Polen als einem Friedenselement gesprochen [42]).

Alle diese Erklärungen waren wenig nach dem Wunsche Dmowskis. Mit den „genuinely Polish elements“ L. Georges und den „indisputably Polish populations“ W. Wilsons konnte sich Dmowski nicht zufrieden geben. Vor allen Dingen war Lloyd Georges Erklärung wenig nach seinem Wunsche, da sie noch den Willen der in Frage kommenden Bewohner voraussetzte. Die Aussichten besserten sich auch den Sommer über nicht. Zwar gaben die Premierminister Frankreichs, Italiens und Englands am 3. Juni 1918 eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie davon sprachen, daß die Schaffung eines geeinten unabhängigen Polens die Grundlage eines gerechten Friedens sei [43]). Jedoch auf die polnischen Wünsche,

---

polonais dans des conditions qui garantiraient sa pleine indépendance politique, économique et militaire, ce qui signifie la réunion en un Etat de tous les territoires polonais, y compris ceux qui donnent à la Pologne accès à la mer, sera posés comme une des conditions de la paix“.

40) Filasiewicz, a.a.O. S. 309. „Nous avons des devoirs étroits à l' égard des nationalités opprimées . . . aussi de la Pologne . . . pour laquelle je ne puis que redire ce qu' ont affirmé successivement M. Briand, M. Asquith, M. Ribot, à savoir que nous ne séparons pas sa cause de la notre . . . que nous la voulons une, indépendante, indivisible, avec toutes les garanties de son libre développement politique, économique, militaire et toutes les consequences qui pourront en résulter.“

41) Ebenda, S. 312. We believe, hovever that an independante Poland, comprising all those genuinely Polish elements who desire to form part of it, is an urgent necessity for the stability of Western Europe.“

42) Filasiewicz, a.a.O. S. 300.

43) Ebenda, S. 465.

die soviel deutsches Gebiet forderten, hörte und antwortete niemand. In seiner Sorge entschloß sich Dmowski zu einem bedeutungsvollen Schritt. Er wußte längst, daß Wilson bei den Friedensverhandlungen eine führende Rolle spielen werde und glaubte vor allem dem Präsidenten, der wie alle Entente-Staatsmänner von der Notwendigkeit eines polnischen Staates überzeugt war, auch noch von der Bedeutung der territorialen Fragen überzeugen zu müssen, bevor man an das Friedenswerk ginge. Er begab sich daher nach Amerika, Ende August 18. Paderewski und Seida arbeiteten schon in Amerika, hatten jedoch sehr wenig Hoffnung. Dmowski kannte bereits den negativen Standpunkt Wilsons in der Gebietsfrage. Er hatte von zwei Mitarbeitern des Prof. Lord von dem Bestehen des Untersuchungsausschusses erfahren, obwohl diese Angelegenheit geheim gehalten werden sollte, wie Lansing bestätigt. Ja, Dmowski wußte noch mehr. „Die polnische Sektion der Kommission House hatte von hoher Stelle den Auftrag erhalten, sich mit den Landesteilen des preußischen Gebietes überhaupt nicht zu beschäftigen“ [44]). Dmowski zieht aus dieser Tatsache den allein richtigen Schluß, daß Wilson nicht daran dachte, deutsches Territorium zu verletzen, ja eine Abtretung deutschen Gebietes nicht einmal zur Diskussion zu stellen bereit war. In dieser Auffassung wird man noch bestärkt, wenn man den oben erwähnten Bericht des „Inquiry“ durchliest, wo von den deutschen Gebieten keine Rede ist.

In der ersten Zusammenkunft mit dem Präsidenten mußte sich Dmowski davon überzeugen, daß Wilson in der Tat sehr weit von seinen Plänen entfernt war [45]). Wilson kam aber Dmowski entgegen. Dmowski sollte dem Präsidenten eine Karte mit den gewünschten Grenzen mit Erläuterungen und den Rechtsansprüchen überreichen. Der Präsident wollte dann die territorialen Ansprüche der Polen überprüfen. Dmowski verfaßte also eine Denkschrift, die er dem Präsidenten am 8. Oktober übergab [46]). Diese Denkschrift ist es wert, daß man sich mit ihr beschäftigt. Sie enthält vor allem, was die territoriale Frage angeht, alle Gedanken, die Dmowski schon in den fast unzähligen Denkschriften und sonstigen Äußerungen gebracht hat.

Schon der 1. Satz ist typisch für Dmowski und sein Ziel. „Das polnische Problem ist vor allem ein territoriales Problem“ [47]). Polen „muß eine große schöpferische Demokratie in Osteuropa werden“, eine Schanze gegen den deutschen Drang nach dem Osten, und gleichzeitig muß es sich gegen zersetzende Einflüsse wehren“ [48]). (Hauptsächlich aus Rußland). Um diesen Schwierigkeiten beizukommen, müssen folgende Bedingungen für Polen erfüllt werden:

---

44) Keller, K. Die Fremdsprachige Bevölkerung in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches, Berlin 1929, S 22 Aus Dmowskis Memoiren.
45) Keller, a.a.O. S. 21, 22.
46) Abgedr. bei Roth, a.a.O. S. 133 ff.
47) Ebenda, S. 133.
48) Ebenda, S. 134.

1. „Es (Polen) muß ein umfangreiches Gebiet und eine zahlreiche Bevölkerung umfassen,

2. seine Bevölkerung muß hinreichend einheitlich sein, um ihm innere Geschlossenheit zu sichern,

3. seine Grenzen müssen geographischen Bedingungen entsprechen, damit seine Unabhängigkeit von den Nachbarn gesichert wird“ [49]).

Die innere Kraft des alten großen polnischen Staates sei durch ein übertriebenes Hinauswachsen nach Osten, wo es zur Zivilisierung von Völkern, die auf niedriger Kulturstufe standen, seine beste Kraft aufbrauchen mußte, zum Schaden der polnischen Kernprovinzen geschwächt worden. Nach der Teilung hätten dann die Teilungsmächte alles getan, um die polnische Bevölkerung zu vermindern. Preußen habe mit Gewalt versucht, das Land zu germanisieren, während Rußland und Österreich es versucht hätten, polenfeindlichen Stimmungen unter den ruthenischen und litauischen Teilen des ehemaligen polnischen Staates den Boden zu bereiten. Der Erfolg sei ein mäßiger gewesen. Die amtliche Statistik der jeweiligen Staaten habe das Resultat weit übertrieben. Man habe der Welt Polen als ein kleines Land dargestellt und dadurch bei allen großen Völkern eine gleichgültige Stimmung gegenüber Polen erzeugt. Nur ein Land habe die volle Bedeutung Polens innerhalb der europäischen Politik erkannt — Deutschland. Von deutschen Staatsmännern und Schriftstellern sei eingestanden worden, daß die polnische Frage für Deutschland die wichtigste sei, und daß die Entstehung eines unabhängigen Polens für Deutschland ein tödlicher Schlag sein werde. Die Zentralmächte hätten sich daher mit dem polnischen Problem während des Krieges beschäftigt. Natürlich hätten sie dabei zuerst an ihre Interessen gedacht. Einer territorialen Lösung der Frage stünden sie feindlich gegenüber, weil nach Lösung gerade dieser Frage die wirkliche Unabhängigkeit Polens gesichert sein würde; ein unabhängiges Polen aber würde die deutsche Ostpolitik ganz empfindlich stören. Es würde auf der anderen Seite dadurch, daß es organisatorischer Mittelpunkt der kleinen slavischen Völker des Südostens würde, ein starkes „Bollwerk für die Sache der Freiheit und der Demokratie“ bilden [50]).

Im folgenden zeigt dann Dmowski die Bedeutung der einzelnen Teile des historischen und ethnographischen Polens, die sie im neuen Staate gewinnen sollten.

I. Das preußische Teilgebiet. Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien seien die polnischen Provinzen Preußens — Schlesien und der Hauptteil Ostpreußens habe zur Zeit der Teilung nicht mehr zum polnischen Reiche gehört. In ihrer Sprache aber seien sie polnische Gebiete. „Die Anwendung der antipolnischen Ausnahme-

49) Denkschrift bei Roth, a.a.O. S. 134.
50) Roth, a.a.O. S. 135.

gesetze durch die deutsche Regierung beweist unwiderleglich die Stärke des nationalen polnischen Gedankens in der dortigen Bevölkerung“ [51]). Die deutsche Regierung und das deutsche Volk hätten gemeinsam gegen das Polentum gekämpft, diese durch die antipolnischen Maßnahmen, jenes durch den Ostmarkenverein (80 000 Mitglieder), der die Bemühungen der Regierung unterstützt hätte. Man habe aber den nationalen Widerstand der Polen nicht brechen können. Polnische Bevölkerung, polnischer Grundbesitz, Handel und Industrie seien ständig gewachsen. Das beweise die Lebensfähigkeit der dortigen Polen. Die deutsche Regierung würde aber solange ihre destruktive Politik weiterbetreiben, bis sie die polnischen Provinzen in Besitz habe.

An 4. Stelle spricht Dmowski dann von Schlesien. „Ganz Schlesien war vom Beginn der Geschichte und tatsächlich im Verlauf des Mittelalters ein polnisches, dem polnischen Staate gehörendes Land. Im 14. Jahrhundert ging es an Böhmen verloren und als Böhmen dem deutschen Kaiserreich einverleibt wurde, wurde Schlesien allmählich germanisiert. Nur Oberschlesien, das in dieser entlegenen Zeit dichter besiedelt war, blieb ein Land polnischer Sprache. Während des 7jährigen Krieges entriß Friedrich d. Große Österreich Schlesien und so ward es preußische Provinz“ [52]). In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts sei das polnische Nationalbewußtsein hier wieder erwacht. Die nationale Bewegung sei so schnell gewachsen, daß man gegen Ende des Jahrhunderts schon polnische Abgeordnete in den Reichstag senden konnte.

„In sprachlicher Hinsicht ist Oberschlesien von dem ganzen polnischen Teilgebiet am meisten polnisch. In einigen Kreisen übersteigt der Prozentsatz der polnisch sprechenden Bevölkerung 90% [52]).

Wegen der Kohlen sei Oberschlesien wirtschaftlich besonders wichtig und die Stütze für ein Drittel der deutschen Industrie. Schwerwiegende Gründe sprächen für den Anschluß Oberschlesiens und dreier Kreise Mittelschlesiens an Polen.

a) Geschichtlich sei es ein altes polnisches Land, das dreimal seinen Besitzer gewechselt habe und jetzt preußisch sei.

b) In nationaler Hinsicht sei es polnisch; die Deutschen seien nur sehr in der Minderheit.

c) Geographisch sei es polnisch und bilde die notwendige Verbindung zwischen Polen und der Tschechoslowakei.

d) Das schlesische Kohlenbecken würde für Polens industrielle Entwicklung eine sichere Basis schaffen. Polen könnte dann ernstlich mit Deutschland auf osteuropäischen Märkten konkurrieren. Das ganze Kohlenbecken liege auf ethnographisch-polnischem Gebiete und sei vor dem Kriege zwischen Österreich, Rußland und Preußen geteilt gewesen. Der größte Teil sei der deutsche, der zweite

---

51) Roth, a.a.O. S. 135.
52) Roth, a.a.O. S. 141.

der österreichische und der kleinste, etwa 5% des ganzen Beckens, sei beim polnischen Königreich gewesen.

Deutschland habe das Ziel verfolgt, das ganze Kohlenbecken in die Hand zu bekommen. Die politische Einigung dieses Beckens wäre zweifellos gut für seine Entwicklung. Es könne aber nur unter polnischer Herrschaft geeinigt werden, da es völlig auf national-polnischem Gebiet liege. Alle polnischen Gebiete Preußens seien sehr wichtig für Deutschland. Oberschlesien berge z. B. ein Drittel seiner Kohlenvorräte. Deutschland liege sehr viel daran, alle polnischen Gebiete zu behalten. Es bemühe sich daher um einen baldigen Frieden, der ihm diese Gebiete sichere. Ein solcher Frieden würde die Unterdrückung Polens zur Folge haben. Eine weitere Folge aber würde sein „die Herrschaft Deutschlands über Mittel- und Osteuropa“ [53]) und damit die Herrschaft über den ganzen Kontinent, da sich niemand dieser großen Macht widersetzen können würde, und alle anderen Mächte in die politische Einflußsphäre Deutschlands einbezogen werden würden.

Teil II und III behandeln das österreichische und russische Teilgebiet. Am Schluß der Denkschrift folgen Beteuerungen, daß die polnischen Ansprüche gerecht seien und mit nationaler Expansionspolitik nichts zu tun hätten. Polen brauche den Frieden, wie kein zweites Volk in Europa, um sich zur schöpferischen Demokratie zu entwickeln und so zum „Fortschritt der ganzen Menschheit“ beitragen zu können. Obige Lösung der polnischen Frage sei nach Ansicht der Polen „die einzige Lösung, die dem Lande Polen eine unabhängige Entwicklung im Frieden und Sicherheit im Falle eines Konfliktes zu gewährleisten imstande“ sei [54]). Wie Polen seine Rechte habe, so habe es auch seine Verantwortung. Es gehe nicht nur auf die „Befriedigung seiner billigen Ansprüche“ [55]) aus, sondern es lägen ihm auch seine Pflichten gegenüber der zivilisierten Menschheit, seine Aufgabe als Verteidiger der hohen Ideale der Gerechtigkeit, Freiheit und des Friedens am Herzen.

Das obige Programm wies auch die Schwierigkeit seiner Durchführung auf. Das sei in der Hoffnung geschehen, daß die riesigen Opfer der Menschheit in diesem großen Kampfe nicht zu einem halben Frieden führen würden, der den Schwierigkeiten ausweichen und deren Lösung späteren Generationen überlassen würde, sondern daß der Friede die „große Umgestaltung der nationalen Beziehungen durch Schaffung freier unabhängiger und starker Einheiten enden“ würde [56]), die fähig und würdig seien, ein nützliches Glied des zukünftigen Völkerbundes zu werden.

Wir kommen auf diese Ideen noch an anderer Stelle bei der Würdigung der gesamtpolnischen Argumentationen zurück, wo noch zu zeigen sein wird, wie wenig sie den Tatsachen entsprechen.

---

53) Ebenda S. 142.
54) Roth, a.a.O S. 150.
55) Roth, a.a.O. S. 150.
56) Ebenda, S. 151.

Wilson jedoch war auch jetzt noch nicht bereit, in die deutschen Gebietsabtrennungen einzuwilligen. Das geht aus einer Stelle aus Dmowskis Memoiren hervor, die Dr. K. Keller vermittelt[57]). Dmowski berichtet darin über seine Abschiedskonferenz im „Weißen Hause". „Wilson sprach auch diesmal nur ungern darüber (deutsch-polnische Grenze) und erhob ständig Einwendungen. Seine Absichten bewegten sich anscheinend in einer unseren Forderungen entgegengesetzten Richtung. Ich erkannte, daß im Weißen Hause sehr stark gegen uns gearbeitet wurde. Ich wollte mich aber nicht von ihm verabschieden, ohne diese Frage zur Entscheidung zu bringen. Daher wandte ich das letzte Argument an: „Herr Präsident", sagte ich, „wissen Sie bestimmt, wie Ihre amerikanischen Polen von dieser Frage durchdrungen sind? .... Wenn wir die uns zukommende Grenze gegen Deutschland nicht erhalten, wenn wir nicht nur Posen, sondern auch Schlesien und unser Ostseegebiet mit Danzig nicht erhalten, wird keiner von diesen begreifen, warum das geschah und das sind alles Leute, die ein festes Vertrauen in Sie setzen". Wilson sah mich starr an und erwiderte bestimmt: „Ich hoffe, daß sie nicht enttäuscht werden". Das war kein in den Wind gesprochenes Wort. Auf der Friedenskonferenz mußte ich mich oft seiner erinnern, wenn ich sah, wie Wilson unsere Rechte gegen Lloyd George verteidigte"[58]).

Dmowski schien jedes Mittel recht, wenn er nur sein Ziel erreichte; er schreckte selbst vor einer Drohung nicht zurück. Denn dieses „letzte Argument" war im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Kongreß nichts anderes als eine Drohung. Wilson konnte auf die 4 Millionen der amerikanischen Polen nicht verzichten. Das wußte Dmowski. In der Antwort des Präsidenten kann man noch nicht ein Umfallen Wilsons hinsichtlich seiner Einstellung zum territorialen Problem sehen. Insofern hatte Dmowski sein Ziel nicht ganz erreicht. Eine große Chance hatte er aber doch gehabt, dadurch, daß Wilson wenigstens genau über die polnischen Ziele orientiert war.

Dmowski kehrte nach Europa zurück. Er hatte aber vorher seine Taktik geändert. In öffentlichen Versammlungen sprach er zu den amerikanischen Polen und verlangte da die preußisch-polnischen Gebiete, natürlich auch Oberschlesien. Außerdem gelang es ihm an den Obersten House heranzukommen. Auf dessen Landgut kam es zu einer Diskussion zwischen Dmowski und Prof. Thayer von der Haward Universität. House hatte nur zugehört, hat aber doch wenigstens den polnischen Standpunkt kennengelernt. Das hatte bei dem starken Einfluß, den House auf Wilson bekanntlich ausübte, viel zu bedeuten[59]).

---

57) Keller, a.a.O. S. 22.

58) Keller, a.a.O. S. 22.

59) Sonderbarer Weise ist in den House'schen Schriften davon nichts zu finden.

In der Annahme, daß Wilson bis zu den Pariser Verhandlungen Gegner der polnischen Gebietsforderungen geblieben ist, wird man nur bestärkt, wenn man folgende Botschaft Wilsons an das polnische Volk, die im Anfang Dezember 1918 bekannt wurde, liest. „Die Erfüllung der polnischen Forderungen sei nur soweit möglich, als die Lebensinteressen der Nachbarstaaten das zulassen. Es dürften keineswegs Gebiete, die in den letzten 100 Jahren eine anderssprachige Bevölkerung bekommen hätten, zu dem künftigen Polenreiche geschlagen werden“ [60]). Dieser Ausspruch Wilsons ist bezeichnend für seine Abneigung gegen Gebietsabtretungen überhaupt und ist besonders bemerkenswert im Hinblick auf die vorangegangenen Unterredungen mit Paderewski und Dmowski, durch die sich also Wilson nicht umstimmen ließ, sondern noch kurz vor den Verhandlungen in Paris an seinen eigenen Gedankengängen festhielt. Die polnische Presse hat, wie Vosberg berichtet, diese Erklärung Wilsons unterschlagen. Daß sie wahr ist, kann man aus Pressenotizen polnischer Blätter, die bei Vosberg abgedruckt sind, entnehmen. So schreibt der „Dziennik Poznanski“ in Nr. 270 vom 24. 11. 1918 [61]) in einem Artikel, die polnische Sache sei noch keineswegs „im Hafen“ trotz der vielen feierlichen Erklärungen und Sympathiekundgebungen seitens der Entente. Es sei ein unabhängiges vereinigtes Polen in Aussicht gestellt worden. Doch „müssen wir uns zugleich darüber Rechenschaft abgeben, daß die Formel „vereinigtes Polen“ ziemlich elastisch ist.... Wir kennen die Kräfte, die gegen uns wirken“. Vom „Dziennik Poznanski“ Nr. 279 vom 5. 12. 1918 [62]) hören wir, daß die polnische Sache bei der Entente durchaus nicht günstig stehe. „Bisher überwiege die Auffassung, ein streng ethnographisches Polen mit Angliederung höchstens Ostgaliziens zu errichten.“ Diese Erklärungen und auch andere, die oft einen Unwillen gegen die Entente verraten, lassen den berechtigten Schluß zu, daß Wilson wenn er auch nicht wörtlich die obige Erklärung abgegeben haben sollte, doch im Prinzip zu ihr stand. Auf jeden Fall geht aber aus den Pressenotizen hervor, daß Polens imperialistische Ziele so kurz vor Versailles noch weit von der Erfüllung entfernt waren. Daß das wiederum hauptsächlich von Wilsons ablehnender Haltung herrührte, ist bei der überragenden Stellung des Präsidenten einleuchtend.

Um so mehr muß man sich dann aber über das plötzliche Umschwenken Wilsons in dieser Frage in Paris wundern. Hier nahm nämlich Wilson eine ganz polenfreundliche Stellung ein, wie noch zu zeigen sein wird. Daß er allen seinen früheren Plänen bezüglich der Gebietsforderungen der Polen untreu wurde, ist dem verderblichen Einfluß des Professors Lord zuzuschreiben. Es ist ja bekannt, daß Wilson von seinen Sachverständigen ganz abhängig war. Lord war Sachverständiger für polnische Fragen schon in der Kom-

60) Laut Daily Chronicle bei Vosberg: Der polnische Aufstand in seiner Entstehung, Berlin 1919, S. 13.

61) Vosberg, a.a.O. S. 134—136.

62) Ebenda, S. 148, 149.

mission, die House 1917 ernannt hatte. Zwei Polen waren seine Mitarbeiter, Arctowski und Zwierchowski. Von diesen beiden nimmt W. Recke wohl mit Recht an, daß sie Dmowski über den genauen Standpunkt Wilsons bezüglich der Gebietsabtretungen unterrichtet haben. Professor Lord war auch späterhin in Paris das Haupt der polnischen Abteilung der amerikanischen Friedenskommission. Und hier in Paris erst scheint es ihm gelungen zu sein, den Präsidenten von der „Billigkeit" der polnischen territorialen Ansprüche zu überzeugen. Diesem Manne verdankt also Polen seine heutigen Grenzen. Wilson selbst hatte nur unbestimmte Kenntnisse des polnischen Problems, wie überhaupt in den meisten europäischen Fragen. Er war es gewohnt, sich voll und ganz auf die wenigen Berater, die er um sich duldete, zu verlassen [63]). Der Franzose Mermeix hat auch den Einfluß Lords auf Wilson erkannt. In seinem „Le Combat des Trois" sagt er, Wilson sei unter dem Einfluß eines technischen Beraters, nämlich Lords, sehr polenfreundlich geworden. René Martel sagt von Lord: „Dr. Lord mußte der große Anwalt Polens auf der Friedenskonferenz sein und schon die Zusammensetzung der polnischen Sektion bei der amerikanischen Kommission erlaubt, die Ergebnisse seiner Wirksamkeit vorauszusehen" [64]).

So kam es, daß Wilson schließlich auf dem Standpunkt Dmowskis angelangt war, gegen den er sich so sehr gewehrt hatte. Man kann nämlich zwischen dem Standpunkt Lords und dem Dmowskis schwerlich unterscheiden. Sicherlich ist es kein Fehlschluß, wenn man annimmt, daß Professor Lord unter Dmowskis Einfluß gestanden habe. Äußerliche Anhaltspunkte gibt es dafür nicht, um so sprechender aber ist die innere Übereinstimmung, die aus beider Schriften und Reden hervorgeht. In dem Buche „Some Problems of the Peace Conference", von Lord und Haskins verfaßt, behandelt Lord das polnische Problem [65]). Er tut es mit viel Sympathie für Polen. Interessant ist der geschichtliche Überblick, den wir hier vermittelt bekommen. Polen sei im 11. und 12. Jahrhundert durch Teilungen und Bürgerkriege seiner Fürsten und durch die Mongolenstürme geschwächt worden. Diese schwache Position habe dem deutschen Drang nach dem Osten, dem Polen bis dahin widerstanden habe, den Erfolg gesichert. Damals sei Pommern und Schlesien verlorengegangen, obwohl sich in Oberschlesien eine große polnische Bevölkerung 600 Jahre lang der Germanisierung mit Erfolg widersetzt habe. Im 14. Jahrhundert sei Polen wieder erstarkt; es sei aber schon zu spät gewesen, Schlesien zurückzuerobern. Der polnische

---

63) Lansing, betätigt das in "The Big Four", S. 46.

64) René Martel, Les frontiéres orientales de l'Allemagne, Paris 1930, S. 22. „Le Dokteur Lord devait être le grand advocat de la Pologne à la Conférence de la Paix et la composition seule de la section polonaise près la commission américaine permet de prévoir les résultats de son activité."

65) Lord u. Haskins, Some Problems of the Peace Conference. S. 153 bis 200.

Staat war der größte und ehrgeizigste Versuch, den die Welt seit den Tagen der Römer gesehen hatte. Überdies war er in größerem Maßstabe der erste Versuch einer Bundesrepublik bis hinab zum Erscheinen der Vereinigten Staaten. Im 16. und 17. Jahrhundert war diese Republik der freieste Staat Europas, der Staat, in dem der höchste Grad verfassungsmäßiger, bürgerlicher und geistiger Freiheit vorherrschte“ [66]). Lord übersieht den Charakter Polens als Adelsrepublik. Das liberum veto erscheint ihm als Höhe der „Demokratie“.

Von der Lösung des territorialen Problems spricht Lord mit Achtung als von einer „ehrenhaften Anwendung der Grundsätze der 14 Punkte“ [67]). Kein Problem in Versailles habe erfordert, „greater moral courage“ als gerade das deutsch-polnische Problem. Man habe 2 100 000 Deutsche zu Polen machen müssen. Das sei bedauerlich. Aber man müsse bedenken, daß diese Zahl sich auf übertreibende deutsche Statistiken beziehe (!) und daß ein großer Teil dieser Deutschen kein Recht habe (!), in diesen Gebieten zu leben. Er meinte damit die Beamten, die aus dem Reiche in diese Gebiete versetzt worden waren. „Was die Konferenz zu tun versuchte, war: zwei unauflösbar ineinander greifende Rassen zu entwirren, soweit das möglich war; genau zu bestimmen, was als Gebiet polnischer Majorität betrachtet werden könnte, trotz zahlreicher deutscher Enklaven; und dann die polnische Grenze mit der ethnographischen zusammenfallen zu lassen, soweit dies ausführbar war“ [68]). Der Nachweis von Lords Polenfreundlichkeit ist damit erbracht. Weitere Beweise werden uns später noch entgegentreten.

Wenn wir uns also diesen gegen Deutschland voreingenommenen Dr. Lord als Sachberater Wilsons vorstellen, braucht uns das Umfallen Wilsons in der territorialen Frage in Paris nicht wunderzunehmen. Auf diesem Manne, und natürlich auch auf dem Präsidenten, ruht vorwiegend die Verantwortung für das tragische Schicksal für Millionen im deutschen Osten. Wenn Lord von der deutsch-polnischen Grenze sagt, sie sei gemäß dem Programm der 14 Punkte, so muß dem ganz entschieden widersprochen werden. Wenn schon Wilson in Paris seine 14 Punkte vergessen zu haben scheint, so hat er erst recht seine anderen Grundsätze im Stich gelassen. Wie weit

66) Lord u. Haskins, a.a.O. S. 166. “It (der polnische Staat) was the largest and most ambitious experiment that the world had seen since the days of the Romans. Moreover, it was the first experiment on a large scale with a federal republic down to the appearance of the United States. In the 16° and 17° centuries this republique was the freest state in Europe, the State in which the greatest degree of constitutional, civic, and inellectual liberty prevailed.“

67) “honest application of the principles laid down in the fourteen points.“

68) Lord u. Haskins, a.a.O. S. 176. “What the Conference attempted to do was to disentangle two inextricably interlocked races, as far as that could be done; to define what might be considered — inspite of numerous German enclaves the area of Polish Majorities; and then to make the political boundary coincide with its ethnographic one, as far as was practicable.“

entfernt ist doch die Lösung des Ostproblems von den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker[69]). Und ist nicht der Satz, daß Völker und Provinzen nicht ausgetauscht werden dürften, wie „mere chattels and pawns in a game, even in the great game ... of the balance of powers", gerade ins Gegenteil verwandelt worden, wenn man sich die Ostgrenzen ansieht? Nach diesem Satze hätte Wilson selbst zumindestens den Vorschlag der Abstimmung in Oberschlesien machen müssen, um nur ein Beipiel zu nennen. Daß er das nicht nur nicht getan hat, sondern sich im Juni noch anfänglich dagegen gewehrt hat, beleuchtet die Unzulänglichkeit des Präsidenten, sich an sein Programm zu halten und es, wenn nötig, auch zu verteidigen. So mußte sich Wilson viele Vorwürfe gefallen und sich von anderen, einmal auch von Lloyd George, an sein Programm erinnern lassen. Lansing macht seinem Chef, wohl nicht ohne jede Berechtigung, den Vorwurf, ohne ein eigentliches Programm nach Paris gekommen zu sein. Die 14 Punkte und die anderen Erklärungen Wilsons seien kein genügendes Programm für Unterhandlungen gewesen. Wilson habe es unterlassen, die Anwendung der von ihm verkündeten Prinzipien im einzelnen auszuarbeiten. Das gelte besonders auch von den Gebietsfragen. Wilsons Prinzipien seien bei praktischer Anwendung zu wenig deutlich. „Sie hätten eine allgemeine Grundlage für die Vorbereitung von Instruktionen an Friedensbevollmächtigte bilden können, aber sie übergingen zu viel Wesentliches, um als wirkliche Instruktionen gelten zu können, während der Mangel deutlicher Bestimmungen, wie sie in einen Vertrag paßten, sie noch mehr dieses Charakters beraubte"[70]). Man muß Lansing beistimmen, schon vom 13. Punkt aus; bei der östlichen Grenzziehung hat sich dieser Punkt als unzureichend erwiesen. Die Redensart von den „indisputably Polish populations" war ein viel zu allgemeiner Begriff, um als Verhandlungsbasis in Frage zu kommen. Er diente den Polen lediglich als Tarnung ganz unverschämt imperalistischer Bestrebungen und war für die deutsche Sache eine unvergleichliche Gefahr. Diese Frage hat in vielen Unterhändlern in Paris den klaren Blick für die Realität dieser Fragen getrübt, zumal man, bis auf die schriftliche Äußerung der deutschen Delegation vom 29. Mai, nur die polnische bzw. die polenfreundliche Seite in Paris zu hören bekam. Hier hätten klare Formulierungen vor allem praktischer Art von Seiten des Präsidenten viel Tragik verhindern können.

---

69) Lansing, (Die Versailler Friedensverhandlungen (S. 74) beweist einen kritischen vorurteilslosen Blick wenn er meint: „Schlagende Beispiele für die Verleugnung dieses Prinzips finden sich im Versailler Vertrag, wo durch die Neuregulierung der deutschen Grenzen Millionen von Menschen deutschen Blutes unter die Oberhoheit der neugeschaffenen Staaten Polens und Tschechoslowakei gestellt . . . wurden."

70) Lansing, a.a.O. S. 143.

IV. DIE VERHANDLUNGEN IN PARIS UND VERSAILLES.

a) Die Monate Januar bis April.

Kein Ort in Europa war vielleicht so ungeeignet für den Sitz des Friedenskongresses wie Paris. In der französischen Hauptstadt war der Gedanke der Revanche für 1871, besonders unter den Vertretern der älteren Generation, die diese Zeit noch mit erlebt hatte, noch zu sehr lebendig; für manchen der französischen Politiker, die diese Schmach niemals vergessen konnten, war dieser Gedanke geradezu das Lebenselement geworden. Dazu waren die Schrecken und Leiden des eben beendigten Krieges, von denen das französische Volk am unmittelbarsten betroffen war, in der Erinnerung noch zu frisch. Die Gemüter waren noch zu sehr erhitzt. Man dachte nur an das Vergangene und hatte dabei für Gerechtigkeit und für die Zukunft keinen Sinn und kein Augenmaß. Blinder Haß und Siegesrausch sprachen allein für die völlige Vernichtung des so gefürchteten Gegners. Dieser Atmosphäre konnten und wollten sich auch die französischen Politiker nicht entziehen. Und gerade sie gewannen dadurch, daß die Verhandlungen nun tatsächlich in Paris stattfanden, einen überragenden Einfluß auf den Verlauf derselben.

Paris als Kongreßstadt mußte sich für Deutschland in jeder Beziehung als Unglück erweisen, nicht zuletzt in der Regelung der deutsch-polnischen, mithin auch der oberschlesischen Frage. In der Hauptstadt Frankreichs hatte das polnische Nationalkomitee, das hier seinen Sitz hatte, gute Arbeit geleistet. Und seit dem Untergang des zaristischen Rußland, das als alliierte Macht in der polnischen Frage naturgemäß ein Hemmnis für die ungeteilte Sympathie Frankreichs bildete, war man an der Seine immer polenfreundlicher geworden, so daß man schließlich bei einer entschiedenen und vorbehaltlosen Einsatzbereitschaft für die polnischen Ziele anlangte. Die französische Polenfreundlichkeit war so groß geworden, daß sie sogar auf fremde Staatsmänner abfärben konnte. Wir werden noch sehen, wie z. B. Wilson, dessen korrekte Einstellung zu der territorialen Seite der polnischen Frage wir kennen gelernt haben, in der polenfreundlichen Pariser Atmosphäre sein früheres Programm ohne Bedenken preisgegeben hat und zu einem Anwalt der polnischen Ansprüche geworden ist.

Am Quai d'Orsay saßen Leute, die schon im Dezember 1918 an ein polnisches Oberschlesien dachten. Die blinde Parteinahme Frankreichs für Polen kam so recht zum Ausdruck in einer Denkschrift über die polnischen Ansprüche, die der Referent der dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zugeteilten polnischen Kommission, Herr Ernest Denis, für seine vorgesetzte Behörde am 28. 12. vollendete [71]). Diese Denkschrift erkennt die Bedeutung des Problems „Polen" unter den „anderen territorialen Problemen" an. „Die polnischen Gebiete, die Preußen zum Teil noch zu behalten ver-

71) Deutsche Allgem. Zeitung brachte dieses interessante Schriftstück in der Nr. 126 (15. März) des Jahrganges 1919.

sucht, sind fast vollständig und in der Mehrzahl der Kreise vorherrschend polnisch". Von Schlesien kommen da Reg.Bez. Oppeln und die Kreise Namslau und Groß-Wartenberg in Frage. „In der schlesischen Frage handelt es sich hauptsächlich darum, die Rechte Polens auf Oberschlesien festzustellen, wo von ethnographischen Gesichtspunkten aus die Rechte der polnischen Bevölkerung unbestreitbar sind". Es folgt dann die Tabelle der Prozentsätze der polnischen Bevölkerung von 18 oberschlesischen und den 2 niederschlesischen Kreisen. Die Zahlen sind hier gegenüber der Volkszählung von 1910 ganz erheblich zugunsten der Polen verschoben. Auf diesen „absichtlichen Irrtum" weist die DAZ in der Nr. 137 (21. März 1919) hin, indem sie die beiden Zahlenreihen gegenüberstellt. Die Verschiebungen sind nicht unbeträchtlich; der Unterschied beträgt 2 bis 12%. Auf Grund ihrer Tabelle fordert die Denkschrift die unbedingte Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Großpolen. „Die Städte, die in ihnen liegen, enthalten in Wirklichkeit nur eine polnische Minderheit bei einer Bevölkerung, die sich aus germanisierten Polen zusammensetzt. Diese Städte müssen aber das Los der Nachbargebiete teilen und auch wieder polnisch werden". Die Oberflächlichkeit, mit der diese Arbeit die Probleme behandelt, ist nicht minder großzügig als die der polnischen Agitatoren; die Denkschrift unterscheidet sich in keiner Weise von den eifrigsten polnischen Bemühungen. Mit welcher Verantwortungslosigkeit solch ausschlaggebende Tatsachen, wie der rein deutsche Ursprung der Industrie, die wirtschaftliche Bedeutung dieser Industrie für Deutschland, die deutsche Geschichte dieses Landes übergangen werden, ist geradezu erstaunlich. Die leblosen Zahlen beweisen nichts. Das hat die Abstimmung selbst am besten gezeigt. Die Denkschrift verleugnet das Selbstbestimmungsrecht der Völker und bringt auch die so überaus unberechtigte Identifizierung von Sprache und Staatszugehörigkeit, die wir von polnischer Seite so sehr gewohnt worden sind und auf die wir noch weiter unten zu sprechen kommen. Im ganzen ist diese Schrift ein so untrüglicher Beweis für Frankreichs polenfreundliche Stimmung, daß jeglicher Kommentar überflüssig erscheint und diesen Eindruck eher abschwächen könnte. Der innere Zusammenhang dieser Denkschrift mit polnischen Propagandaschriften ist augenscheinlich. Es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß sich die polnische Kommission im auswärtigen Amt in Paris aus den Kreisen des Nationalkomitees ihre Informationen geholt hat.

In dieser polenfreundlichen Atmosphäre fand am 12. 1. 1919 die erste Sitzung der Friedenskonferenz zwischen den Regierungschefs der vier Hauptmächte und deren Außenministern statt. Man regelte die Frage der Delegationen der Länder und billigte Polen zwei Vertreter zu [72]). Am 15. Januar 1919 richtete dann der französische Außenminister P i c h o n einen Brief an den Pariser Dele-

72) Temperley, H. W. V. A History of the Peace Conference of Paris, 6 Bde. London 1920—24; Bd. I, S. 274 ff.

gierten des polnischen Nationalkomitees, Erasme Piltz, in dem er zwei polnische Vertreter zur Teilnahme an der ersten Vollversammlung der Friedenskonferenz einlud [73]). Das Nationalkomitee ernannte Roman Dmowski als ersten Vertreter; den zweiten zu bestimmen, überließ das Komitee der polnischen Regierung, die den neuen Ministerpräsidenten Ignaz Paderewski selbst damit betraute. Paderewski hat aber an der ersten Sitzung nicht teilgenommen [74]). Er traf erst am 5. April in Paris ein. Bei der Sitzung vom 18. Januar, nachmittags 3 Uhr trat dann der neue polnische Staat zum ersten Male offiziell auf. Damit hatten die verhandelnden Staaten die Anerkennung des neuen polnischen Staates ausgesprochen [75]). Die erste Bedingung für den Bestand des polnischen Staates war hiermit erfüllt. Die zweite, die Festlegung seiner Grenzen, sollte noch manche Sitzung der Konferenz beschäftigen und in Verwirrung bringen.

Es galt für die Polen zu handeln. Dmowski muß in diesen Tagen den Herrn Lord gewonnen haben. Das erhellt aus einem Schriftstück vom 21. 1. 1919, in dem auch die polenfreundliche Haltung Lords zum Ausdruck kommt. Es handelt sich um einen Bericht, der von der Intelligence Sektion verfaßt wurde und als Vorschlag für den Präsidenten Wilson und die amerikanischen Bevollmächtigten gedacht war [76]). Der Bericht trägt das Datum des 21. Januar 1919. Lord hat sicher als Chef der polnischen Abteilung seine Hand dabei im Spiele gehabt. Der territoriale Teil des Berichtes handelt u. a. von Polens Grenzen. „Die Westgrenze (natürlich die polnische) ist in Deutschland so gezogen worden, daß sie nur unbestreibar polnisches Gebiet einschließt, soweit die Krümmungen der Sprachgrenze es erlauben“ [77]). Das schwerste Problem sei der Zugang zum Meere. Hier sei das kleinere Übel der Korridor und das polnische Danzig. Nach der beilieggenden Karte ist neben den anderen Gebieten auch ganz Oberschlesien schon zu Polen geschlagen, außer Neisse und Neustadt.

Man meint bei diesem amerikanischen Machwerk habe Dmowski Pate gestanden. Alle seine Wünsche sind hier erfüllt. Es ist auch das erste Mal, daß von amerikanischer Seite ein derartiger propolnischer Vorschlag gemacht worden ist. Es ist immerhin nicht ganz uninteressant, diesen Bericht mit der Arbeit des Untersuchungsausschusses von Anfang Januar 1918 zu vergleichen, bei der auch Lord als Chef der damaligen polnischen Abteilung maßgeblich beteiligt

---

73) Siehe Filasiewicz, a.a.O. S. 590.

74) Siehe Anwesenheitstafel bei Thompson, The Peace Conference Day by Day, New York 1920, S. 118. Auf dieser ist Polens zweiter Platz unbesetzt.

75) Zu diesem Resultat kommt auch Roth in seiner Untersuchung. Siehe Roth, a.a.O. S. 54.

76) Miller, a.a.O. IV, S. 209 ff.

77) Miller, a.a.O. IV, S. 225. To the west, in Germany, the boundary has been drawn so as to include only indisputably Polish territory, in so far as the sinuosities of the linguistic frontier permit.

war. Damals las man nichts von einer Abtretung deutschen Gebietes (siehe oben S. 12). Die große Differenz, die Deutschland gegenüber dem alten amerikanischen Vorschlag jetzt bezahlen sollte, geht nur zu wahrscheinlich auf Einflüsse zurück, die der Kreis um Dmowski in Paris auf Professor Lord auszuüben vermochte.

Schon am 23. Januar ernannte die Konferenz die „Commission for Poland“ [78]). Die Kommission tagte am 24. Januar zum ersten Mal. Am 29. Januar wurde ihre Aufgabe genauer umschrieben und zwar in einer Sitzung des Obersten Rates, der sich aus den je zwei Vertretern der fünf Hauptmächte (Frankreich, England, Italien, Amerika und Japan) zusammensetzte. Zu dieser Sitzung wurde auch das polnische Nationalkomitee geladen. Roman Dmowski und Erasme Piltz waren erschienen, sie sollten die Versammlung über die allgemeine Lage in Polen unterrichten. Das war eine Aufgabe, der sich Dmowski nur zu gern unterzog. Ohne Dolmetscher, abwechselnd in französischer und englischer Sprache fünf Stunden lang redend, stellte er seine ganze Persönlichkeit und Überredungskunst in den Dienst der Sache. Bald kam der Redner auf sein Lieblingsthema, das in allen seinen Schriften, Denkschriften und Reden wiederklingt, zu sprechen und behandelte auf seine Weise die Lage im preußischen Polen [79]). Zuerst zweifelte er die Richtigkeit der deutschen Statistik an, die die Zahl der Polen in Ostdeutschland (einschl. Oberschlesiens) mit 4 Millionen angäbe, während diese nach polnischen Schätzungen 5 Millionen zählten. Es handelt sich bei diesen nach Dmowski um die gebildetsten kultiviertesten und fortschrittlichsten aller Polen, die besonders nationalpolnisch eingestellt sind. Er kam weiter auf die Polen in Posen zu sprechen, bei denen sich eine Regierung „by pacific means“ [80]) gebildet habe und deren einziger Wunsch sei, Deutschland möge ihnen den Weg frei geben, wenn sie nach dem sehnlich erwarteten Bescheid der Konferenz, den

78) Miller, a.a.O. Bd. XIV, S. 2. — Das große Werk von David Hunter Miller ist bis jetzt die grundlegendste Arbeit über die Pariser Verhandlungen geblieben. In Europa ist es nur in 4, in Deutschland nur in einem Exemplar in der U. B. Berlin vorhanden. Bd. I enthält das Tagebuch Millers, der ein hervorragendes Mitglied der amerik. Kommission war. In den restlichen 19 Bänden finden sich zahllose Protokolle, Bulletins, Briefe, Sachverständigengutachten und andere wichtige Dokumente.

79) Miller, a.a.O. XIV. S. 54.

80) Dmowski meinte damit die bekannten Vorgänge in Posen, wo unter dem Deckmantel der sozialistischen Revolution eine nationalpolnische Erhebung in Szene gesetzt wurde. Es bildete sich ein polnischer Volksrat und der Landtag des preuß Teilgebietes, die die Loslösung von Preußen offen aussprachen und fast als vollendete Tatsache ansahen. Dieser Landtag setzte sich aus den Abgeordneten Posens, Schlesiens und der übrigen Ostprovinzen zusammen. Die Zeit bis zur endgültigen Abtretung der preuß. Provinzen an Polen betrachtet man als Übergangszeit. Näheres siehe bei Vosberg, „Der polnische Aufstand“. Siehe vor allem die interessanten Notizen aus der poln. Presse bei Vosberg, die die vom poln. Teilgebietslandtag an Wilson und die anderen Ententestaatsmänner gerichteten Begrüßungstelegramme bringen. In diesen Telegrammen bittet d. Landtag d. poln. Forderungen zu erfüllen (S. 152 ff.) ein Versuch einer Beeinflussung in elfter Stunde.

diese über den künftigen polnischen Staat treffen würde, darangehen würden, sich mit ihren polnischen Brüdern zu vereinigen. Der Redner streifte ferner die Unterdrückungsmaßnahmen der preußischen Regierung gegen diese Bewegung. Er verglich dabei Deutschland mit dem Januskopf: Das eine Gesicht sei nach Westen gerichtet, wo man Frieden ersehne, das andere blicke ostwärts, mit der Absicht, Krieg zu organisieren. Polen braucht rasche Hilfe zur Organisierung einer Armee. Auch von Rußland und der Ukraine her ist Krieg zu erwarten. Es folgte hierauf eine Kritik der bisherigen deutschen Polenpolitik, die mit den „anti Polish laws" vor dem Kriege begann; die Schaffung des polnischen Königreiches im Kriege lehnte der Redner vollkommen ab.

Endlich konnte Dmowski von dem reden, was allen polnischen Führern des Nationalkomitees besonders am Herzen lag, von der Frage der Grenzfestsetzung des neuen Polen. Gemeingefährlicher Imperialismus spricht aus den folgenden Sätzen [81]). Der Festsetzung der den neuen polnischen Staat bildenden Gebiete und Grenzen sollte man das Polen des Jahres 1772 zugrundelegen. Das besagte nicht, daß man ein Polen schaffen müsse, das dem von 1772 aufs Haar gleiche; man müßte vielmehr die Grenzen gemäß den gegenwärtigen Bedingungen berichtigen. Im Westen könnte sich Polen mit der historischen Grenze von 1772 nicht zufrieden geben. „Schlesien z. B. ging im 14. Jahrhundert verloren; 90 Prozent der heutigen Bevölkerung aber hat infolge der nationalen Wiederbelebung ihre Sprache behalten und war echt polnisch .... Überdies, geographisch betrachtet, fällt Schlesien in das polnische Gesamtgebiet" [82]).

Am Nachmittag setzte Dmowski seinen Bericht fort. Ostdeutschland sei gar nicht von Natur deutsch, sondern nur germanisiert. Ethnographisch seien die Grenzen Polens unregelmäßig, so daß sich ein wenig Unrecht gegenüber Ostpreußen würde nicht umgehen lassen. „Es wäre gerechter ein kleines germanisiertes Land der Gefahr eines langsamen Eindringens der Polen auszusetzen als ganz Polen seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu berauben und es dem deutschen Angriff preiszugeben" [83]). Die Grenzen sollten so gezogen werden, daß Polen nicht mehr der Gefahr der Germanisierung, einer Idee, die in Deutschland nie aussterben dürfte, ausgesetzt sei. Soweit Dmowski. Wie wenig sein Bericht den Tatsachen entspricht, soll später an anderer Stelle nachgewiesen werden. Nur soviel sei schon hier be-

81) Miller, a.a.O. XIV. S 62 ff.

82) Miller, a.a.O. XIV. S. 62. "For instance, Silesia was lost in the 14 th Century, but today 90% of the population owing to the national revival had kept his language and was strongly Polish . . . Furthermore geographically speaking, Silesia falls within the whole territory of Poland". Hier überbietet Dmoski sich selbst. Bisher hatte er nur von einem überwiegend polnischen Oberschlesien mit teilweise 90%iger Bevölkerung gesprochen.

83) Miller, a.a.O. XVI., S. 65. He mantained that it would be more just to expose a small Germanised country to infiltration by Poles, than to deprive all Poland of economic independance and expose it to German aggression.

merkt. Dadurch, daß Dmowski seine tendenziösen Ausführungen ohne jede Widerrede von deutscher Seite machen konnte, hat die polnische Sache eine unvergleichliche Chance gegenüber den deutschen Interessen gewonnen. Es war sicher nicht schwer, weite Kreise der Konferenz, die mit diesen Problemen nur wenig oder zum großen Teil gar nicht vertraut waren [84]), durch die einseitige, unwidert gebliebene Schilderung der Lage im polenfreundlichen Sinne zu beeinflussen. Trotzdem war der Erfolg Dmowskis bescheiden. Es wurde in dieser Sitzung lediglich beschlossen, die Polenkommission solle sich nach Polen begeben, dort die Verhältnise untersuchen und vor allem über militärische und Nahrungsfragen Auskunft erteilen. Auch mit den politischen und sozialen Verhältnissen sollten sie sich vertraut machen.

In einer Sitzung vom 12. Februar machte der englische Außenminister Balfour den Vorschlag, eine zweite Kommission für Polen einzusetzen [85]). Diese sollte das gesamte Material, das die erste Polenkommission liefern würde, sichten und nur solche Fragen an den Obersten Rat weitergeben, die seiner Zustimmung oder Erledigung unbedingt bedürften. Der Vorschlag wurde angenommen. Je ein Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens, Amerikas und Japans sollte diesem Komitee angehören. Die Ernennung desselben erfolgte am 13. Februar [86]). Es setzte sich folgendermaßen zusammen: Jules Cambon (Frankreich), Sir W. Tyrell (England), Count Vanutelli Rey (Italien), M. Otchiai (Japan) und Dr. Bowman (USA). Dieses Comitee ist unter dem Namen „Polish Liaison Commission" in Paris aufgetreten. Am 26. Februar wurde ihr aufgetragen, die Frage der Grenze zwischen Deutschland und Polen zu studieren und einen Bericht darüber bis spätestens 8. März dem Obersten Rat zu unterbreiten [87]). Die Polish Liaison Comission schuf sich am 1. März eine Unterkommission, die sich aus General Le Rond (Frankreich), dem späteren berüchtigten Chef der „Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission" in Oppeln, Lieutenant-Colonel Kish (England) und Dr. Bowmann (USA) zusammensetzte; Aufgabe derselben war es, einen Bericht im Entwurf der Liaison Comission zur Diskussion vorzulegen. An 3 Tagen (3., 4. und 6. März) tagte die Unterkommission. Sie zog Dmowski zur Beratung heran. Am Abend des 6. März fand eine Sitzung der Liai-

84) Margarete Rothbart berichtet in: Die großen Vier am Werk, Berlin 1921 eine tragikomische Szene von der Konferenz. Darnach soll ein bekanntes Mitglied bei der Behandlung der Oberschlesien-Frage seine Verwunderung darüber ausgesprochen haben, wie Polen von Ansprüchen auf Cilicien reden könne. Nach großem Erstaunen der Konferenz klärte sich der Irrtum auf. Der gute Mann dachte, es sei von Cilicien in Kleinasien die Rede. Der Begriff „Silesia" lag ihm anscheinend doch zu fern. Die Geschichte, sollte sie auch nicht ganz wahr sein ,ist zumindestens gut erfunden und bezeichnend für die Unwissenheit, die in weiten Kreisen der Konferenz herrschte.

85) Miller, a.a.O. XIV., S. 382.

86) Ebenda, S. 389.

87) Miller, a.a.O. XV. S 77.

son-Comission statt. Auch hier vertrat Dmowski die polnischen Ansprüche [88]). Der Bericht der Unterkommission wurde vorgelegt und besprochen. Anscheinend war nicht sofort Einigung zu erzielen. Zwei weitere Tagungen, am 7. und 9. März, waren nötig, um die völlige Übereinstimmung innerhalb der Liaison-Comission in der Frage der Westgrenzen Polens herbeizuführen. Der Bericht der Unterkommission war neben den Informationen, die aus Polen von der Polenkommission eintrafen und den Ansprüchen, wie sie Dmowski formuliert hatte, die Grundlage, auf der die Liaison-Comission arbeitete [89]).

Nach 5 Tagen, am 12. 3., hatte die Kommission den Bericht fertiggestellt. Unterzeichnet ist er von den uns bekannten Mitgliedern der Kommission. Nur für Count Vantuelli Rey, den italienischen Vertreter, war Della Toretta eingesprungen. Der Bericht [90]) zerfällt in vier Hauptteile, einen Zusatzartikel und in einen Anhang A und B. Teil I beschäftigt sich mit der Bildung der einzelnen Kommissionen, ihren Zielen und den bisherigen Sitzungen. Der II. Teil umfaßt eine Darstellung der Grundsätze, die bei der Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen maßgebend gewesen seien. Hier kehren einige von Dmowskis Gesichtspunkten, wie er sie in der Sitzung des 29. Januar dargelegt hat, wieder; so das ethnographische, wirtschaftliche und das strategische Prinzip. Der Bericht versichert, daß sich die Kommission bemüht habe, dem ethnographischen Prinzip in einer für beide Teile bestmöglichen Lösung, soweit möglich, gerecht zu werden; er spricht weiter davon, daß dieser Grundsatz manchmal in den Hintergrund treten mußte, wenn schwerwiegendere Tatsachen und Probleme es erheischten. Dabei habe teils Deutschland, teils Polen den Vorteil davon getragen. Der Bericht will auch versucht haben, die natürlichen wirtschaftlichen Beziehungen und das normale industrielle Leben beider Staaten wieder aufzubauen; er glaubt aber auch strategischen Gesichtspunkten, die aus der bedrängten Lage Polens zwischen Deutschland und Rußland zu verstehen seien, die erfolgte Rücksichtnahme schuldig gewesen zu sein. In Teil III erfolgt dann die Anwendung dieser Gesichtspunkte auf praktische Fälle, wobei uns nur der Punkt a), der die Gegend von Leobschütz, Oberschlesien behandelt, interessiert. Wir hören, daß dieser Landstrich zwar vorherrschend deutsch besiedelt sei, aber eine Halbinsel bilde, die nur durch einen sehr schmalen Streifen mit dem deutschen Südosten verbunden sei. „Angesichts dieser Gestaltung beginnt die vorgeschlagene Grenze in dieser Gegend zwischen Deutschland und Polen an der äußersten nördlichen Spitze des Vorsprunges der früheren deutsch-österreichischen Grenze ungefähr 5 Meilen östlich von Neustadt (Pradnik). Diese Lösung hebt nicht nur einen äußerst unbequemen und schmalen deutschen Vorsprung auf, der wegen der bestehenden Bahnlinien nur auf dem Wege durch

88) Miller, a.a.O. VI. S. 351.
89) So W. Slosson in den „Annotation" bei Miller, a.a.O. XIX., S. 85.
90) Miller, a.a.O. VI. S. 350—366.

polnisches und tschechisches Gebiet erreichbar ware, sondern diese Lösung vergrößert dazu noch die Länge der polnisch-tschechischen Grenze um 35 Meilen, so daß hier eine Verbindung über vier große Eisenbahnlinien besteht“ [91]).

Offenbar haben wir es hier mit einem Fall zu tun, wo man das ethnographische Prinzip anderen schwerwiegenderen Fragen — dem strategischen Interesse, das eine möglichst lange gemeinsame Grenzlinie zwischen Polen und der Tschechoslowakei verlangte, die heute, angesichts der ernsten Spannungen zwischen diesen beiden Staaten wohl längst nicht mehr erwünscht wäre — zu opfern sich gezwungen sah, diesmal zugunsten Polens.

Im IV. Abschnitt des Berichtes ist statistisches Material zusammengestellt. Als Summe der Deutschen, die an Polen fallen sollen — in allen in Frage kommenden Gebieten — kommt die nicht unbeträchtliche Ziffer von 2 132 000 heraus.

Hinter dem IV. Teil zeichnen die Sachverständigen. In einem Zusatzartikel A erfolgt die Linienführung der neuen Grenze nach der V o g e l schen Karte des Deutschen Reiches (1 : 500 000) und einer internationalen Karte mit dem Maßstab 1 : 1 000 000. Nach dieser Linienführung wurde vorgeschlagen, ganz Oberschlesien an Polen zu geben außer den Kreisen Neisse und Neutstadt und dem Teil, der an Tschechen kommen sollte. — Es handelt sich dabei um das Hultschiner Ländchen und einen kleinen angrenzenden Streifen des Leobschützer Kreises; das ganze Gebiet sollte 88 000 Menschen und 600 square miles umfassen. — Ein Anhang A bringt die Zahlen für die einzelnen Regierungsbezirke. In einem Anhang B wird das Nationalitätenverhältnis in denselben nach der amtlichen deutschen Zählung vom Jahre 1905 (!), wozu der Bericht bemerkt, daß die deutsche Armee und der Beamtenstab mit darin enthalten und die Zahl zugunsten Deutschland stark erhöht sei, gegeben. Im Reg.Bez. Oppeln würden daher an Polen fallen: 1 112 800 Polen und 524 000 Deutsche; an Tschechen 20 000 Deutsche, 50 000 Tschechen und einige Polen.

Am 18. März wurde dieser Bericht in der „Central Commission on Territorial Questions“, in der T a r d i e u als Präsident saß, besprochen. Die Territorial-Commission stimmte dem Bericht zu [92]). Tags darauf kam er dann vor den Rat und zwar als Punkt 4 der Tagesordnung. Cambon als Chef der Liaison Commission erläuterte anhand einer Karte den Bericht und begründete die Arbeit seiner

91) Miller, a.a.O. VI., S. 353. “In view of this configuration the proposed boundary in this region between Germany and Poland starts at the northern extremity of the salient of the former Austro-German frontier, about five miles east of Neustadt (Pradnik). This solution not only avoids an extremely awkward and small German salient which, because of the position of existing railroads could be reached only by passing through Polish or Czecho-Slowakian territory but in addition increases by 35 miles the length of the frontier between Poland and Czecho-Slowakian, across which there is communication over four principal lines of railroad.“

92) Miller, a.a.O. XVII., S. 19.

Kommission [93]). Er verwies auf das Fehlen jeder natürlichen Grenze, die — für Mittel- und Osteuropa nicht außergewöhnliche — Durcheinandermischung des deutschen und polnischen Elements, auf die sich daraus ergebende Unmöglichkeit eine Grenzlinie zu finden, die keine fremde Bevölkerung umfasse, und schließlich auf die Notwendigkeit und Bedeutung der strategischen Gesichtspunkte. Die letzteren scheinen wohl gerade das entscheidende Moment der ganzen Grenzziehung gewesen zu sein. Angesichts der Tatsache, daß 2 Millionen Deutsche Polen zugeteilt werden sollten, rührte sich das Gewissen Lloyd George's. Das schien ihm doch entgegen der in England geschätzten „fairness" und für eine dauernde Befriedung Europas eine große Gefahr zu sein. „Das wäre eine beträchtliche Zahl und könnte ernste Sorgen für Polen in der Zukunft bedeuten. Außerdem könnten die Deutschen sich weigern, einen Vertrag mit so einer Verordnung zu unterzeichnen" [94]). Lloyd George wollte gerne den Bericht an die Kommission zur Abänderung zurückgehen lassen. Die Debatte drehte sich fast ausschließlich um Danzig und den Korridor, während Oberschlesien völlig außer Acht gelassen wurde. Cambon beharrte auf seinem Standpunkt. Lloyd George gab sich redliche Mühe, die Unhaltbarkeit dieser Grenzen zu zeigen. Die Entscheidung fällte Wilson. Der amerikanische Präsident war für die Grenzen von 1772 in dieser Gegend. Er hielt bei der Grenzziehung des jungen und schwachen polnischen Staates die Beachtung strategischer Gesichtspunkte für unerläßlich und hob hervor, daß man es Deutschland bekannt gemacht habe, daß man für Polen auf einem freien und sicheren Zugang zum Meere bestehen würde. Die Einverleibung von 2 Millionen Deutscher zu Polen erkannte Wilson als Verletzung eines seiner Grundsätze an. Die eben angeführten Gesichtspunkte jedoch erschienen ihm offenbar beachtenswerter und ihre Durchführung wog ihm scheinbar die Preisgabe seines Prinzips auf. Daneben aber verleugnete Wilson noch zweimal sein früheres Programm. Gerade in der Frage des Zuganges zum Meer hat er ursprünglich nicht an eine Abtretung deutscher Gebiete gedacht, sondern vielmehr nur an eine Internationalisierung der Oder und Weichsel, wie das auch z. B. mit der Elbe geschehen ist (Siehe oben S. 12). Eine weitere Verletzung seiner Prinzipien liegt vor in der plötzlichen Berücksichtigung strategischer Gesichtspunkte bei der Grenzziehung. Damit setzte er sich hinweg über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und verstößt außerdem gegen Punkt 2 aus der Rede von Mount Vernon. (Siehe oben S. 13).

Am Schluß der Sitzung kam man überein, den Bericht über die polnischen Grenzen an das Komitee zurückgehen zu lassen zur nochmaligen Erwägung im Sinne der vorangegangenen Diskussion. Cam-

---

93) Miller, a.a.O. XV. S. 422 ff.; auch bei Thompson, a.a.O. S. 250, 253.

94) Miller, a.a.O. XV., S. 424. This was a considerable figure and might spell serious trouble for Poland in the future. The Germans moreover might hesitate to sign any treaty containing such a provision.

bon tagte mit seinem Komitee wieder am 20. März [95]). Man fertigte einen zweiten kurzen Bericht an, in dem man die vorherigen Entscheidungen der Kommission wieder bestätigte. „Nur in fünf Fällen (wenn man den Danziger Korridor nicht betrachtet) war eine schätzenswerte Abweichung von der ethnographischen Linie gemacht worden und die gesamte Zahl beträgt nicht mehr als 200 000" [96]).

Als am 22. März dieser zweite Bericht zur Debatte beim Obersten Rat stand, war Lloyd George ein wenig kleinlaut geworden dank des Widerstandes der Kommission und vor allem Wilsons. Auch er war für die Annahme des Berichtes, nur wollte er das Recht des Obersten Rates zur Revision gewahrt wissen [97]). Durch einen Kompromiß hat er sich also vorläufig aus der Schlinge gezogen. Der Rat nahm den zweiten Bericht an und behielt sich die endgültige Prüfung in Verbindung mit den anderen Grenzfestsetzungen, die Deutschland betreffen, vor [98]). Polen-Frankreich hatte über England gesiegt. Das war Wilson klar. Er kannte auch den wahren Grund des französischen Interesses an Polen und verurteilte Clemenceau's Politik im April 1919 mit den Worten: „Das einzige wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es keinen Anspruch besitzt" [99]).

Der angenommene Bericht der Polenkommission bildet dann in seinen Vorschlägen für die Grenzziehung die Grundlage für die betreffenden Bestimmungen im Vertragsentwurf, wie er dem deutschen Bevollmächtigten am 7. Mai ausgehändigt wurde [100]).

b) Der Entwurf vom 7. Mai und die deutschen Gegenvorschläge.

Am 6. Mai fand eine Vollversammlung im Außenministerium in Paris unter Clemenceaus Vorsitz statt. Die Friedenskonferenz sollte die Bedingungen hören, die am nächsten Tage den Deutschen übergeben werden sollten. Tardieu hatte es übernommen, ein Resumé der Bedingungen zu geben [101]). Er zergliederte den Vertrag und sprach über die einzelnen Kapitel in kurzen Worten. Über Oberschlesien bzw. die deutsch-polnische Grenze in dieser Gegend führte er aus: „Wir kommen nun zur polnischen Grenze, die folgendermaßen bestimmt wird: Von dem Vorsprung östlich von Neustadt

95) Miller, a.a.O. XIX., S. 88.

96) Ebenda, S. 88, 89. In five localities only (leaving the Danzig — corridor out of consideration) had any appreciable departure been made from the Ethnographical line and the total number involved is not more than 200 000.

97) Miller, a.a.O. XV., S. 430 und XIX., S. 89.

98) Miller, a.a.O. XIX., S. 89.

99) Baker-Wilson, a.a.O. II., S. 47.

100) Temperley, Bd. VI., S. 261.

101) Thompson, S. 356 und Miller, a.a.O. XX., S. 149 ff. (enthält einen stenogr. Ber. aus dem Französ. ins Englische übertragen).

durch folgende Punkte: östlich von Falkenberg von Zülz, Grenze zwischen Ober- und Mittelschlesien, westlich von Posen ..." [102]).

Temperley schreibt über diesen Entwurf: „Die Vorschläge im Entwurf waren einfach. Die westliche Grenze des ethnographisch-polnischen Gebietes wurde zur Grenze zwischen Deutschland und Polen gemacht. Die einzige bemerkenswerte Ausnahme war die unzweifelhaft deutsche Halbinsel von Leobschütz, eine Halbinsel mit einem außerordentlich engen Landstrich, der sich zwischen die Polen im Norden und die österreichische oder tschechoslowakische Grenze im Süden in einer so unbequemen Art hineinschiebt, daß seine Beibehaltung bei Deutschland eine praktische Grenze unmöglich machte außer es verbliebe ein beträchtlicher Teil des etnographisch polnischen Gebietes im deutschen Staate. Man muß ferner beachten, daß von dem von Deutschland gemäß den ursprünglichen Vorschlägen abgetrennten Gebiet ein schmaler Streifen des Landes westlich der Oder im äußersten Süden von tschechischer Bevölkerung bewohnt wurde. Es war beabsichtigt, diesen Streifen zusammen mit einem Teile von Leobschütz dem tschechischen Staate zu übertragen und Vorschläge für die Festsetzung dieses Teiles der polnisch-tschechoslowakischen Grenze wurden durch polnische und tschechoslowakische Kommissionen in gemeinsamen Sitzungen abgefaßt. Dank der späteren Änderungen im Hinblick auf die Behandlung Oberschlesiens als Ganzes wurde nur das kleine von Tschechen bewohnte Gebiet dem tschechoslowakischen Staate einverleibt" [103]).

Diese Bestimmungen über Oberschlesien nahm mit dem Vertragsentwurf die deutsche Delegation am 7. Mai 1919 nachmittags 3 Uhr im großen Saale des Trianon-Palast-Hotels in Versailles entgegen. Es war das erste Mal seit Beginn der Konferenz, daß die deutschen Bevollmächtigten in persönlichen Kontakt mit der Konferenz traten. Man räumte den Deutschen eine Frist von 15 Tagen

102) Miller, a.a.O. XX., S. 151. We now come to the Polish frontier which is determined as follows: froh the salient east of Neustadt by the following points: east of Falkenberg, of Sulz, boundary between Upper and Middle Silesia, West of Posen usw."

103) Temperley, a.a.O. VI., S. 261/62. The proposals in the Draft Treaty ware simple. The western boundary of the ethnographically Polish area was made the frontier between Germany and Poland. The only noteworthy exception was the undoubtedly German peninsula of Leobschütz, a peninsula with an extraordinaryly narrow isthmus which intruded between the Poles to the north and the Austrian or Czecho Slowakian frontier to the south in a fashion so awkward that its retention by Germany made a practicable frontier impossible unless a considerable part of ethnographically Polish territory were to remain within the German State. It is to be noted further that of the territory cut off from Germany by the original proposals a small strip of country west of the Oder in the extreme south was inhabited by a Czech population. It was intended to assign this territory, together with a part of Leobschütz, to the Czecho Slowak State, and proposal for determining this part of the frontier between Czecho-Slowakia and Poland were drawn up by the Polish and C.-S. Commission in joint sittings Owing, however, to the subsequent changes in regard to the treatment of Upper Silesia as a whole only the small area inhabited by Chzech was assigned to the C.-S. State

ein, innerhalb der sie ihre Bemerkungen in französischer und englischer Sprache zu überreichen hatten. Eine mündliche Auseinandersetzung mit den Deutschen sollte nicht stattfinden. Nach Eintreffen der deutschen Bemerkungen war eine Prüfung derselben seitens des Obersten Rates vorgesehen. Es sollte dann eine schriftliche Antwort folgen, in der eine neue Frist für die Beantwortung der Gesamtantwort der Deutschen namhaft gemacht werden sollte. Um Zeit zu gewinnen, sollten diese Erörterungen so rasch als möglich stattfinden.

Die deutschen Vertreter begannen sofort mit der Arbeit das „Buch", wie Clemenceau es genannt hat, durchzuarbeiten, eine Aufgabe, um die angesichts der knappen Zeit sie niemand zu beneiden brauchte. Der erste und sich ständig steigernde Eindruck war, daß „die Zumutungen dieses Vertrages .... weit über die Kraft des deutschen Volkes" [104]) hinausgingen. Trotz fieberhafter Anstrengungen war es nicht möglich, die Frist von 2 Wochen einzuhalten. Man verlangte eine Verlängerung von einer Woche [105]). Bei Bearbeitung der oberschlesischen Frage gingen die Deutschen aus von dem „Widerspruch zwischen dem Vertragsentwurf einerseits und den vereinbarten Rechtsgrundlagen, den früheren Zusicherungen der feindlichen Staatsmänner sowie den allgemeinen Völkerbundsideen andererseits" [106]). Die deutsche Delegation stand auf dem Standpunkt, daß Gebiete, die jahrhundertelang ohne Konflikte zum deutschen Staatsleben gehört haben, wie Oberschlesien, vom Deutschen Reich nicht abgetrennt werden dürften, und daß ein solches Unrecht nur neue Gefahren des Zwistes und der Gegnerschaft mit sich bringen müßte. „Die vorgesehene Abtretung des größten Teiles dieser Provinz" betrachtete man „als einen durch nichts zu rechtfertigenden Einbruch in das geographische und wirtschaftliche Gefüge des Deutschen Reiches" [107]). Das unbestreitbare Recht auf Oberschlesien, das allein Deutschland für sich beanspruchen könne, gründeten die deutschen Bevollmächtigten einmal auf die jahrhundertelange Zugehörigkeit dieses Gebietes zu deutschen Staaten, die ihrerseits das völlige Fehlen eines nationalpolnischen Fühlens im oberschlesischen Volke erkläre, und dann auch auf die ungeheure Leistung Deutschlands für dieses Land auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete. Die deutschen Delegierten bestritten die Richtigkeit der polnischen Behauptung, Oberschlesien sei von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnt, mit Hilfe der Wahlstatistiken [108]). Sie verwiesen

104) Die deutschen Gegenvorschläge zu d. Friedensbedingungen der Alliierten und Asoziierten Mächte. Charlottenburg 1919, S. 7.

105) Die deutsche Delegation arbeitete d. Buch durch und nahm jeweils in einer Note zu den verschiedenen Fragen Stellung. Insgesamt sind 20 Noten abgesandt worden. (Ziegler, a.a.O. S. 201).

106) Gegenvorschläge, S. 14.

107) Ebenda, S. 43.

108) Vor 1903 kam aus Oberschlesien kein polnischer Abgeordneter in den Reichstag. 1907 haben 115 090 Oberschlesier für poln. Kandidaten, 176 287 für deutsche gestimmt; 1912 hat man nur 90 029 poln., dagegen 210 100 deutsche Stimmen gezählt. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen die Polen Wahlenthaltung proklamiert hatten, hat Ober-

auf die Bedeutung der oberschlesischen Industrie für das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands und auf die reichen Bodenschätze, über die das neue Polen in so großem Maße verfüge, daß es Oberschlesien gar nicht nötig habe. Den oberschlesischen Dialekt hielt die deutsche Abordnung nicht für ein Kennzeichen einer Nationalität, besonders aber nicht für im Gegensatz stehend zum deutschen Nationalbewußtsein und sie sah die etwaige Abtretung als dem Interesse des oberschlesischen Volkes entgegengerichtet an, da die Lebensverhältnisse daselbst unvergleichlich besser seien als in Polen. Schließlich erblickte man im Verlust von Oberschlesien eine Gefahr für die Erfüllung der anderen Verpflichtungen, die Deutschland nach dem Friedensdiktat aus dem Weltkriege übernehmen mußte.

All diese Erwägungen fanden ihren Niederschlag in der „Mantelnote" und den „Bemerkungen zu den Friedensbedingungen", die als die deutschen „Gegenvorschläge" am 29. Mai den Feinden vom Führer der Deutschen, Graf Brockdorff-Rantzau, übersandt wurden. Diese enthalten somit zum Problem „Oberschlesien" so ziemlich alles, was von deutscher Seite dazu zu sagen ist. Bei den Angelsachsen machte die deutsche Antwort einen nachhaltigen Eindruck, vor allem die Ausführungen über Oberschlesien, das Saartal und die Kolonien. So vermerkte R. St. Baker darüber: „Das Schwergewicht ihrer Bestrebungen richtet sich: gegen die Verfügung über das Saartal, Oberschlesien und die Kolonien, ... gegen all diese Punkte konnten die Deutschen fraglos eindrucksvolles Beweismaterial ins Feld führen"[109]). General Smuts, der bekannte Verfechter der Einheit der weißen Völker, war gleichfalls stark beeindruckt[110]). Der englische Generalstabschef Henry Wilson schreibt in seinem Tagebuch[111]): „Der Eindruck war, daß die Deutschen ihre Sache sehr gut vertreten haben und ihnen in manchen Einzelheiten überhaupt nicht beizukommen ist ..... Sie haben einen vollständigen eigenen Entwurf vorgelegt, der sich auf die 14 Punkte stützt und viel einheitlicher ist als der unsrige." Temperley urteilt in seinem großen Werk geteilt von diesem Abschnitt, der sich mit Oberschlesien befaßt. Zwei Argumente, so führt er aus hätten die Deutschen für Oberschlesien ins Feld geführt, „1. daß Oberschlesien wirtschaftlich für Deutschland nötig wäre und nicht notwendig für Polen und

---

schlesien mit fast 60% die deutschen Kandidaten gewählt, d. h. daß die Polen etwa ein Drittel der wahlberechtigten Stimmen höchstens für sich in Anspruch nehmen können, da bei den deutschen Wahlen erfahrungsgemäß 10% der Wähler ihrer Wahlpflicht nicht genügen. Nach dem Zusammenbruch habe man in Oberschlesien die Eltern der Schulkinder sich frei entscheiden lassen, ob sie ihre Kinder in polnischer, deutscher oder mährischer Sprache unterrichten lassen wollten. Nicht ganz 22% aller Schulpflichtigen habe sich für poln. Unterricht ausgesprochen.

109) Baker, a.a.O. II., S. 398.

110) Baker, a.a.O. III., S. 402/3. Die deutsche Antwort, auf die von uns aufgestellten Friedensbedingungen scheint mir die fundamentale Note anzuschlagen, die für uns am gefährlichsten ist, und die wir mit größter Sorgfalt zu erwägen gehalten sind.

111) Laut Ziegler, a.a.O. S. 203.

2. daß der Wille der Bewohner dahingehe, bei Deutschland zu blei. ben. Das erste Argument hat ein gewisses Maß Wahrheit in sich, obwohl es etwas übertrieben wurde“ [112]). Er erkennt die Bedeutung Oberschlesiens für die deutsche Wirtschaft an und stimmt auch der Tatsache zu, daß Polen aus den russischen und galizischen Kohlengruben genügend Kohlen gewinnen könnte, wenigstens für die gegenwärtigen Bedürfnisse der polnischen Industrie. Zum zweiten Argument, er nennt es „a more serious contention“, meint Temperley, offenbar von der polnischen Literatur beeinflußt und in dem Irrtum befangen, Sprache und Nationalität gleichzusetzen — wir kommen darauf noch weiter unten zurück — u. a.: „ ... in Oberschlesien wurden die Polen als wasserpolnisch sprechend hingestellt und von ihrem polnischen Charakter sagte man, er sei ebenso schwach wie ihre Sprache. In den „deutschen Bemerkungen“ wurden diese üblichen Behauptungen durch Wahlstatistiken von einem etwas irreführenden Charakter unterstützt. Wenn man die Zahlen zergliederte, so schienen sie eine polnische Majorität in der betreffenden Gegend zu zeigen“ [113]). Daß die Schlüsse der deutschen Delegation, die sie aus den Wahlen von 1907 und 1912 auf den Anteil der Polen an der oberschlesischen Bevölkerung zog, zumindestens nicht ganz falsch waren, hat das Ergebnis der Abstimmung bewiesen.

Die Berliner Presse beurteilte laut einer Notiz der Deutschen Allgemeinen Zeitung (Nr. 258 vom 28. Mai 1919) die Gegenvorschläge ganz einheitlich dahin, daß sie bis hart an die Grenze des Möglichen herangingen.

Die polnische Delegation nahm die deutsche Antwort nicht ohne Widerspruch auf und machte ihre Bemerkungen dazu. Einen Teil derselben bringt Miller in seinem großen Werke. Es handelt sich dabei um einen „Nachtrag zu den Bemerkungen der polnischen Delegation zu der Note der deutschen Abordnung über die Friedensverhandlungen“ vom 13. Juni 1919 [114]). In diesem Nachtrag behandelte die polnische Delegation in einer überaus schwachen Weise die oberschlesische Frage. In den „German opinions on Upper Silesia“ wollte die polnische Delegation an Hand von Zitaten aus deutschen Schriften den Beweis für den rein polnischen Charakter Oberschlesiens erbringen. Sie machte sich diese

112) Temperley, a.a.O. VI., S. 263/64. “1. That Upper Silesia was economically necessarry to Germany and unnecessarry to Poland and 2. the will of the inhabitants was in favour of remaining in Germany. The first argument has a certain amount of thruth in it, altough it was somewhat exaggerated.“

113) Temperley, a.a.O. VI., S. 264. . . . in Oberschlesien the Poles were described as speaking Wasserpolnisch, and their Polish character was said to be as diluted as their language. In the “German Observations“ these customary assertions were supported by figures in regard to voting of a somewhat misleading character. The figures when analysed, appeared to indicate a Polish majoroty in the disputed area.

114) Miller, a.a.O. XVIII., S. 472 ff. Supplement to the Observations of the Polish Delegation on the Note of the German Delegation about the Conditions of Peace. 13. Juni 1919.

Arbeit nur gar zu leicht, indem sie aus z. T. recht umfangreichen Schriften deutscher Autoren einzelne Sätze heraushob und ihnen auf diese Weise einen ganz fremden Sinn unterschob. Es verlohnt sich nicht, hier im einzelnen zu widerlegen. Da es sich bei diesen Zitaten um an den Haaren herbeigezogene Belege für die allgemeinen polnischen Argumente handelt, so sei auf das Kapitel V dieser Arbeit verwiesen, besonders was die Zitate über die „polnische Sprache" und die wirtschaftlichen Fragen angeht. Hier wollen wir uns lediglich auf die Zitate selbst und auf einige vielleicht notwendig erscheinende Bemerkungen beschränken. Als erster Kronzeuge diente kein Geringerer als der deutsche Geograph Professor Josef Partsch. Aus seinem Werke „Schlesien, eine Landeskunde", Breslau 1903, wird aus Teil II, S. 13 zitiert (wörtlich bei Partsch, Schlesien II, S. 14): „So behielt die polnische Nachbarschaft auf dies Land nahezu gleichstarke Einwirkung wie die deutsche ... Das 17. Jahrhundert brachte den Herzogtümern Oppeln und Ratibor sogar 22 Jahre polnischer Pfandherrschaft (1645—66) und bis 1821 waren die Dekanate Beuthen und Pleß Teile des Krakauer Bistums" [115]).

Der erste Satz bezieht sich auf die vorösterreichische Zeit; wie wenig Partsch ihn auf unsere Zeit bezogen haben will, geht aus dem Schluß des Kapitels, dem er entnommen ist, hervor, das in einer „Bewunderung der deutschen Leistung in Oberschlesien gipfelt" [116]). Aus den 22 Jahren Pfandherrschaft — Kaiser Ferdinand III. sah sich zu diesem bedauerlichen Schritt gezwungen, als er durch den langen Krieg in finanzielle Schwierigkeiten geraten war — erwächst den Polen natürlich kein rechtlicher Anspruch auf dieses Land, ebenso nicht aus der Zugehörigkeit der beiden Dekanate zum Krakauer Bistum [117]).

Ganz nichtssagend sind die Stellen, mit denen die polnische Sprache in Oberschlesien bewiesen werden soll. Ein Werk aus dem Jahre 1791 (!!) muß hier herhalten: Pastor Pohla, „Der Oberschlesier verteidigt sich gegen seine Widersacher" (1791 Tarnowitz). Die Stelle daraus: „Es ist absolut sicher, daß der Oberschlesier besser polnisch spricht als der Niederschlesier deutch" [118]). Der zweite

115) Die engl. Übersetzung dies. Nachtrages: The Polish neighbourhood had on the country almost the same influence as the German. The XVII th century brought even to the dukedoms of Oppeln and Ratibor 22 years of Polish rule as guarantee of a debt, and until 1821, the diaconates of Beuthen and Pless belonged to the bisphoric of Cracow. Miller, XVIII., S. 472.

116) Partsch, Schlesien II., S. 29. Es gibt kein schöneres Beispiel dessen, was „Verstand und Redlichkeit", was Treue, landesväterliche Fürsorge und ernste Arbeit aus einem lange verwahrlosten Lande in einigen Jahrzehnten machen können . . . Wir Preußen rufen stolz: „Sieh hin auf Oberschlesien". Auch in anderen Schriften urteilt Partsch ähnlich.

117) Auch heute noch gehören Randgebiete des dtsch. Schlesiens kirchlich zur Prager bzw. Olmützer Diözese, ohne daß die Tschechen daraus irgend einen Anspruch auf die staatliche Zugehörigkeit dieser Gebiete erheben können.

118) Die Schrift von Pohla zitiert auch Nieborowski in „Oberschlesien, Polen und der Katholizismus" (S. 110/111), allerdings auch nur nach einer poln. Übersetzung. Hier hören wir etwas über den Autor; Pohle, wie er hier

Beleg wurde der Schrift entnommen: „Abhandlung über die Art und Weise, die geistige und sittliche Bildung in Elementar- und Landschulen überhaupt, und wie sie insbesondere im polnischen Oberschlesien der Jugend beigebracht werden kann" von Pastor Richter[119]). „Die Leute, die ohne die polnische Sprache zu kennen, diese für rauh eintönig und für den Unterricht ungeeignet halten, sind gleich Blinden, die von Farben reden" [120]).

Ferner ist noch aus einer Einleitung zu einer oberschlesischen Volksliedersammlung aus dem Jahre 1863 von Dr. J. Reger, Arzt des Herzogs von Ratibor, ein Satz zitiert[121]). „Der aufmerksame Leser wird überzeugt sein, wie unberechtigt das weit verbreitete Vorurteil ist, nach dem die Sprache der Polen in Oberschlesien ein entarteter Dialekt ist" [122]).

Daß die polnische Delegation auf soweit zurückliegende Zitate, die zum Thema „polnische Sprache in Oberschlesien", wenigstens wie sich dieses Thema den Verhandelnden stellte, nicht viel oder gar nicht in Beziehung stehen, zurückgreifen mußte, beweist nur, wie schlecht es um dieses Argument bestellt war. Hier ist jeglicher Kommentar überflüssig.

Zur Widerlegung der deutschen Bemerkung, Deutschland könne ohne Oberschlesien nicht existieren und könne im Falle eines Verlustes Oberschlesiens seinen Verpflichtungen aus dem Vertrage nicht nachkommen, wurde der Geologe Frech mit seiner Schrift, „Deutschlands Steinkohlenfelder und Steinkohlenvorräte" (1912 in Stuttgart) angeführt. Desgleichen das „Handbuch des oberschlesischen Industriebezirks" (Kattowitz 1913). Aus dem Werke von Frech werden zwei Sätze zitiert. Der erste steht auf Seite 138 (nicht wie angegeben, S. 130): „Die ungünstige geographische Lage Oberschle-

---

geschrieben, war ein protestant. Pfarrer in Tarnowitz. Als warmer Freund des oberschlesischen Volkes wandte er sich gegen die falsche Beurteilung desselben, die ja lange Jahrhunderte hindurch den Oberschlesier als Trinker, Dummkopf und Halbmenschen hinstellte. Er bricht auch nach Nieborowski eine Lanze für die Sprache des Oberschlesiers, die ihm weiterhin zu sprechen gestattet sein sollte. — Mit dem 2. Autor scheint der auch bei Nieborowski, S. 111, 112 zit. Pastor der reformierten Gemeinde in Pless. J. S. Richter identisch zu sein, der 1792 eine ähnl. Schrift herausbrachte. Die Gedankengänge Richters scheinen denen Pohlas nahezukommen. Beider Männer Gedanken sind auch in neuer Zeit oft ausgesprochen worden. Das ganze 19. Jh. hindurch erhoben sich Stimmen, die für eine Beibehaltung d. poln. Dialektes in Oberschlesien eintraten. — It is absolutely certain, that the Upper Silesian speaks better Polish than the Lower Silesian speaks German.

119) Jahreszahl nicht angegeben, wahrscheinlich auch um 1790.

120) These who without knowing the Polish language think it rough, monotonous and unfit for teaching, are similiar to those who speak of coulours beeing blind. —

121) Alle diese 3 Schriften waren nicht zu beschaffen. Sie sind sogar nicht einmal in der Bibliographie von Kaisig-Belbée „Deutsches Grenzland Oberschlesien", Gleiwitz 1927, angegeben.

122) The attentive reader will be convinced how unfair is the widely spread prejudice, according to which the language of the Poles in U. S. is a deteriorated dialect.

siens hat trotz des Kohlenbedürfnisses der Nachbarstaaten eine der westfälischen gleichkommende Entwicklung verhindert“ [123]). Die zweite Stelle von Seite 139: „Trotz aller Anstrengungen ist es der oberschlesischen Kohle jedoch nicht gelungen, das Vordringen der englischen in den Ostseegebieten merklich aufzuhalten“ [124]). Die Sätze aus dem Handbuch lauten: „Eine andere schwere Sorge unserer Eisenindustrie bildet der Absatz. Die Grenzlage Oberschlesiens fällt für seine Eisenindustrie weit schwerer ins Gewicht, als für seine Kohlen- und Zinkindustrie (für welche der unbedingt zu befriedigende Bedarf der Nachbarländer unüberwindliche Exportschwierigkeiten nicht aufkommen läßt)“ [125]). Die zweite Stelle: „Aber im Gegensatz zu den übrigen deutschen Montanrevieren ist Oberschlesien insofern benachteiligt, als es auf der politischen Halbinsel Schlesiens und gerade an ihrer äußersten Spitze gelegen ist und auf drei von vier Seiten vom Ausland umgeben ist“ [126]).

Eine Tendenz, wie sie die Polen diesen Zitaten unterschieben wollen, nach der Oberschlesien und seine Industrie für die Existenz der deutschen Wirtschaft nicht nötig sei, ist aus diesen Sätzen keineswegs herauszulesen. Das Handbuch und auch Frech behandeln die Probleme der oberschlesischen Industrie mit der Objektivität, die die deutsche Wissenschaft von jeher ausgezeichnet hat. Es liegt ja auch gar kein Grund vor, Schwierigkeiten, deren es in jedem Industriebezirk unzählige gibt, zu verheimlichen oder zu beschönigen. Und nur um solche handelt es sich bei diesen Stellen und den Verfassern dieser Bücher lag wohl nichts ferner, als auf Grund der von ihnen aufgezeigten Schwierigkeiten ein negatives Urteil über die Bedeutung der oberschlesischen Industrie für Deutschland abzugeben. Das würde auch gar nicht den Tatsachen entsprochen haben. Wir kommen auf die Bedeutung Oberschlesiens für Deutschland noch in einem Kapitel, wo das wirtschaftliche Argument der Polen zu behandeln sein wird, zurück.

Zum Schluß ist noch von einer Denkschrift die Rede, die die Handelskammer Oppeln am 26. Dezember 1916 an den Reichskanzler gerichtet haben soll und die in den Worten ausklingen soll: „Die Zukunft Oberschlesiens hängt ab von der Beziehung dieser Provinz zu Russisch-Polen“ [127]). Diese Denkschrift der Handelskammer ist

123) Die engl. Übersetzung aus d. Nachtrag: “The unfavourable geographpical position of U. S, despite the demand of coal of the neighbour states, does not allow a development, similiar to that of Westphalia.“

124) Despite all efforts the U. S. coal cannot stand the competition of the English coal on the Baltic Seashore.

125) Handb. S. 86: Another hard difficulty of our iron industry is the difficulty of selling our products. The position of U. S. on the frontier has in that respect, an even greater influence than with respect of coal and zinc.

126) Handb. S. 136: But in opposition to the other mining basins of Germany, U. S., is so much the worse as it is situated in a political peninsula limited on three sides by foreign powers, and as it is situated in the extremity of the peninsula.

127) The future of U. S. dependes on the relation of this province with Russian Poland.

von polnischer Seite mit dem Hinweis auf die deutschen Expansionsgelüste zitiert worden. Es handelt sich hier lediglich um das Bestreben, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die dank der schwierigen Verkehrslage Oberschlesiens zum Meer hier weniger gut sind als z. B. im westlichen Industriegebiet, durch ein gutes Verhältnis zum Nachbarstaat zu bessern. Auch dieser Satz besagt nicht, daß Deutschland auf Oberschlesiens Industrie verzichten kann.

Volz, der Wirtschaftsgeograph, sagt zu den Bestrebungen, das Absatzgebiet nach Polen hinein zu erweitern, wie sie im Kriege laut wurden, folgendes: „Dabei handelt es sich lediglich um Erweiterung eines bestehenden festgefügten Baues, nicht aber um die Fundamente des Baues“ [128]).

Das waren also die Beweise der polnischen Delegation, die die Einwände der Deutschen entkräften sollten. Doch diese polnischen Stimmen, in sich äußerst schwach und schwächlich, verhallten wirkungslos. Die oberschlesische Frage erheischte eine neue Lösung.

c) Der Kampf der Drei.

Die erste Hälfte des Monats Juni sollte für Oberschlesien von schwerwiegender Bedeutung werden. Der Friedensvertrag, bisher der Welt unbekannt, erregte besonders in England, und zwar in sozialistischen und liberalen Kreisen Aufsehen, und ein wesentlicher Teil der englischen Presse lehnte ihn glatt ab [129]). Lloyd George horchte auf. Er sah seine Laufbahn gefährdet. Er wußte bei einem Widerstand das gesamte englische Kabinett hinter sich. So strebte er nach einigen Milderungen und lenkte dabei sein Augenmerk auch auf die oberschlesische Frage. Die rechtliche Handhabe war ihm dazu gegeben in dem Vorbehalt vom 22. März (siehe oben S. 37).

Clemenceau und das französische Kabinett waren gegen jegliche Änderungen. Tardieu fürchtete, man würde durch Abänderungen der Bedingungen nur den deutschen Vorwurf, einen unmöglichen Vertrag geschaffen zu haben, bestätigen, und meinte, es sei vorauszusehen gewesen, daß Deutschland protestieren würde. „Meine Meinung zu dem allgemeinen Grundsatz: Wir hätten vor einer Woche den Deutschen antworten sollen: „Wir wollen nichts ändern“ [130]).

Zwischen beiden Gruppen stand der Präsident Wilson. „Sein Verhalten läßt sich dahin kennzeichnen: 1. eine Spaltung der Alliierten zu verhüten und sie fest zusammenzuhalten; und 2. einen zeitigen Frieden zu sichern — er ist nicht geneigt zu Abänderungen, die den

128) W. Volz, Die wirtschaftsgeographischen Grundlagen der oberschles. Frage, Breslau 1921, S. 36.

129) Der Vertrag ist im Auslande eigentlich erst durch die deutsche Presse über Holland und England und auch dann nur noch auszugsweise bekannt geworden.

130) Brief Tardieus an House, 10. Juni: Siehe House Papers IV., S. 492: "Thus on the general prinziple my opinion is this: a week ago, we ought to have answered the Germans, "we will change nothing".

Frieden „mildern" wollen, aber er ist bereit, Änderungen aufzunehmen, die die Bedingungen tragbarer machen" [131]).

Am 2. Juni ging Lloyd George zum Angriff über; eine Beratung mit seinen Delegierten war vorausgegangen. Damit begann ein heftiger Streit, der sich durch fünf lange Sitzungen hinzog, und von dem Mermeix in seinem „Combat des Trois" sagt, er sei gewesen „un des plus ardents de la Conference" [132]). Lloyd George leitete am 2. Juni die Diskussion ein [133]). Alle seine Kollegen seien sich einig, daß die neue Grenze Ostdeutschlands unzulässig sei. Wenn sich die Deutschen weigern würden zu unterschreiben, werde man kaum eine Maßnahme gegen Deutschland finden, die der Welt gerecht erscheinen würde. Die englischen Delegierten seien mit den technischen Beratern auch darin einig, daß für Oberschlesien, das seit 600 oder 700 Jahren kein Teil Polens gewesen sei, eine Volksabstimmung unerläßlich sei. „Wenn die Wahl für Polen günstig ist, wird es in Zukunft den Deutschen unmöglich sein, von Revanche zu reden" [134]). Clemenceau zeigt bei dieser Gelegenheit sein wahres Gesicht, wenn er sagt, es handle sich bei Polen vor allem darum, eine historische Schuld abzutragen und man müsse außerdem eine Schranke zwischen Deutschland und Rußland aufbauen. Aus diesen Worten spricht Frankreichs ewige Angst vor Deutschland. Damit war die Frage der Abstimmung aufgeworfen.

In dieser gespannten Lage berief Wilson am Vormittag des 3. Juni seine Sachverständigen. Der stenographische Bericht [135]) über diese Zusammenkunft ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Wir gewinnen dabei vor allem einen Blick auf die überaus oberflächliche Arbeitsweise des Polenfreundes Professor Lord und auf die Abhängigkeit Wilsons von diesem „Sachverständigen". Es sei nur nebenbei bemerkt, daß dies das einzige Mal war, daß Wilson mit seiner ganzen Kommission zusammensaß, bezeichnend genug für das schlechte Zusammenarbeiten zwischen Wilson und denen, die seine Helfer sein sollten. Bei dieser Sitzung wollte Wilson den Rat seiner Berater zu den vorgeschlagenen Abänderungen des Entwurfes vom 7. Mai einholen. Dabei mußte man auch speziell auf Oberschlesien zu reden kommen. Lord hielt eine gerechte Abstimmung für unmöglich, es sei denn, sie finde unter Obhut der Alliierten statt. „Es (Oberschlesien) ist so sehr unbestreitbar polnisches Gebiet, wie das nur in irgendeinem Teile Osteuropas sein kann" [136]). Der Verlust

131) Thompson, a.a.O. S. 389. "His position was summoned up thus: first, to prevent a split among the allies and to held them firmly together; and second to secure an early peace. — He is not disposed to make modifications which will "soften" the peace, but is ready to accept change that make the terms more workable.

132) Mermeix, Combat, S. 235.

133) Ebenda, S. 235 ff.

134) Mermeix, a.a.O. S. 236: Si le plébiscite est favorable à la Pologne, il sera imposible ensuite aux Allemands de parler de revanche.

135) Baker, a.a.O. III., S. 404 ff.

136) Baker, S. 417. III.

von Oberschlesien sei für Deutschland in der Tat ein schwerer Schlag, er würde es aber auch für Polen sein, das drei Viertel seiner Kohlenausbeute in Oberschlesien holen könnte. „Das deutsche Memorandum ist in seinen historischen Daten ein trügerisches Machwerk.... Oberschlesien war von Anfang an polnisch, war polnisch mehrere Jahrhunderte hindurch ..... von Polen ging es 1500 einige Zeit an Böhmen über; 1600 ging es von Böhmen an Österreich über, und an die Deutschen ging es 1700 über; daher gehört es zum deutschen Staate, zu den Deutschen, etwa 200 Jahre“ [137]).

Die Unrichtigkeit dieser Daten ist erstaunlich, daß sie von einem Wissenschaftler kommen, unbegreiflich. Man möchte fast zweifeln, ob sie allein auf oberflächlicher Orientierung beruhen. Jedenfalls scheint sich Lord seine Arbeit leicht gemacht zu haben; man fragt sich nur, was sein Gewissen dazu gesagt hat. Die Behauptung, Deutschland habe das Land erst 200 Jahre im Besitz, ist so unrichtig wie nur möglich. Das Österreich des 16. und 17. Jahrhunderts war genau so ein deutscher Staat wie Preußen in dieser Zeit. Das deutsche Haus der Habsburger hat für deutsche Kultur unendlich viel geleistet, auch in Schlesien. Weiter, an Böhmen ging es nicht 1500 über, sondern schon 1335. Hier ist selbst Dmowski in seiner Denkschrift objektiver als Lord. Für die großartige Leistung der Kolonisationsbewegung hat auch Lord kein Verständnis. Von dieser Bewegung spricht er nur als von der Germanisierung. Von den großen Vorteilen, die sie dem Lande brachte, und daß sie im wahrsten Sinne des Wortes eine Kolonisation war, weiß er nichts zu berichten. Objektivität war anscheinend diesem Professor ein fremder Begriff. Es ist eigentlich noch erstaunlich, daß Lord wenigstens noch die Bedeutung Oberschlesiens für Deutschland anerkennt und den Verlust dieser Provinz als schweren Schlag für Deutschland bezeichnet. Aber von einem Verlust für Polen, wenn es Oberschlesien nicht bekäme, zu reden, ist töricht, da ja Polen dieses Industriegebiet niemals besessen hat. Dieser Einwand ist tatsächlich auch von einem anderen Mitglied der amerikanischen Friedenskommission erhoben worden, worauf Wilson die Antwort erteilte: „Aber theoretisch ist es (Oberschlesien) polnisch“ [138]).

Der erste ernsthafte Zusammenstoß der weit auseinandergehenden Meinungen der Drei erfolgte in der Sitzung des Viererrates vom 3. Juni [139]). Es erschien Wilson schwierig, eine Abstimmung in Oberschlesien durchzuführen. Er dachte bereits an eine Ausweisung der deutschen Beamten. Jetzt gab Wilson also die uns schon bekannten Argumente, die er in der Vormittagssitzung der amerikanischen Kommission von Lord übernommen hatte, wieder. Hier kann man ermessen, wie Wilson von Lord abhängig war. Seine eigenen Kenntnisse in den europäischen Fragen waren halt zu dürftig; so betete er eben seinen Sachverständigen nach. Wilson hielt jetzt fest

137) Baker, Ebenda, S. 418.
138) Baker, a.a.O. III., S. 417.
139) Mermeix, a.a.O. S. 236—244.

an der Unmöglichkeit einer freien Wahl in Oberschlesien, in einem Lande, in dem die Wähler, solange sie unter deutscher Herrschaft standen, Repressalien ausgesetzt waren. Als die Versuche Lloyd Georges, dem Präsidenten das auszureden — Lloyd erinnerte an die 700 jährige Trennung Schlesiens von Polen und unterstrich auf Grund dieser langen Zeit die Billigkeit der Abstimmung — fehlschlugen, verfiel der bewegliche englische Unterhändler auf den Ausweg einer Besetzung des Landes durch eigene Truppen während der Wahlperiode. Als auch das anfänglich wenig Anklang fand, wurde Lloyd George deutlich und mahnte den Präsidenten an das von ihm bei jeder Gelegenheit gepredigte Recht der Völker, über sich selbst zu bestimmen, das man bei der Saar, bei Fiume und Klagenfurt gewähren wolle und dem oberschlesischen Volke ohne Recht vorenthalte. Wilson, innerlich sicher peinlich berührt, stand zu diesem seinen Grundsatz auch jetzt noch und versicherte, an eine Preisgabe desselben nicht gedacht zu haben. Sein ganzes Streben und Wollen war nur auf eine wahrhaft freie Abstimmung gerichtet. In der militärischen Besatzung, die Lloyd George als Gewähr für diese anpries, sah Wilson die Gefahr, Deutschland könnte später behaupten, man habe auf das Plebiszit einen Druck ausgeübt. Da verteidigte Lloyd George noch einmal das Recht Deutschlands auf die Volksbefragung, die die deutsche Antwortnote angeregt habe. Hier klang wieder seine Furcht vor einer Unterschriftsverweigerung Deutschlands durch. In den Vorschlägen vom 7. Mai sah er kein Ultimatum, das etwa ein Anhören Deutschlands ausschloß. Lloyd George vertröstete seine Kollegen mit einem für Polen positiven Ausgang der Wahl, den er mit Sicherheit in Aussicht stellte. Er wollte es nicht einsehen, warum man eine Abstimmung verweigern wolle, wenn man durch eine solche die Unterzeichnung erleichtern könne. Hier begann Wilson langsam schwankend zu werden. Er sprach von „intentions .... excellentes“ [140]), nur schienen ihm andere Garantien für eine freie Wahl als die militärischen besser zu sein. Clemenceau versuchte sofort, Wilson unnachgiebig zu erhalten, indem er ihm das Schreckgespenst des Krieges an die Wand malte: „Das Plebiszit und die Besatzung, das bedeutet für Morgen Streitigkeiten, vielleicht Schlachten; mit einem Wort gerade das Gegenteil von dem, was Sie wünschen“ [141]). Man kam auf das ethnographische Prinzip zurück. Dazu Wilson: „Die ethnographische Frage ist nicht zweifelhaft .... was ich behaupte, ist, daß unsere Entscheidungen über Schlesien nicht den 14 Punkten entgegen ist .... Als ich in Washington Dmowski und Paderewski empfing, habe ich sie lange mit Karten in den Händen befragt; ihre Ansprüche waren übermäßig, aber wir haben uns auf die Formel geeinigt, „gebet Polen alle von Polen bewohnten Gebiete“. L. G.: „Ich wiederhole, daß wir niemals daran

140) Mermeix, a.aO. S. 240.

141) Ebenda, S. 241: „Le plébiscite et l'occupation, c'est pour demain des querelles, peutêtre des batailles; en un mot tout le contraire de ce que vous desirez.

denken konnten, Polen eine Provinz zu geben, die seit 900 Jahren nicht polnisch war. Clem.: Ich wiederhole dagegen, daß der Anspruch auf Oberschlesien immer aufrechterhalten und von uns als gerecht anerkannt worden ist . . .[124]). Wilson: Er war für eine Abstimmung unter der Kontrolle einer interalliierten Kommission.

Lloyd George hatte einen Sieg davon getragen. Die Sachverständigen wurden gebeten, einen Plan in dem Sinne der Diskussion zu entwerfen trotz hartnäckiger Weigerung von Seiten Clemenceaus.

Am 4. Juni wurde eine neue Kommission, „The Commission on the Eastern Frontiers of Germany" ins Leben gerufen[143]). Dieser gehörten an Dr. Lord (USA), Mr. Headlam-Morley England) und Marquid della Toretta (Italien) und General le Rond (Frankreich). Die Liaison-Commission hatte damit keine Aufgabe mehr und löste sich auf. Der neuen Kommission wurden am 4. Juni von dem Rat der Vier zur Aufgabe gemacht, die Abänderungen in die Klauseln, die Polen betreffen, im Sinne der Sitzung vom 3. Juni aufzunehmen und auch Artikel für ein Plebiszit in Oberschlesien im Entwurf vorzubereiten[144]). Für den 5. Juni hatte der Rat der Vier den polnischen Minsterpräsidenten und zweiten Delegierten Polens, Paderewski, geladen[145]). Die Entscheidung in der oberschlesischen Frage war bereits gefallen, jedoch wollte man noch seine Meinung über die getroffenen Bestimmungen hören. Wilson bat Paderewski, sich zu der beabsichtigten Abstimmung zu äußern. Paderewski gab nun eine Schilderung der Lage in Oberschlesien. Dem westlichen Teil sprach er seinen deutschen Charakter nicht ab. Unter dem Einfluß des katholischen Klerus sei hier eine deutsche Majorität vorhanden. Im Osten Oberschlesiens sei die Bevölkerung freier; es sei aber unmöglich, den Osten allein polnisch werden zu lassen, weil dann die gesamte Industrie zu nahe an die Grenze zu liegen käme. 900000 Polen und 400000 Deutsche lebten im östlichen Industriebezirk, während auf den agraren Westen 600 000 Einwohner fielen. Das Ganze sei ein Land „unbestreitbar polnisch". Dagegen behauptete Lloyd George, daß, wenn man Schlesien als Gesamtheit betrachtete, diese Provinz in der Mehrheit deutsch sei. Paderewski mußte das bejahen, obwohl er aus Erfahrung wissen

---

142) Mermeix, a.a.O. S. 242—243. Wilson: La question ethnographique n'est pas douteuse. Ce que je maintiens, c'est que notre décision rélative à Silesie n'est pas contraire au 14 Points . . . quand j'ai reçu, à Washington, Dmowski et Paderewski, je les ai longuement interrogés avec les cartes en mains; leur prétentions étaient excessives, mais nous sommes tombés d'accord sur la formule „donner à la Pologne tous pays habités par les Polonais". L. G.: Je vous repète que nous n'avons jamais pu penser donner à la Pologne une province qui depuis 900 ans, n'était pas polnaise. Clem.: Je vous repète, moi, que la revendication sur la Haute Silésie a toujours été formulée par la Pologne et reconue juste par nous. Wilson: Il faut aboutir.

143) Miller, a.a.O. XIX., S. 84.

144) Ebenda, S. 90, 97.

145) Mermeix, a.a.O. S. 244, 246.

wollte, daß es in Breslau viele Leute gäbe, die polnisch sprächen. Auf Clemenceaus Frage, ob er eine Abstimmung in Oberschlesien gelten lasse, sagte Paderewski, das sei für ihn ein Grund zu demissionieren, weil das Volk das Vertrauen zu ihm verlieren würde, zumal ihm am 7. Mai Oberschlesien versprochen worden sei. Da brauste Lloyd George auf: „Rein garnichts haben wir versprochen“ [146]). Es habe sich bisher nur um einen Vertragsentwurf gehandelt und keineswegs um ein Ultimatum an Deutschland. „Wir haben uns vorbehalten, die Antwort der Deutschen zu prüfen, folglich haben wir das Recht, zweckmäßige Zugeständnisse zu machen“ [147]). Gestern sei Polen selbst noch in drei Teile gespalten gewesen und heute möchte es Forderungen an die Siegermächte stellen, denen es seine Wiederauferstehung allein verdanke. „Mit unserem Blut haben wir eure Unabhängigkeit bezahlt, wenn ihr euch gegen unsere Beschlüsse auflehnt, so bedeutet das, daß wir uns dann auf eure Rechnung irren werden [148]). Die eben geschaffenen Staaten Polen, Tschechoslowakei und Südslavien erwiesen sich als größere Imperialisten, als es die großen Länder je gewesen seien. Polen wolle Bevölkerungen annektieren engegen deren Willen.

Diesen Streit brach Clemenceau ab mit der Frage, ob Paderewski eine freie Abstimmung unter amerikanischer Besatzung für möglich halte. Im Osten sei das möglich, meinte Paderewski; nur im Westen unter dem Einfluß der Gutsbesitzer, Beamten und des Klerus sei das Resultat zweifelhaft.

Paderewskis Aussage hat sicher den Präsidenten ganz für die Abstimmung einnehmen lassen. Dmowski hätte an seiner Stelle anders geredet. Paderewski muß von der polnischen These nur wenig überzeugt gewesen sein, wenn er sich sehr gegen eine Abstimmung wehrte. Die Scheidung zwischen dem industriellen polnischen Osten, wo aber doch noch 400 000 Deutsche wohnen sollten, und dem agraren überwiegend deutschen Westen mag auf Wilson nicht ohne Eindruck geblieben sein. Von jetzt ab hielt auch der Präsident an dem Gedanken der Abstimmung fest. Nur die Durchführung einer wirklich freien Wahl bereitete ihm noch Sorge.

Mit der endgültigen Annahme des Abstimmungsgedankens durch Wilson standen England und Amerika in gemeinsamer Front gegen Frankreich. Über die technische Durchführung der Abstimmung hatten nur die Sachverständigen zu beraten.

Am 9. Juni kam der Viererrat überein [149]), die Sachverständigen, die bezüglich des Zeitpunktes der Abstimmung — es handelte sich um die Zeit, die zwischen der Unterzeichnung des Vertrages und

146) Mermeix, a.a.O. S. 245: Nous n' avons rien promis du tout.

147) Ebenda, S. 245: Nous nous sommes réservé d' examiner la réponse des Allemands par conséquent nous avons le droit de faire des concessions si elles sont raisonables.

148) Ebenda, S. 245: C' est notre sang, qui a payé votre indépendance. Si vous vous révoltez contre ce que nous déciderons, c' est que nous nous serons alors trompés sur votre compte.

149) Mermeix, a.a.O. S 246, 247.

dem Plebiszit liegen sollte — uneinig waren, zu hören. Drei von ihnen waren überhaupt gegen jegliche Abstimmung, wie Llord George verriet. Leider nannte er ihre Namen nicht. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß Professor Lord und Le Rond zwei derselben waren. Der Dritte muß wohl der italienische Vertreter gewesen sein, da anzunehmen ist, daß der Engländer für die Abstimmung eintrat. Lloyd George wendete sich gegen den Vorschlag der Sachverständigen, den Klerus außer Landes zu weisen.

Am 11. Juni [150]) stimmte auch Clemenceau resigniert der Abstimmung zu, aber nur, weil er nicht im Gegensatz zu seinen Kollegen stehen wollte. Im Prinzip blieb er Gegner der Abstimmung, weil, wie er behauptete, die Abstimmung unnötig sei. Er brachte neue Bedenken vor. Sein Kollege White hatte ihn von dem prodeutschen Einfluß des katholischen Klerus unterrichtet. Lloyd George wies auch diese Befürchtung zurück und hielt auch diese Gefahr nach einigen Monaten alliierter Besatzung für beseitigt und die freie Wahl für möglich. Wilson bezichtigte ihn sogar der Parteilichkeit und fragte, ob er es etwa vergessen habe, wessen die Deutschen fähig seien, wenn es sich um Propaganda und Unterdrückung handle. „Was werden sie nicht in Schlesien fertig bringen, wo sie politisch und wirtschaftlich die Herren sind, wenn wir es mit den Deutschen zu tun haben, bin ich gegen sie für Polen!“ [151]).

Wir können die weitere Debatte übergehen. Von Interesse aber wird die Sitzung wieder, als die Sachverständigen, d. h. die „Commission on the Eastern Frontiers of Germany“ den Saal betreten. Lloyd George hatte es anfangs abgelehnt, mit dieser Kommission zu verhandeln, da sie ihm als polenfreundlich bekannt geworden sei.

Le Rond setzte das Resultat der Beratungen seiner Kommission auseinander. Darnach war die Kommission einig in der territorialen und in der Kohlenfrage, ebenso in den finanziellen Klauseln der Abstimmung. Uneins war die Kommission bezüglich der Frage der Abstimmung selbst. Wir haben schon vorher gehört, daß drei Experten Gegner derselben waren. Aufgabe der Sachverständigen war es, zwei Pläne vorzubereiten, einen für eine baldige, den zweiten für eine spätere Abstimmung. Die Kommission hielt ernste Maßnahmen seitens der Alliierten für notwendig, da die Polen in Oberschlesien nicht frei, vielmehr abhängig seien von den „grand propriétaires“ [152]), die heute mächtiger seien als die Herren des 13. Jahrhunderts, indem

---

150) Mermeix, a.a.O. S. 247—253.

151) Mermeix, a.a.O. S. 248: Que ne feront — ils pas en Silésie où ils sont poplitiquement et économiquement souverains? Quand nous avons affaire aux Allemands je suis contre eux pour la Pologne“. — Mit diesem Satz kennzeichnet Wilson seine deutschfeindliche Stellungnahme besser als alle Erklärungen von deutscher Seite es je vermocht haben. Unwillkürlich klingen einem die Worte wieder, die er noch im Kriege, wahrscheinlich rein zu Propagandazwecken ausgesprochen hat, Amerika sei ein Freund des dtsch. Volkes und kämpfe ledigl. gegen den Kaiser u. d. übrigen Beherrscher Deutschlands (siehe Rede v. 2. 4. 1917 in “State Papers and Addresses by W. Wilson“, S. 378, 382.

sie nicht nur den Boden, sondern auch noch dazu „die Bodenschätze, die Bergwerke und das Kapital“ [152]) besäßen. Diese großen Herren und besonders der katholische Klerus habe das Land netzartig unter ihren Einfluß gebracht. Dem ihnen mächtig und einflußreich erscheinenden Bischof von Breslau machten sie den Vorwurf, daß er die polnischen Pfarrer aus Oberschlesien herausversetzte. Le Rond sprach auch über die deutschen Terrorakte, die das Erscheinen polnischer Zeitungen verhinderten und mit dem Verschwinden der Spargelder drohten, im Falle eines Anschlusses der Provinz an Polen. Nach Meinung der Mehrzahl der Sachverständigen verlangten all diese Momente einen genügend langen Aufschub der Wahl, zwischen 1 und 2 Jahren vielleicht. Erst nach einer so langen Zeit alliierter Besatzung glaubte man an die Möglichkeit einer freien Wahl. Das war auch die Meinung Lloyd Georges. In seinem Bericht unterlief dem General Le Rond ein nicht unbedeutender Irrtum, als er dem Rat der Vier unterbreitete, daß von acht oberschlesischen Wahlkreisen fünf Vertreter ins Parlament schickten. In Wirklichkeit lag allerdings der Fall so, daß Oberschlesien 12 Wahlkreise, darunter nur fünf mit polnischer Vertretung zählte [153]). Ein wesentlich anderes Bild also!

Bei der Besprechung der Vorbereitungen zu der Abstimmung setzte sich Le Rond für größere Vollmachten der Abstimmungskommission ein. Auf Wilsons Verlangen machte nun Lord nähere Ausführungen zu den polnischen Parteien in Oberschlesien. Beide polnischen Parteien, die sozialistische und die nichtsozialistische, von denen er sprach, sollen gemeinsam für Polen eingetreten sein. Er mußte aber zugeben, daß diese Parteien den Gedanken der Loslösung von Deutschland erst nach dem Kriege in ihr Programm aufgenommen haben, und führte das zurück auf die Unmöglichkeit seiner Durchführung vor dem Kriege. Dieses Zugeständnis war Lord durch Lloyd George entlockt worden, der die oberschlesischen Verhältnisse mit denen in Irland und Wales verglich, wo man auch immer die eigene Nationalität in den Vordergrung gestellt habe, ohne trotzdem ernstlich an eine Trennung von England gedacht zu haben, wenn man auch von den jüngsten Bestrebungen absehe. Wenn auch der Vergleich etwas hinkt, — die polnisch sprechenden Oberschlesier haben sich in ihrer großen Mehrheit vor dem Kriege als Preußen gefühlt und sind höchstens für die Beibehaltung ihrer Sprache eingetreten, ohne dabei an nationalpolnische Belange zu denken — so muß man ihn doch begrüßen, eben weil er Lord zu der etwas unbedachten Äußerung verleitete, die er vielleicht niemals getan hätte, und die doch die Dinge schon ein wenig ins wahrere Licht setzte, als das andere Äußerungen von polnischer Seite getan haben, die die streng nationalpolnische Bewegung in Oberschlesien um mindestens 50

152) Mermeix, a.a.O. S. 250. „le sous-sol, les usines et le capital.
153) Siehe Osteuropa-Institut: Oberschlesien u. d. Genfer Schiedsspruch, S. 47.

Jahre zurückdatieren wollten. Vielleicht sah auch Le Rond diese Äußerung Lords als eine Unachtsamkeit an; denn er bemühte sich sofort, seinem Kollegen zu sekundieren mit dem Hinweis auf die sehr große Aktivität der polnischen Bewegung in ganz Oberschlesien seit dem Kriege.

Die Sachverständigen zogen sich zurück. Der Rat der Vier ging dann zur Diskussion der Ergebnisse, zu denen die Kommission gekommen war, über. Wilson stellte den Antrag, das Plebiszit in Oberschlesien in 1 bis 2 Jahren stattfinden zu lassen. Clemenceau, durch die Kommission eher noch gefestigt, war nicht zu überzeugen: „Ich bleibe dabei, das Plebiszit ist ein Fehler; doch ich stehe mit meiner Meinung allein. Ich gebe nach“ [154]). Ein Entwurf der Befugnisse des interalliierten Plebiszitkommissariats wurde auf Wilsons Vorschlag angenommen. Mr. Headlam-Morley war der Verfasser deseslben [155]). Darin war vorgesehen die Zurückziehung des deutschen Militärs und die Besatzung. Als Besatzungstruppen empfahl Lloyd George Truppen aller vier Länder, am besten aber wäre es, amerikanische Truppen würden die Aufgabe allein übernehmen. Als Clemenceau darnach fragte, wer die Kosten tragen solle, ließ sich Orlando — der italienische Delegierte hatte bisher schweigend zugehört — mit dem Vorschlag vernehmen, die Kosten dem Lande zuzuschieben, das Oberschlesien zugesprochen bekommen würde.

Am 12. Juni entschloß man sich, das Plebiszit unter der Autorität der Alliierten vor sich gehen zu lassen, und nicht unter der des Völkerbundes [156]). Die Artikel, die die „Commission on the Eastern Frontiers“ entworfen hatte, und die Verbesserungen dazu, die die Diskussion ergeben hatte, sollten im Vertrag als Art. 88 mit Annex aufgenommen werden. Das „Drafting Comitee“ wurde angewiesen, diesen Artikel in den Vertrag einzuheften.

Das Gebiet, das für die Abstimmung in Frage kam, ist im wesentlichen das gleiche wie das, das man den Polen im Entwurf vom 7. Mai geben wollte. Nur das Gebiet des Kreises Loebschütz, das damals den Tschechen überlassen werden sollte, wurde jetzt zum Wahlbezirk zugeschlagen. Der Teil des Leobschützer Kreises sollte bei einem polnischen Sieg an die Tschechen fallen. — Das Hultschiner Ländchen ging sofort an Tschechen über nach Art. 82 Versailler Vertrag. — Diese Frage regelte Art. 81 des Versailler Vertrages, wo auch die Abgrenzung dieses Gebietes bestimmt ist. Auch ein Teil des Kreises Namslau im Reg.-Bezirk Breslau wurde dem Abstimmungsgebiet zugeschlagen.

Für den 14. Juni hatte man die polnische Delegation geladen, um ihr die endgültige Regelung bekanntzumachen [157]). Dmowski und Paderewski erschienen. Wilson unternahm es, die Beschlüsse zu ver-

---

154) Mermeix, S. 252: Je persiste à penser que le plébiscit est une erreur. Puisque je suis seul de mon avis je dois m' incliner.
155) Miller, a.a.O. XIX., S. 101.
156) Miller, a.a.O. XIX., S. 102.
157) Mermeix, a.a.O. S. 253—255.

kündigen. Man habe, so führt er aus, zum Plebiszit seine Zuflucht genommen, um für die Zukunft auch den geringsten Vorwand für eine Irredenta-Aktion Deutschlands zunichte zu machen. Deutschland habe übrigens selbst die polnische Majorität in Oberschlesien anerkannt, es behaupte aber, die Bevölkerung wünsche keine Vereinigung mit Polen. Paderewski habe von zwei Zonen gesprochen, der westlichen agrarischen, die ein zweifelhaftes Resultat erwarten lasse und der östlichen industriellen Zone, wo der Ausgang sicher sei. Auf all das müsse man Wert legen. Deshalb habe der Rat beschlossen:

1. Abstimmung nach Gemeinden,
2. Vertagung der Abstimmung um einige Monate, um gefährliche deutsche Einflüsse auszuschalten,
3. Räumung des Landes durch die deutschen Truppen.

Paderewski beteuerte, daß das ein schwerer Schlag für Polen sei, dem man Oberschlesien versprochen habe. Dann wandte er sich gegen die allzulange Verschiebung der Abstimmung, da eine solche nur eine unerträgliche Spannung schaffen würde. Er schlug 6 Monate Vertagung vor. Paderewski drückte auch seine Besorgnis um die Bauern und Arbeiter aus, für die er im Falle einer polnischen Niederlage bei der Wahl eine Leidenszeit in Deutschland voraussah und schloß mit den Worten: „Unsere Delegation nimmt Ihren Entscheid mit Respekt, den sie für Sie hat, an, aber nicht ohne ein tiefes Bedauern“ [158]). Die darauf folgenden Worte der Drei muten wie Entschuldigungen und Trostsprüche an. Wilson: „Ihre Worte haben mich zu tiefst betroffen; ich habe Zweifel und Gewissensbisse durchgemacht“. Clemenceau: „Sie wissen, daß meine Meinung sich niemals geändert hat.“

L. G.: „Ich bin selbst sehr erschüttert von den Erklärungen Paderewskis. Wir haben lange nachgedacht, aber ich bin sicher, daß für den Industriebezirk Polen bei der Wahl nichts zu fürchten hat“ [159]).

Auch Wilson vertröstet die Polen auf eine gute Abstimmung. Ein Amerikaner hätte ihm gesagt, das Resultat werde für Polen glücklich sein.

Dmowski hatte das Schlußwort. Er war vom guten Ausgang der Wahl überzeugt und kam auf die deutsche These zurück, nach der das oberschlesische Volk nicht polnisch werden wollte. Für die letzten 50 Jahre bestritt er die Richtigkeit dieser Tatsache. Er erinnerte an

158) Mermeix, a.a.O. S 254: Notre Délégation accepte votre décision avec le respect qu' elle a pour vous, mais non sans un profond regret.

159) Mermeix, a.a.O. S. 254: Wilson: Vos paroles m' avaient profondémt ému; j' ai passé par bien des doutes et des scrupules de consience. Cle.: Vous savez que mon opinion n' a jamais varié. Ll. G.: J' ai été moi même fort ému des declarations de Paderewski; nous avons longuement réfléchi, mais je suis certain que pour la région minière, la Pologne n' a rien a craindre du plébiscit.

Denkt Lloyd Georges hier schon an eine Teilung?

das große nationale Erwachen in Oberschlesien, das einer Periode gefolgt sei, in der allerdings das oberschlesische Volk nicht mehr polnisch gewesen sei als nur hinsichtlich der Sprache. Er hielt es auch für nötig, daß die Interalliierte Kommission bei ihren Arbeiten Deutsche wie Polen zur Hilfe heranziehe.

Nachdem Dmowski und Paderewski sich zurückgezogen hatten, machte Wilson auf obige Anregung Paderewskis hin den Vorschlag, die Wahl in der Zeit von 16 bis 18 Monaten nach der Unterzeichnung stattfinden zu lassen. Sein Antrag wurde angenommen. Damit waren die Verhandlungen über die Abtretung Oberschlesiens in Paris abgeschlossen. Es folgten noch Besprechungen über Fragen rein wirtschaftlicher Art, die nicht in den Rahmen dieser Arbeit gehören, und deren Resultat der Art. 90 des Versailler Vertrages ist.

Am 16. Juni empfing die deutsche Delegation die Antwortnote der Feinde, die sich u. a. auch mit Oberschlesien befaßte. Zu dieser Frage bemerkte die Note[160]), daß dieses Problem anders liege als in Posen und Westpreußen, weil Schlesien zur Zeit der Teilung nicht mehr zum polnischen Staate gehört habe. Man betonte aber, daß Polen, welches eine Abtretung nicht rechtlich beanspruchen könne, jedoch eine solche auf der Basis der 14 Punkte für sich in Anspruch nehmen könne; da der in Frage kommende Bezirk in der Mehrheit „unbestreitbar polnisch" sei. Die alliierten Mächte sahen eine Abstimmung in Oberschlesien vor, um den Deutschen den Einwand, daß die Trennung von Deutschland nicht im Sinne der Bevölkerung Oberschlesiens sei, zu entkräften.

Am 28. Juni wurde dann das Versailler Diktat unterzeichnet mit der bekannten Inszenierung, deren die Franzosen Meister sind. Sein Art. 88 besiegelte das Schicksal Oberschlesiens.

Der französische Wortlaut.

Article 88:

Dans la partie de la Haute Silésie comprise dans les limites ci — dessous décrites, les habitants seront appelés à désigner par voie de suffrage s'ils désirent être rattachés a l'Allemagne ou à la Pologne. (Im folgenden ist der Grenzverlauf eingehend beschrieben).

160) Siehe Temperley, a.a.O. II., S. 288: Aus der Note v. 16. Juni; über Oberschlesien: It is recognised that the problem here differs from that in Posen and West Prussia for the reason that U. S. was not a part of the Polish territories when dismembered by the Partition. It may be said that Poland has no legal claim to the cession of U. S. It is emphatically not true that she has no claim which could be supported on the principles of President Wilson. In the district to be ceded, the majority of the population is indisputably Polish . . . They (German Government) insist that separation from Germany is not in accordance with the wishes or the interests of the population . . They (alliierte Mächte) have therefore decided that this territory shall not be immediately ceded to Poland, but that arrangements shall be made to hold a plebiscite there . . . The restoration of the Polish State is a great historical act which cannot be achieved without breaking many ties . . .

Les Gouvernements polonais et allemand s'engagent dès à présent, chacun en ce qui le concerne, à n'exercer sur aucun point de leur territoire aucune poursuite et à ne prendre aucune mesure d'exception pour aucun fait politique survenue en Haute Silésie pendant la période du régime prévu à l'Annexe ci — pointe et jusqu' à l'etablissement du régime definitif de ce pays. L'Allemagne déclare dès à présent renoncer en faveur de la Pologne à touts droits et titres sur la partie de la Haute Silésie située audelà de la ligne frontière fixée, en conséquence du plébiscite, par les Principales Puissances alliées et associées. (In der Anlage folgen dann die Durchführungsbestimmungen).

Der deutsche Wortlaut.

Artikel 88:

In dem Teile Oberschlesiens, der innerhalb der nachstehenden Grenzen gelegen ist, werden die Einwohner berufen, im Wege der Abstimmung kundzugeben, ob sie mit Deutschland oder Polen vereinigt zu werden wünschen .... (Im folgenden ist der Grenzverlauf eingehend beschrieben).

Die polnische und die deutsche Regierung verpflichten sich bereits jetzt, jede, insoweit sie es angeht, an keiner Stelle ihres Gebietes wegen politischer Vorkommnisse, die sich um Oberschlesien während der Dauer der in der beigefügten Anlage bestimmten Regelung bis zur endgültigen Regelung des Schicksals dieses Gebietes ereignen, Strafverfolgungen einzuleiten und weiterzuführen, oder irgenwelche Ausnahmeregeln zu ergreifen.

Deutschland verzichtet bereits jetzt zugunsten Polens auf alle Rechte und Ansprüche auf den Teil Oberschlesiens, der jenseits der auf Grund der Volksabstimmung von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgesetzten Grenzlinie gelegen ist. In der Anlage folgen dann die Durchführungsbestimmungen für die Abstimmung.

d) Frankreichs polenfreundliche Haltung und die Einstellung der anderen Mächte in der oberschlesischen Frage.

Kurzer Rückblick.

Am Schluß dieses Kapitels sei noch einmal kurz auf die Einstellung der Hauptmächte (Frankreichs, Englands, Amerikas und Italiens) zum oberschlesischen Problem eingegangen.

Ganz einfach gestaltete sich für Frankreich die Lösung dieser Frage. Sie konnte, wie alle anderen Probleme, für Deutschland nur negativ gelöst werden, schon von dem Gesichtspunkt aus, daß es 20 Millionen Deutsche zuviel in der Welt gab. Diese Gefahr sprach allein schon für die Abtretung von Oberschlesien, wie auch der anderen Ostgebiete an Polen. Außerdem tat man das im Osten umso lieber, weil es hier galt, einen Vasallenstaat von Frankreichs Gnaden und für Frankreichs Ziele zu schaffen. Dabei vertrat man den

Standpunkt, daß jede Schwächung Deutschlands im Osten eine Stärkung des neuen Polen zur Folge haben müßte. Schlug man Oberschlesien zu Polen, so schädigte man einmal die so überaus gefährdete deutsche Industrie mit ihrem Kriegspotentiel, während man der polnischen Wirtschaft den Gewinn zuschanzte.

Schon aus diesen Erwägungen heraus erklärt sich die eindeutige propolnische Politik Frankreichs in Paris. Verkörpert wurde diese Politik durch Clemeneau, den Präsidenten der Friedenskonferenz. Die Parteinahme Frankreichs für Polen ist in der Literatur oft bezeugt worden. Wir wollen uns mit einigen ausländischen Stimmen dabei begnügen.

Im April 1919 verurteilte Wilson Clemenceaus Politik: „Das einzige wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, in dem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es keinen Anspruch besitzt“ [161]).

Auch ein Pole, Skrzynski, in „Poland and Peace“ (London 1923) bezeugt das große Interesse Frankreichs an dem neuen Polen. „Frankreich hat ein lebhafteres Interesse als irgendeiner der anderen Unterzeichner des Versailler Vertrages .... es ist wahr, daß in Hinsicht auf Deutschland Frankreich bedingungslose Hilfe für Polen garantiert [162]).

Tardieu über Frankreichs Leistung für Polen: „Für Polen hält Frankreich einen Kampf von sechs Monaten aus gegen die britischen Vorurteile; Kampf für Danzig; Kampf für Oberschlesien“ [163]).

Temperley charakterisiert die französische Haltung: „Man kann sagen, daß Frankreich — bewußt seiner historischen Freundschaft mit Polen, stolz auf seinen Anteil im Aufbau und in der Ausbildung der polnischen Armee, und vor allem immer eingedenk der gemeinsamen Drohung von Deutschland her, das beide Länder in gleicher Weise bedrohte, — sich einsetzte als erster Anwalt der polnischen Expansion“ [164]).

Die französischen Staatsmänner entnahmen die Kenntnis des deutsch-polnischen Problems wahrscheinlich allein aus polnischen Propagandaschriften, während die sehr guten und wissenschaftlichen deutschen Arbeiten anscheinend keinerlei Eindruck hervorriefen, wenn sie ihnen überhaupt bekannt waren.

Englands Einstellung zum oberschlesischen Problem, verkörpert

---

161) Baker, a.a.O. II, S. 47.

162) “France has an interest more vital than that of any of the other signatories to the Treaty of Versailles . . . It is true that in regard to Germany, France guarantees unconditional help to Poland.“ (S. 138).

163) Tardieu, La Paix, S. 427. „Pour la Pologne, la France soutient une lutte de six mois contre les préventions britanniques; lutte pour Danzig; lute pour la Haute — Silésie . . .“

164) Temperley, VI., S. 238. „France conscious of her historic friendship with Poland, proud of her part in building up and training the Polish army, and above all ever mindful of a common menace from Germany which threatened both countries alike, may be said to have constituted herself the principal advocate of Polish expansion.“

durch Lloyd George, ist auch mit einigen Strichen leicht gekennzeichnet. Während Lloyd George zunächst den Schwierigkeiten durch Kompromisse aus dem Wege ging — er nahm wie wir oben gesehen haben, den Bericht der Polen-Kommission an, hielt sich aber nochmalige Prüfung der Verhältnisse durch den Rat der Vier vor — ließ er sich im Juni durch die Gefahr, die Deutschen könnten die Unterschrift verweigern, und durch Stimmen aus England, die den Vertrag verurteilten, bewegen, für die Abstimmung einzutreten. Er tat es mit aller Schärfe. Es gaben bei ihm die industrielle und die historische Seite der Frage den Ausschlag. Man kann ihm jedoch den Vorwurf nicht ersparen, daß er im Anfang der Loslösung von Oberschlesien ganz interesselos zugestimmt hatte, statt ihr schon damals mit der gleichen Heftigkeit entgegenzutreten. Die Dinge hätten dann einen anderen Ausgang nehmen müssen. Auf jeden Fall ist Lloyd Georg der einzige gewesen, der sich nicht scheute, den Polen und ihren unverschämten Forderungen wenigstens einige Male schroff entgegenzutreten.

Italien nahm an der Oberschlesienfrage in Paris keinen Anteil.

Amerikas einseitige propolnische Stellungnahme war bedingt durch ungenügende Kenntnisse der Ostprobleme und durch die Unfähigkeit des Präsidenten, seinen eigenen Prinzipien konsequent zur praktischen Durchführung zu verhelfen. Dazu kommt die schlechte Zusammenarbeit mit seinen Delegierten, die auf die Eigenwilligkeit des Präsidenten zurückzuführen ist, und die ganz absolute Abhängigkeit Wilsons von einigen ganz wenigen Experten. Diesen Vorwurf konnte auch Lansing dem Präsidenten nicht ersparen, der besonders auch das Fehlen eines praktischen Programms bedauerte [166]). Wenn man Wilsons schwankende Stellung in Paris und seine manchmal peinlich berührende Hilflosigkeit [167]) sieht, die sich von der Gerissenheit der Diplomaten alten Stils, wie Clemenceau oder Lloyd Georges u. a., ganz deutlich abhebt, möchte man Lansing beipflichten, der es nie verstehen konnte, daß Wilson überhaupt persönlichen Anteil an den Verhandlungen nahm [168]), statt durch Vertreter die Konferenz vom Weißen Hause aus zu beeinflussen. In Amerika bedeutete Wilson eine moralische und politische Macht, in Paris hat er diesen Ruf, der ihm vorausging, durch seine persönliche Schwäche und Eigenwilligkeit verspielt.

---

166) Lansing, Big Four, S. 44.

167) Es berührt in der Tat peinlich, wenn man in den Quellen auf so einfältige Ausflüchte Wilsons stößt, wie den Einwand — wenn er einmal in die Enge getrieben worden ist und keinen Ausweg aus der Diskussion mehr sieht — meine Experten haben mich soweit unterrichtet; oder, wenn Sie mich in dieser Frage umstimmmen wollen, müssen Sie sich an meine Sachverständigen wenden.

168) Lansing, Big Four, S. 42 ff.

V. DIE POLNISCHEN ARGUMENTATIONEN.

Zur Rechtfertigung ihrer Ansprüche auf Oberschlesien führten die Polen verschiedene Argumente ins Feld. Hauptsächlich verteidigten sie ihre Forderungen mit der Behauptung, diese preußische Provinz sei von einer nationalpolnischen Bevölkerung bewohnt. Dieses ethnographische Prinzip, das von allen in Frage kommenden polnischen Kreisen bis auf kleinere Schwankungen in der Zahlenangabe einheitlich hervorgehoben wurde, war es vor allem, daß bei den Staatsmännern der Entente den klaren Blick für die Realitäten dieser Frage trübte. Aber auch Argumente historischer, geographischer, wirtschaftlicher und strategischer Art wurden oft und nicht ohne Erfolg herangezogen.

Die nachfolgende knappe, zusammenfassende Darstellung dieser Argumente stützt sich vorwiegend auf vier grundlegende Schriften von polnischer Seite, die die Tendenz hatten, die Weltöffentlichkeit in propolnischem Sinne zu orientieren und die Pariser Unterhändler zu beeinflussen. An erster Stelle steht Dmowskis Denkschrift an Wilson. Ferner kommt eine Schrift, die sich „Questions Rélatives aux Territoires Polonais sous la Domination Prussienne" betitelt, in Frage. Dieses Bändchen wurde im März 1919 in Paris von einer aus polnischen Wissenschaftlern bestehenden Kommission für vorbereitende Arbeiten zum Friedenskongreß verfaßt und den Mitgliedern der Pariser Konferenz überreicht. Die Arbeit dieser Kommission zeichnet sich duch einen Mangel an Objektivität aus, der geradezu erstaunen läßt, wenn man bedenkt, daß erste polnische Wissenschaftler der Universitäten Polens und nicht leichtfertige Propagandisten ihren Namen unter diese Abhandlung zu setzen sich nicht scheuten.

An dritter Stelle steht ein Zeitungsartikel des ehemaligen Ministerpräsidenten Jan Kucharzewski, „Le dilemme de la Silésie", der in der „Gazette de Lausanne" v. 21. 1. 21, also kurz vor der Abstimmung, erschien. In siebzehn langen Spalten setzt dieser Mitkämpfer Dmowski der westeuropäischen Öffentlichkeit noch einmal in letzter Stunde das Problem Oberschlesiens in polnischer Beleuchtung auseinander.

Als viertes Werk, das besonders für die ethnographischen Argumente das statistische Material lieferte, kommt das Sammelwerk „Polen" (Bern 1918) in Frage.

a) Das ethnographische Argument.

Alle erwähnten Schriften — und noch viele andere — betrachten Oberschlesien als ein Gebiet, das auf Grund seiner nationalen Bevölkerung zu Polen geschlagen werden müsse. Als Merkmal dieser Nationalität stellen sie die Sprache in den Vordergrund. Dmowski spricht sogar von einer 90%igen polnisch redenden Bevölkerung in einigen Kreisen. Kucharzewski behauptet, Oberschlesien sei genau

so streng polnisch wie Posen. Er beruft sich dabei auf die amtlichen preußischen Statistiken der Vorkriegsjahre[169]). Außer der polnischen Frage heben diese Werke auch noch die nationalpolnische Gesinnung, den Sinn der Bevölkerung für polnische Tradition und Geschichte hervor. Dmowski und „Polen" geben wenigstens zu, daß das Nationalbewußtsein lange Zeit hindurch vergessen gewesen sei und erst wieder im 19. Jahrhundert erwacht sei[170]). Der Leser der beiden anderen Schriften muß dagegen den Eindruck gewinnen, daß Oberschlesien trotz der jahrhundertelangen Trennung vom Mutterlande Polen in seiner Gesinnung treu nationalpolnisch und an dem nationalen Leben Polens lebhaft interessiert geblieben sei.

Wo immer die Polen bei Verhandlungen oder in Denkschriften auf Oberschlesien vom ethnographischen Gesichtspunkt her Ansprüche erhoben haben, unterstützten sie dieselben durch gefälschtes Kartenmaterial. Das bekannteste Machwerk dieser Art ist die „Nationalitätenkarte der östlichen Provinzen des deutschen Reiches", die von einem in der Wissenschaft gänzlich unbekannten Ingenieur des Wiener Eisenbahnministeriums, Jakob Spett, 1918 herausgegeben, bei Justus Perthes in Gotha gedruckt worden und in einem Wiener Verlag erschienen ist. Die Fälschungen dieser Karte sind von namhaften Geographen wiederholt aufgedeckt worden, so daß sich eine Beschäftigung mit ihr erübrigt[171]). Es mag genügen,

169) Im einzelnen geben polnische Propagandaschriften den poln. Anteil der Bevölkerung in Oberschlesien an:

„Questions" mit 67% (S. 20).

E. Piltz, 56,88% (a.a.O. S. 14) lt. amtl. Statistik, die aber angezweifelt wird. In „Petite Enzyklopädie Polonaise".

J. Frejlich, 66%; zieht Militär als „près que exclusivement Allemands" vom deutschen Bestandteil ab (!) (S. 30) „La structure nationale de la Pologne. Etude Statistique". Auf der dem Heft beigefügten Karte ist der größere Teil von Oberschlesien mit 80—100% poln. eingezeichnet.

Sammelwerk „Polen" 57%.

Spett'sche Karte (war nicht zu erreichen) laut Stahlberg: Das Kartenspiel um Oberschlesien, 64,9%. Spett unterschlägt 4 rein deutsche Kreise, wie Stahlberg berichtet. (S. 10 „Grenzboten" 1921. III.)

Lord spricht von einer unbestreitbar poln. sprechenden Majorität in Oberschlesien. 65% für die ganze Gegend, 80—90% für viele Teile derselben. S. Lord-Haskins, a.a.O. S. 186.

170) Das Sammelwerk „Polen" will von einer „Wiedergeburt des polnischen Lebens" in Oberschlesien schon nach 1830 reden. Dieses hätte aber zunächst noch einen partikularistischen, von demjenigen anderer polnischer Landschaften abweichenden Charakter und „noch keine volle geistige Solidarität mit den übrigen Teilen Polens" gehabt. (S. 278). Das sei im Kulturkampf anders geworden. Damals erwachte das oberschlesische Volk endgültig zu einem gesamtpolnischen Solidaritätsbewußtsein". (S. 283).

171) Die Spett'sche Karte ist sofort nach ihrem Bekanntwerden von deutschen Geographen untersucht worden. Dabei hat sich herausgestellt, daß diese Karte die Zählung des Jahres 1910, die Spett als Grundlage seiner Karte angab, arg gefälscht wiedergab. „Das Mittel der Prozentsätze, (für ganz Deutschland), um die Spett die Zahl der Polen zu groß angibt, ist 30%." Zu diesem Ergebnis kommt Herbert Heyde in „Die Nationalitäten in den deutschen Ostprovinzen", s. Zeitschr. d Gesellsch. für Erdkunde zu Berlin 1919, S. 185 ff. Heyde hat in Verbindung mit Professor Penck im

daß diese Karte Fälschungen enthält, die die Sprachverhältnisse in Oberschlesien bis zu 13,3% zugunsten Polens verschieben [172]).

Das Sammelwerk „Polen" bringt eine „Ansiedlungskarte der polnischen Bevölkerung auf dem historischen Boden Polens" (S. 120). Professor Manfred Laubert hat sich eingehend mit den Fälschungen dieses Werkes befaßt [173]), ebenso mit denen der Spettschen Karte und zweier Broschüren: Frejlich: „La structure nationale de la Pologne", Neuchâtel 1918; und Liber (Czeslaw Andrzewski): „Das Deutschtum in Westpolen. In mehreren Sprachen" [174]).

Bei Hervorhebung des ethnographischen Prinzipes gehen alle Polen von der falschen Voraussetzung aus, daß sie Sprache gleich Nationalität setzen. Das Beispiel Oberschlesiens zeigt uns, daß das nicht immer möglich ist. Der Unterschied zwischen polnisch gesinnt und polnischen Dialekt redend wird hier ganz augenscheinlich, wenn man den interessanten und einleuchtenden Berechnungen nachgeht, die der Breslauer Wirtschaftsgeograph Volz in seiner Broschüre angestellt hat. Volz hat auf Grund der amtlichen Sprachstatistiken errechnet, daß bei der Abstimmung vom 20. März 1921 etwa 42% aller prodeutschen Stimmen von polnisch sprechenden Oberschlesiern abgegeben worden sind [175]). Diese überwältigende Tatsache hat die kühne Behauptung von Oberschlesiens nationalpolnischer Bevölkerung aufs entschiedenste widerlegt. Dieses einzigartige Resultat „ist eine Hochwertung der deutschen Kultur; das ist die geschichtliche Rechtfertigung Deutschlands ..... Was haben denn die Deutschen kulturell getan, daß die slavischen Bewohner sich so geschlossen für die deutsche Kultur entscheiden?" [176]).

Geographischen Institut der Berliner Universität auf Grund der Zählungsergebnisse des Jahres 1910 ausgearbeitete Nationalitätenkarte herausgegeben (s. Geogr. Zeitschr. 1919, S. 219 ff. H. Praesent: Deutsches und polnisches Sprachgebiet). Mit den Fälschungen Spetts beschäftigt sich auch Professor Penck in einem Aufsatz „Die Polengrenze" in „Illustr. Zeitg." Leipzig." Leipzig, Bd. 152, Nr. 3960 v. 22. Mai 1919.

172) Keller, a.a.O. S. 27.

173) Laubert, M. „Nationalität und Volkswille im preußischen Osten", Breslau 1925.

174) Wie Laubert nachweist, erhöhen alle diese Werke den poln. Anteil an der Bevölkerung zum Teil sogar sehr erheblich (S. 46 ff.). Als beliebte Mittel der Fälschung erkennt Laubert folgende: Man rechnet die Zweisprachigen zu Polen. Das sind in Oberschlesien nach Laubert 88 798 (S. 48) (auch die Tschechen werden als Polen gezählt). Militär und Beamte werden vom deutschen Bestandteil als Organe d. Staates abgezogen, aber die polnisch Sprechenden von ihnen werden andererseits den Polen zugerechnet — es sind nach Einblick Lauberts in die Stammrollen in Oberschlesien im Durchschnitt die gute Hälfte bodenständig, und von diesen bodenständigen Soldaten mehr als die Hälfte polnisch redend. (Laubert, S. 58 ff.) Auf diese Weise geben diese Schriften ein ganz verkehrtes Bild d. Verhältnisse. Wenn man bedenkt, daß sich die westl. Staatsmänner zum großen Teil auf diese Arbeiten stützten, so braucht einen ihre Unkenntnis des wahren Sachverhaltes nicht zu wundern.

175) Volz, Wirtschaftsgeogr. Grundl. S. 65.

176) s. Volz, Oberschlesien und die oberschlesische Frage in Zeitschr. d. Ges. f. Erdkde. in Bln. 1922, S. 233. Volz hat bei diesen Worten auch die anderen Abstimmungen im Sinne.

Angesichts dieses Resultates muß man sich nur wundern, wie von amtlicher deutscher Seite immer nur von „Polen" und „polnischer Bevölkerung" in den Statistiken die Rede sein konnte. Das war eine arge Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und hat den Polen die agitatorische Arbeit nur erleichtert. Gar zu gern beriefen sie sich auf die amtlichen preußischen Statistiken, die von einer polnischen Mehrheit in Oberschlesien redeten [177]).

Die polnische Bevölkerung Oberschlesiens ist tatsächlich schon auf Grund ihrer deutschen Vergangenheit so wenig nationalpolnisch eingestellt, wie nur möglich. Für polnische Traditionen und Geschichte hat sie keinen Sinn. Die großen Freiheitsbewegungen der Polen im 19. Jahrhundert ließen dieses Volk kalt. Wenn hier ein nationalpolnisches Volk gelebt hätte, dann hätten diese großen Bewegungen die Staatsgrenzen mißachtend ihre Begeisterungswogen auch in dieses Land schlagen lassen müssen. Man kennt Beispiele gerade aus der neueren Geschichte, wo derartige Bewegungen in Irredentagebiete hinüberreichten und dem Staat, der solche Gebiete besaß, große Schwierigkeiten bereitete. Nicht so in Oberschlesien zur Zeit der großen polnischen Freiheitsbewegungen. Wie sollte es auch? Eine 700jährige Trennung vom polnischen Staat, die dazu noch einen Segen und eine Blütezeit ohnegleichen brachte, mußte naturgemäß alle Bindungen, besonders geistiger Art, von selbst lösen. Was man an Großem hier geschaffen hatte und wovon man seinen Lebensunterhalt bestritt, das war man deutschem Fleiß, deutscher Kultur und deutschem Geist schuldig. Und das war eine Tatsache, mit der sich dieses Volk vertraut gemacht hatte.

Nach Sidney Osborne kann man wohl die oberschlesische Bevölkerung zur deutschen Nationalität rechnen, oder sie höchstens als Nationalität sui generis ansprechen [178]). Von einer polnischen Nationalität zu reden, erscheint ihm aber völlig unmöglich. „Der Verfasser ist noch keiner überzeugenden, einem sachlichen Forscher genügenden Begründung begegnet, wonach die Oberschlesier tatsächlich zur polnischen Nationalität gehören. Auch gibt es keinerlei Tatsachen, die einen solchen Anspruch erhärten könnten" [179]).

---

177) Obendrein werden die deutschen amtlichen Statistiken von polnischer Seite ganz grundlos und ohne stichhaltige Gegenbeweise erheblicher Fälschungen verdächtigt (Kucharzewski; „Questions" S. 19 ff., Dmowski, Denkschrift bei Roth, a.a.O. S. 137 und auch bei Frejlich, S. 10 ff.). Laubert sieht dagegen die Richtigkeit der deutchsen Zählung in dem Ausfall der Reichstagswahlen des Jahres 1912 bestätigt (S. 49). Auch die Abstimmung hat gezeigt, daß an der Zählung nichts gefälscht war.

178) Siehe z. B. Volz, a.a.O. S. 52, 53. „Auf oberschlesischer Erde wohnt oberschlesisches Volk. Also nicht von „Polen" sollten unsere Statistiken reden — es sind keine Polen! Vor 700 Jahren waren es noch Polen; dann wurde es ein polnisch-deutsches Mischvolk, das sich rein erhalten hat von neuer stärkerer polnischer Beimischung; viel deutsches Blut ist hinzugekommen; jetzt sind es „Oberschlesier"!

179) Sidney-Osborne, Die oberschles. Frage u. das dtsch. Kohlenproblem, Berlin 1921, S. 66.

Mit dem nationalpolnischen Charakter des oberschlesischen Volkes ist es demnach nichts. Wir kommen zur „polnischen Sprache". Unzählige Untersuchungen haben sich dieses Thema gestellt. Das Ergebnis ist bei verantwortlichen Forschern immer dasselbe. Der oberschlesische Dialekt, eine Mischsprache aus polnischen, deutschen und mährischen Bestandteilen hat sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelt, und stellt keineswegs ein Kennzeichen polnischer Nationalität dar. Schriftsprache ist dieser Dialekt nie gewesen, auch besitzt er keine Literaturdenkmäler. Außer diesem „Wasserpolnisch" ist die Bevölkerung seit langen Jahrhunderten des Deutschen mächtig gewesen. Deutsch zu verstehen, war eine Notwendigkeit schon zur österreichischen Zeit. Deutsch war die Sprache der Autorität in Oberschlesien. Das Beherrschen der deutschen Sprache brachte Vorteile im täglichen Leben, da das deutsche Element fast so stark war, wie das nichtdeutsche und außerdem noch in Handel und Industrie und Kultur die Führung innehatte [180]).

Auf der anderen Seite ist das Hochpolnische im oberschlesischen Volk unbekannt, eine Tatsache, derzufolge Agitoren, die das oberschlesische Wasserpolnisch nicht beherrschten, sondern nur Hochpolnisch redeten, in Oberschlesien keine Erfolge zu verzeichnen hatten [181]).

Der Mangel an polnischem Nationalempfinden springt in die Augen, wenn man die oben behandelten Wahlstatistiken und vor allem den Entscheid der Eltern über die Erteilung des Religionsunterrichtes, bei dem sich nur 22% aller Schulpflichtigen für polnischen Religionsunterricht entschieden, in Erwägung zieht (siehe oben S. 39 Anm. 108).

Es wird natürlich immer schwer bleiben und war vor allem in der Zeit, in der unsere Frage akut war, schwer, der Öffentlichkeit der Ententestaaten diesen Unterschied zwischen Polnischreden und polnischer Gesinnung klar zu machen. In diesen Ländern hatte man sich zum großen Teil die polnische Darstellung dieses Problems zu eigen gemacht. Und trotzdem ist es nicht möglich, wenn man, wie die Lenker der Verhandlungen in Paris es getan haben, das Wasserpolnische in Oberschlesien als Merkmal für die polnische Nationalität ansah, auf Grund der Gemeinsamkeit der Sprache auch über die Gemeinsamkeit der Staatszugehörigkeit zu verfügen, wenn man nicht gegen das so feierlich proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen will. Es ist eigentlich traurig, daß man das so selbstverständliche Recht dieses Volkes auf eine Wahl Wilson erst abringen mußte. Ferner, wenn die Sprache im Osten Deutschlands für die Zugehörigkeit zum polnischen Staate ausschlaggebend sein soll, warum verstößt man gegen den gleichen Grundsatz im Elsaß, das Frankreich ohne Rücksicht auf die deutschsprechenden Bewohner dieses Landes als treu französisches Land zu annektieren sich ver-

180) Osborne, sieht die Zusammenhänge auch so. a.a.O. S. 98, 99.
181) Rose, Alexander, Germans and Poles in U. S. Berlin 1919, S. 31.

pflichtet fühlte. Auf die Unzulänglichkeit dieses Prinzips, gemeinsame Sprache erfordere gemeinsame Staatszugehörigkeit, ist von verschiedener Seite genügend hingewiesen worden [182]).

Fürwahr, es müssen noch andere Gesichtspunkte mitbestimmend sein, wenn man, besonders im modernen Wirtschaftsleben, über die staatliche Zugehörigkeit eines Landes verfügen will. Da gibt es Selbstverständlichkeiten und ungeschriebene Gesetze, die sich aus der Geschichte, der Kultur und nicht zuletzt aus der Wirtschaft ergeben. Als Selbstverständlichkeiten verlangen sie aber auch Beachtung. Wo dieselben nicht eingehalten werden, rächen sie sich von selbst. Das beweist zur Genüge der Niedergang der oberschlesischen Wirtschaft, der zum größten Teil durch die willkürliche Teilung dieses organisch gewordenen und daher sinnvollen Wirtschaftsorganismus hervorgerufen wurde.

b) Das historische Argument.

Auch aus der Geschichte wollen die Polen Ansprüche auf Oberschlesien herleiten. So hält z. B. Dmowski in der Denkschrift an Wilson Schlesien für ein altes polnisches Land, das dreimal seine Besitzer gewechselt habe, jetzt preußische Provinz sei. Dmowski wird vom großen amerikanischen Gönner der polnischen Ansprüche, von dem Professor der Geschichte, Lord, noch überboten. Nach Lord ist Oberschlesien von Anfang an polnisch gewesen mehrere Jahrhunderte hindurch (siehe oben). Auch die „Questions“ [183]) wissen von einem jahrhundertelangem polnischen Besitz dieses Gebietes [184]).

---

182) Die Polen selbst haben den Standpunkt Sprache = Nationalität verlassen, als sie im deutsch-polnischen Staatsvertrag v. 15. Mai 1922 in Art. 27 § 3 zustimmten, daß als Polen diejenigen deutschen Reichsangehörigen anzusehen seien, die durch ihr Verhalten bis zum 1. 8. 21 bekundet hatten, daß sie sich dem polnischen Volkstum zurechneten. Hier haben die Polen zugegeben, daß für die staatliche Zugehörigkeit „nur der freie Wille“ des einzelnen maßgebend sein darf. Darauf macht Laubert, a.a.O. S. 39, 40 aufmerksam.

Auch die Broschüre von Rose bestreitet die Richtigkeit der These, "Polish language“ und "Polish political opinion“ zu identifizieren (S. 12). Der Verfasser stützt sich dabei auf die Wahlstatistik des Jahres 1912. Damals haben bei der Reichstagswahl von 171 177 "Polish voters“ 93 629 für polnische, und 77 548 für deutsche Kandidaten gestimmt. In Oberschlesien würde zwar von 54,37% das Wasserpolnische gesprochen, die Polish political opinion aber sei dieser Wahl nach nur von etwa einem Fünftel der Bevölkerung geteilt worden.

183) „Questions“, S. 103.

184) Hier finden wir überhaupt eine einzigartige Darstellung der großen Kolonisation des deutschen Ostens, wie sie ähnlich wiederholt von polnischer Seite gegeben worden ist. Nach Meinung dieses Werkes seien auf den Gräbern der Slaven Berlin, Frankfurt a. O. und viele andere deutsche Städte gegründet worden. Magdeburg, Brandenburg, Leipzig, Stettin, Danzig seien lediglich umgenannte polnische Siedlungen. Die Beziehungen zwischen den Slaven und den Deutschen vom Mittelalter bis zum heutigen Tage bleiben allein auf die Vernichtung der ersteren durch die letzteren beschränkt. Mit allen Mitteln des Staates und der Kirche habe man die Westslaven

Worauf es den Verfassern all dieser Schriften ankam, ist klar ersichtlich. Man wollte Oberschlesien für Polen um jeden Preis gewinnen. Dazu schien jedes Mittel recht. Was Dmowski und Kucharzewski anbelangt, so brauchen wir uns nicht zu wundern. Das waren Politiker und Propagandisten, die es mit der Wahrheit nicht so genau nehmen. Erstaunen aber muß man, wie sich bekannte polnische Wissenschaftler nicht schämten, unter eine so unobjektive Arbeit ihren Namen setzten [185]).

Das historische Argument widerlegen am besten die einwandfrei festgestellten Tatsachen der Geschichte selbst. Es sei verwiesen auf das Kapitel „Schlesische Geschichte" dieser Arbeit, das sich auf die Ergebnisse einer langwierigen Arbeit der deutschen Wissenschaft stützt.

Hier sei nur Einiges zur Entkräftigung der polnischen Darstellung hinzugefügt. So begegnet man in all diesen polnischen Werken dem — man möchte fast sagen bewußten — Irrtum, daß Schlesien von Anbeginn der Geschichte urpolnisches Land war. Von der germanischen Urbevölkerung dieses Landes vor der Völkerwanderung, von den Lygiern, Vandalen und Silingern, weiß keines dieser Werke zu berichten. Das ist eine Tatsache, die schon Tacitus wußte und die durch zahlreiche Funde und Ausgrabungen bewiesen ist. Dem polnischen Staate gehörte Schlesien überhaupt kaum 170 Jahre an (999 bis 1163). Die schlesischen Piasten beherrschten dieses Land darauf selbständig und leiteten gleich nach 1163 die Loslösung von Polen in die Wege, besonders auf geistigem Gebiete. Was folgte, war der unvergleichliche Siegeszug der höheren Kultur und der Kolonisation, die, das wissen obige Verfasser nicht, — und auch von dem Segen, den sie dem Lande brachte, schweigen sie boshaft —ohne Blutvergießen und völlig friedlich vonstatten ging und auf den aus-

---

verschwinden lassen. Unter den böhmischen Königen sei Schlesien vom Mutterlande Polen getrennt worden. Diese Könige hätten den Teutonischen Rittern das Eindringen vom Norden und Westen her ermöglicht im Anfang des 14. Jahrhunderts (!), indem sie selbst Polen von Südwesten her angriffen. So sei es dem polnischen König Kasimir d. Großen unmöglich gewesen, diese Trennung, der er im Grunde seines Herzens nicht zustimmte, und die erzwungen gewesen sei (gemeint ist der Vertrag von Trentschine) das Erbe der Piasten zurückzufordern. Im Laufe der Jahrhunderte habe zwar das deutsche Element in Schlesien vordringen können. „Toutefois, la population polonaise de la Haute Silésie est sortie victorieuse de cette lutte".

Das mag aus dieser Schrift genügen. Ganz ähnlich schildert Kucharzewski die poln. Vergangenheit dieses Landes. Es sei „un fait merveilleux et peut-être unique dans l'histoire". (Art. in „Gazette de Lausanne"), daß Oberschlesien der langen Trennung zum Trotz in seiner Sprache, seinen Bräuchen und allen seinen Traditionen so treu polnisch geblieben sei.

185) Dieses Bändchen soll nach einem Vorwort Studien bringen, die die serienhaften Irrtümer und Fälschungen von deutscher, namentlich wissenschaftlicher Seite widerlegen sollen. Die Irrtümer und Fälschungen von deutscher Seite hätten die Aufgabe gehabt, den Eindruck des deutschen Charakters der Ostprovinzen zu erwecken. Das ist eine Beleidigung der hochangesehenen deutschen Wissenschaft, die immer der Wahrheit gedient hat und nicht zuletzt darum ihren guten Klang in der Welt hat.

drücklichen Wunsch der Fürsten. So ging die Entwicklung ganz zwangsläufig ihren Weg zum Trentschiner Vertrage. Der Verzicht, der hier ausgesprochen ist, ist freiwillig zugunsten der böhmischen Krone und für alle Zeiten ausgesprochen worden. Damit war die Loslösung von Polen, die innerlich und geistig kulturell schon lange vorher erfolgt war, auch äußerlich abgeschlossen worden. Ferner verschweigen die polnischen Autoren zu gern, daß Böhmen damals ein deutscher Staat war und dem Deutschen Reiche sogar einige Kaiser gestellt hat. Somit gehört seit dieser Zeit Schlesien mittelbar zum deutschen Reichsgebiet. Es bleibt seit dieser Zeit die einzige feste Grenze des Deutschen Reiches und ist die älteste Grenze in Europa überhaupt. Als Schlesien an Habsburg fiel, kam es wiederum in deutsche Hand. Aus den polnischen Schriften muß man den Eindruck gewinnen, als ob Schlesien erst 1742 in deutsche Hände kam. Preußen und später das Deutsche Reich übernahm von deutschen Herrschern dieses Gebiet und setzte lediglich fort, was andere vor ihm schon begonnen hatten, dieses Gebiet kulturell und — das war Böhmen und Österreich weniger gelungen — wirtschaftlich zu heben.

Es erscheint mithin ungerecht, wenn die Polen aus der Geschichte heraus Ansprüche auf dieses Land erheben. Die Geschichte ist deutsch seit Jahrhunderten und wenn ein Staat in der Welt aus der Vergangenheit dieses Landes Ansprüche auf den Besitz desselben stellen will und die Berechtigung dazu hat, dann ist es Deutschland, zumal ja alles, was hier geleistet worden ist, von deutscher Hand ausgeführt worden ist. Sidney Osborne weist hin auf den Umstand, daß Polen seit der Trennung auf Schlesien nie mehr Ansprüche gestellt hat. Während es für die Unterwerfung der ukrainischen Kosaken und der Stadt Kiew viel Blut zu opfern bereit gewesen sei, habe es für die Rückerlangung Schlesiens nicht einen Soldaten in Bewegung gesetzt. Nach Meinung Sidney Osbornes ist das darauf zurückzuführen, daß Schlesien in den vergangenen Jahrhunderten als armes Land gegolten habe, das zu besitzen sich nicht verlohnte, daß aber, nachdem unter preußischer Verwaltung eine Blütezeit hereingebrochen war, dieses wertvolle Land die Habgier polnischer Nationalisten geweckt habe.

Es gab natürlich auch in Polen Männer, die sich durch die überspitzt imperialistischen Bemühungen der Kreise um Dmowski in ihrem Sinn für das Recht nicht beirren ließen und dringend vor der Loslösungspolitik von Oberschlesien vom Reiche abrieten. So schrieb z. B. der nationalpolnische Erzbischof von Posen, v. Stabilewski im Jahre 1892 im „Kurjer Posnanski" (Nr. 229) folgende bemerkenswerte Sätze[186]): „Es ist ungehörig und ungerechtfertigt, Schlesien in die politische Tätigkeit, in das Emporstreben der Polen hineinzubeziehen, Schlesien, das seit 1742 zu Preußen gehört..... Schlesien ist seit mehr als 700 Jahren tatsächlich und gesetzlich von dem polnischen Königreich getrennt und kann von dem Minister-

186) Osborne, a.a.O. S. 56, 57.

residenten polnischer Abkunft nicht als ein Bezirk für politische Tätigkeit im „großpolnischen" Sinne angesehen werden. Den Schlesiern geht jede historische (polnische) Tradition ab. Wir verwerfen jede polnische Agitation in bezug auf Schlesien als von unserer Mitte ausgehend, nach welcher Richtung hin sie immer gehen mag."

Auch Pilsudski und sein Kreis, dem wohl niemand unnationale Gesinnung vorwerfen kann, war gegen diese Politik. Für seine Worte, die er zu einer Deputation polnischer Aufständischer 1920 gesprochen hat, ist vor Gericht der Wahrheitsbeweis angetreten worden: „Nach Oberschlesien gelüstet's Euch! Das ist eine unmögliche Sache. Oberschlesien ist doch eine uralte deutsche Kolonie" [187]).

Auch Dmowski bezeugt die korrekte Einstellung Pilsudskis in der Frage der preußischen Teilgebiete, die von seiner eigenen sehr weit entfernt war. Dmowskis Meinung nach hätten die Grenzen Polens „erheblich größer" [188]) ausfallen müssen als die des ethnographischen Polentums. Zu dieser Gesinnung konnte sich die gerade Natur des alten Marschalls nicht bekennen. Seine Vertreter in Paris waren in seinem Sinne instruiert und haben in scharfem Gegensatz zu der übrigen polnischen Delegation gestanden, wie Dmowski selbst bezeugt [189]). Die Rolle des Vertreters Pilsudskis, Dr. Dluski, in Paris hat Dr. Rydlewski im Kurjer Posnanski (Dezember 1930 und Januar 1931) in derselben Weise charakterisiert [190]).

c) Das geographische Argument.

Das geographische Argument ist in der Hauptsache ein geopolitisches, um nicht zu sagen, militärpolitisches Element. Es verficht besonders Dmowski. 1. Oberschlesien bilde eine Notwendigkeit für den polnischen Staat als Verbindung zwischen Polen und der Tschechoslowakei. (Denkschrift). 2. Schlesien falle überhaupt, geographisch gesehen, innerhalb des ganzen polnischen Gebietes (29. Jan. 19, siehe oben). Kucharzewski verteidigt den geographischen Gesichtspunkt. Im 4. Kapitel seines Artikels heißt es: „Die geographische Lage Oberschlesiens hat sich offenbar nur verschlechtert, seit Posen und Westpreußen ‚die besten' Absatzgebiete für seine Produkte, an Polen zurückgekommen sind [191]). Alle diese Behauptungen übersehen ein ganz primitives Naturgesetz, gegen dessen Verletzung sich Sidney Osborne, ein Kenner des Landes durch intensive Studienreisen aufs heftigste wehrt. Geographisch ist nach seiner Meinung, die man nach einem Blick auf die Karte nur teilen kann, ganz Schlesien

187) Schmidt, Axel, Gegen den Korridor: Poln. Zeugnisse und Tatsachen, Berlin 1933, S. 16.
188) Schmidt, A., a.a.O. S. 21.
189) Ebenda, S. 21.
190) Ebenda, S. 19 ff.
191) „Le situation géographique de la H. S. n'a fait qu' empirer, evidement, depuis que la Posnanie et la Prusse Occidentale, les meilleurs débouchés de ses produits, sont revenus à la Pologne."

eine Einheit, von der Oberschlesien nur ein Teil bildet. Die Oder, die Hauptader des Landes, nähme alle Flüsse und Flüßchen auf. „So scheint die Oder mit ihren Nebenflüssen, die Schlesien bewässern, die natürliche Grenze des Landes derart zu bestimmen, daß allen Versuchen, sie zu verstümmeln, getrotzt wird. Wollte man diese natürlichen Grenzen auflösen durch neue und künstliche, die diese Täler und Flüsse zerrissen, und wollte man sie teils in das eine, teils in das andere Land verlegen, so hieße das die ewigen Gesetze der Natur vergewaltigen“ [192]). Osborne beruft sich auch auf Goethe, der Schlesien ein „zehnfach interessantes Land“ und ein „seltsam schönes hervorragendes Ganzes“ nannte. Das sei von Natur aus so und nicht erst durch Zufall zusammengefügt [193]). Das landwirtschaftliche Odertal bildet durch die ihm rechtwinklig zuströmenden Zuflüsse und deren Täler ein topographisches und hydrographisches Ganzes. Die Oder nebst Nebenflüssen halte förmlich das ganze Gebiet zusammen. Als weiteren Beweis für Schlesiens natürliche Einheit sieht er die vier wichtigen alten Straßen der Provinz an, die „natürlichen vorgezeichneten Wegen folgend, Schlesien seit den frühesten deutschgeschichtlichen Aufzeichnungen durchziehen“ [194]). Die neuen Verkehrswege seien auch in der allgemeinen Richtung der alten Straßen angelegt.

3. Damit kommtSidney Osborne eigentlich schon auf die verkehrsgeographische Seite dieses Problems zu reden, die schon in das Gebiet der Wirtschaftsgeographie gehört. Eingehender hat sich mit dieser Frage Volz beschäftigt [195]). Volz sieht die Oberschlesienfrage auch als Verkehrsproblem, dessen Lösung ihm bei Polen nicht gewährleistet erscheint. Die gewaltige Produktion in Oberschlesien stelle eine gewaltige Anforderung an den Transport. „Dazu kommt ein mächtiger Bedarf der Industrie“ und auch die Nahrungsmittel und anderen Lebensbedürfnisse können dem Industriebezirk mit seiner dichten Besiedlung nur durch den Verkehr sichergestellt werden. „Ein Zehntel des gesamten deutschen Eisenbahnverkehrs wurde von Oberschlesien, das nur ein Fünfzigstel der Fläche Deutschlands einnimmt, in Anspruch genommen“ [196]). Der Güterverkehr steigert sich ins Ungeheure. Im Jahr 1913 mußten 50 Millionen Tonnen Güter hin und her bewegt werden. Davonwaren nur 11,5 Millionen Tonnen Austausch mit dem Auslande, wovon auf Polen ein verschwindend kleiner Teil fiel [197]). Während die Voraussetzungen für

192) Osborne, a.a.O. S. 13.
193) Osborne, aa.O. S. 15.
194) Osborne, a.a.O. S. 18. Die vier Straßen sind:
1. Die Salzstraße: Breslau—Lublinitz—Krakau—Wielicka.
2. Handelsstraße: Breslau—Odertal—Groß—Strehlitz — Beuthen — Krakau.
3. Heeresstraße: Oppeln—Ratibor—Loslau—Donautal.
4. Heeresstraße: Brieg—Neisse—Jägerndorf—Donautal—Oberitalien.
195) Volz, Wirtschaftsgeogr. Grundl. S. 27.
196) Volz, a.a.O. S. 30.
197) Ebenda, S. 30, 31.

diesen gewaltigen Verkehr durch ein „großartiges und leistungsfähiges oberschlesisch-deutsches Eisenbahnnetz" gegeben sind, fehlen sie bei Polen, das dagegen nur mit zwei Strecken, die für sein eigenes Industriegebiet von Dombrowa-Bendzin eben genügen, den für Oberschlesien lebenswichtigen Verkehr nicht bewältigen könne. Auch die Oder würde Oberschlesien bei Polen als Abfuhrweg verloren gehen; die Weichsel könnte dagegen diesen Verlust nicht wettmachen, schon wegen der weiten Entfernung von Oberschlesien (260 km bis zum Mittellauf), gar nicht zu reden von ihrer Unbrauchbarkeit für die Schiffahrt auf polnischem Gebiet. „Es wäre also der Anschluß an Polen für die oberschlesische Industrie der Tod!" Oberschlesien ist ein Verkehrsproblem" [198]).

Auch Josef Partsch sieht ganz Schlesien als unteilbares Ganzes. In der „Westmark" (1921, S. 976 ff.) erschien ein Artikel „Oberschlesiens Schicksal". Darin sagt Partsch [199]): „Wie eine Halbinsel zwischen dem wiedererstehenden polnischen Reiche und der tschechoslowakischen Republik erstreckt sich Schlesien südostwärts vom Kern des Deutschen Reiches, gerade an seinem äußersten Vorsprung umflutet vom Volkstum zweier slavischer Staaten, nur einseitig an ein kräftiges Gebirge gelehnt und doch aus dem Zusammenhange der großen Ebene am Nordrand Mitteleuropas als eine individuelle Einheit heraustretend durch die Geschlossenheit seines Wassernetzes, dessen Linien an die Gliederung eines Eichenblattes erinnern ..... Wer konnte ahnen, daß einmal der Gedanke aufkommen könne, das produktivste Gebiet Oberschlesiens von dem Zusammenhang mit dem Verkehrsbereich des Stromes, der Schlesiens Gewässer sammelt, politisch loszulösen und es ganz oder bruchstückweise anzuschließen an das Wirtschaftsleben der erst 200 km östlicher den Weg zum Meere einschlagenden Weichsel, deren polnischer Ober- und Mittellauf durch Verwahrlosung unter seine mittelalterliche Verkehrsbedeutung zurückgesunken ist" [200]).

d) Das wirtschaftliche Element.

wurde von den polnischen Politikern und Schriftstellern von zwei Seiten angefaßt. Einmal versuchte man den Beweis zu erbringen, Polen könne ohne Oberschlesiens Industrie nicht neben dem so mächtigen Deutschland bestehen, ohne seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und damit auch seine politische Selbständigkeit in ewiger Gefahr zu sehen. Daneben betont man auch die Abhängigkeit von Oberschlesien, namentlich in der Ernährungs- und Absatzfrage von Polen. Man stellt sie als eine absolute hin. Außerdem führte man (na-

198) Volz, a.a.O. S. 35.

199) Ebenso abgedruckt in „Jos. Partsch. Aus fünfzig Jahren verlorene Schriften". Hrsg. v. H. Waldbaur, S. 158, 159.

200) Ähnliche Gedanken drückt Partsch in einem Artikel „Oberschlesien unteilbar" aus. In: Deutsche Allg. Ztg. 1921, Nr. 366—68.

mentlich Kucharzewski) lächerliche Beweise für die vollkommen abwegige Meinung, Deutschland, dieser so gewaltige Industriestaat, habe Oberschlesien zu seinem wirtschaftlichen Weiterbestande nicht nötig und könne den Verlust ohne besondere Schädigung seines wirtschaftlichen Gesamtorganismus leicht verschmerzen.

Nach den „Questions" (S. 85 ff.) ist auch für Polens Industrie die Eisenindustrie die Grundlage. Zu einer großzügigen Eisenindustrie braucht Polen die geeignete Kohle, den Koks und das Roheisen. Auf der anderen Seite dagegen braucht Oberschlesien Kohlen. Eisen- und Zinkerze, Holz, Vieh, Lebensmittel müssen aus Polen bezogen werden. Die oberschlesische Eisenindustrie braucht den polnischen Markt, da sie auf den deutschen Märkten mit der westlichen Industrie nicht konkurrieren kann. Oberschlesien ist für Deutschland eine Waffenkammer und, wenn es bei Deutschland bleiben sollte, eine Gefahr für den Weltfrieden. Auch Kucharzewski zeichnet die Verhältnisse so. Er bemüht sich, außerdem noch um eine Beweisführung, nach der Deutschland den Verlust von Oberschlesien leicht verschmerzen könne[201]). Es folgen dann die Ziffern der Vorkriegsproduktion und Berechnungen, wie sich die Dinge in Zukunft für Deutschland, ohne Oberschlesien, gestalten würden. Im übrigen vertritt Kucharzewski auch den Standpunkt, Oberschlesien werde zum wesentlichen Teile aus Polen ernährt und daß Polen der natürliche Markt von Oberschlesien sei. Dmowski erkennt die hohe Bedeutung Oberschlesiens für Deutschland wenigstens an. Oberschlesien enthalte den dritten Teil des deutschen Kohlenvorrates. Es sei, wie auch die übrigen abzutretenden Gebiete, für Deutschland sehr wichtig. Polen aber brauche dieses Gebiet als Grundlage für seine Industrie.

Zunächst zu dem I. Teil der polnischen Argumentation, Polen könne Oberschlesien als Grundlage seiner Industrie nicht entbehren. Diese Behauptung entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Das oberschlesische Industriegebiet ist nur ein Teil eines weitausgedehnten Landstriches, der sich durch fast unerschöpfliche Bodendenschätze auszeichnet. Politisch teilen sich drei Mächte in dieses Land. Es ist allerdings wahr, daß der preußische Anteil der am weitesten fortgeschrittene Teil desselben ist. Dieser Umstand hat nun in den Polen die Habgier geweckt. Der deutsche Statistiker R. Michael hat eine Karte entworfen, die die genaue Aufteilung des gesamten Kohlengebietes des Jahres 1920 zeigt[202]). Darnach besaß Deutschland nur ein Drittel des gesamten Beckens, nämlich 32,94%.

---

201) „La situation économique de l'Allemagne est brillante . . . L'épanouissement économique de l'Allemagne actuelle est un fait clairement rétabli et indiscutable". Siehe Artikel in „Gazette Lausanne". „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist glänzend . . . Der wirtschaftliche Aufschwung des gegenwärtigen Deutschland ist eine klar geschaffene und unbestreitbare Tatsache."

202) Siehe Sidney Osborne, The Problem of U. S. with 5 maps. London 1921, Karte Nr. 5.

Die Tschechen hatten 15,30% im Besitz, während die Polen 51,76% zur Verfügung hatten [203]).

Auf die Gefahr, die einer Zuteilung von Oberschlesien zu Polen folgen müßte, ist vor dem endgültigen Entscheid oft aufmerksam gemacht worden. Osborne verweist z. B. darauf, daß Polen in Eisen und Kohle Konkurrent von Oberschlesien sei und vor allem nie in der Lage sein würde, die große Förderung in Oberschlesien zu absorbieren. Sidney Osborne hat recht behalten [204]).

Die Polen haben also die Bedeutung von Oberschlesien für Polen weit übertrieben. Ähnlich verhält es sich mit der Behauptung, Oberschlesien sei seinerseits genau so von Polen abhängig, wie Polen von Oberschlesien. Die Verhältnisse in der Ernährungsfrage liegen so, daß Oberschlesien aus dem Westen ernährt wird. Mit dieser Frage

---

203) Der polnische Anteil war der am wenigsten ausgebaute. Das braucht für Polen kein Vorwurf zu sein. Man muß dabei berücksichtigen, daß Polen nicht eigener Herr in diesen Gebieten war. Auf jeden Fall hätte aber im neuen poln. Staat der poln. Nationalismus die große Aufgabe gehabt, eine große Industrie hier zu schaffen. Stattdessen zogen es die poln. Imperialisten vor, ihre Hände nach den Früchten deutscher Arbeit auszustrecken.

204) Das zeigt die wirtschaftliche Entwicklung Ost-Oberschlesiens nach der Teilung. In einem Aufsatz „Weichselkorridor und Ost-Oberschlesien" spricht Landeskämmerer Werner von der Überentwicklung der poln. Industrie, die die Zugehörigkeit von Ost-Oberschlesien verursacht habe. (In „Zur Wirtschaftsgeographie des deutschen Ostens" herausgeg. v. Prof. Dr. W. Geissler, Breslau, 1932, Heft 2). Werner beruft sich dabei auf polnische Quellen. Die poln. Kohlenproduktion betrug 1930 37 520 000 To. (zu ¾ in Oberschlesien), die Ausfuhr des gleichen Jahres machte 12 947 000 To. aus. „Also ist fast die Hälfte der im Genfer Diktat zugeteilten Kohlenproduktion für Polen unmittelbar nicht nötig" (S. 16). Die Kohlenproduktion Polens betrug 1930 ¼ der deutschen, ⅔ der französischen und ¹/₇ der englischen Produktion. Die poln. Ausfuhr dagegen stieg bis auf ½ der deutschen, das 3 fache der franz. und fast ¼ der englischen Kohlenausfuhr.

Polen führte aus 1927 29% d. Förderung
England führte aus 1927 19% d. Förderung
Deutschland führte aus 1927 13,6% d. Förderung.

An dieser Ausfuhr ist Oberschlesien maßgebend in Polen beteiligt. „Oberschlesien ist (nach poln. Quellen)?
= 1% der Fläche Polens
= 4% der Einwohner Polens
= 53% des Exports Polens" (S. 17).

Ähnlich wie in der Kohlenindustrie liegen die Verhältnisse in der Zinkindustrie. Polen hat also soviel Kohle und Zink niemals nötig gehabt. „Sein Export übertrifft verhältnismäßig den aller Länder". (S. 18). Daß diese Überproduktion Ost-Oberschlesiens den Welthandel stört, ist eine Folge der Teilung von Oberschlesien. Während vor dem Kriege (1913) die oberschlesische Kohle fast restlos im deutschen Osten und Berlin, ein kleiner Teil auch in den angrenzenden Nachbarstaaten, (1911 wurden von 36 680 000 To., die in Oberschlesien produziert wurden 9 700 000 nach Rußland und Österreich abgesetzt. Siehe Volz, Oberschlesien und die Oberschlesien-Frage, S. 182, in Zeitschr. d. Ges. f. Erdkde. Berlin 1922, H. 1—2) verbraucht wurde, drängt sich die ostoberschlesische Kohle, die in Polen kaum zur Hälfte aufgebraucht werden kann, über Danzig und Gdingen neuerdings auf den Weltmarkt, wo sie für die engl. Kohle in den Ostseeländern mit 7,5 Millionen To., die allein in Danzig 1930 umgeschlagen wurden, eine immer noch wachsende Konkurrenz bildet. (S. 20 ff.).

hat sich Volz in den beiden zitierten Schriften beschäftigt. Nach eingehendem Studium der Eisenbahnstatistiken der Jahre 1909 bis 1911 kommt er zu dem Ergebnis, daß Oberschlesien — er berücksichtigt nur den Industriebezirk, der landwirtschaftliche Distrikt ernährt sich selbst, und trägt sogar noch zur Ernährung des ersteren bei — in der Hauptsache aus Deutschland ernährt wird. Deutschland ohne Posen sicherte mit 62% die Ernährung. Polen und Rußland trugen mit nur 15% bei. Fast zwei Drittel stammten also aus Deutschland ohne Posen. Abschließend kann man also sagen, daß Oberschlesien auch in der Ernährungsfrage westlich orientiert ist.

Nicht anders steht es mit den von der Industrie benötigten Hilfsstoffen. Oberschlesien ist in der glücklichen Lage, die hauptsächlichsten von ihnen selbst zu produzieren. Was Zement, Kalk, Ziegeln angeht, so kann der Bedarf fast ausschließlich aus Oberschlesien selbst gestellt werden. Holz braucht die oberschlesische Montanindustrie so viel, daß die unermeßlichen Wälder den Verbrauch nicht allein bestreiten konnten. Ein Drittel des nötigen Holzes wurde aus dem Auslande bezogen (1909 bis 1911)[205]. Hier kam namentlich russisch Polen und Galizien in Frage. Ernster gestaltete sich die Lage der Eisenerze bis 1891[206]. „Der Verbrauch von reinen Eisenerzen wurde zu 81,3% von den oberschlesischen Erzförderungen gedeckt". Diese eigenen Förderungen nahmen allmählich ab. Oberschlesien mußte in der Hauptsache aus dem Ausland Eisenerze beziehen. An der Spitze stand Schweden mit 35,1% des gesamten Bezuges. Rußland (in der Hauptsache aus Südrußland — der kleinere Teil davon kommt aus Polen —) stellte 31,5% der nötigen Einfuhr. Die österreichische Einfuhr aus Steiermark, Galizien und Ungarn war 14,3%. Die inländische Zufuhr macht 17,9% der gesamten Einfuhr aus[207]. Die gesamte in- und ausländische Zufuhr an Eisenerzen betrug 13,8 bzw. 63,7% des Gesamtverbrauchs der oberschlesischen Industrie. Die restlichen 22,5% brachte Oberschlesien selbst hervor. Nach diesen Tabellen nahmen die Erze aus Polen einen verschwindend kleinen Teil ein.

Für die Bedeutung, die Oberschlesien für Deutschland hatte, sprechen die Zahlen der Produktion die beredteste Sprache. In der Tat war die oberschlesische Industrie die Grundlage der ostdeutschen Industrie überhaupt. Noch vor der Abstimmung hört man Stimmen, die auf die ungeheure Schädigung Deutschlands durch eine etwaige Losreißung hinwiesen. Leider sind diese ernsten Mahnungen, die auch aus dem Auslande kamen, von denen in der deutschen Presse und den deutschen Zeitschriften gar nicht zu reden, ungehört verhallt. So schrieb Maynard Keynes 1920 in seinem Buche „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages" u. a. „Wirtschaftlich ist es (Oberschlesien) durchaus deutsch. Die Kohlenversorgung der ostdeutschen Industrien ist darauf angewiesen und

205) Siehe Handbuch S. 263 ff.
206) Ebenda, S. 398.
207) Ebenda, S. 395 ff. (Tabellen).

sein Verlust wäre ein vernichtender Schlag für den wirtschaftlichen Bau des Deutschen Staates" (S. 67)[208]).

Sidney Osborne sagt in seinem schon oft zitierten Buch wörtlich[209]): „Wenn es der Wunsch der Friedensmacher ist, eine große Nation zu verderben und ein ganzes arbeitsliebendes Volk an den Rand der Verzweiflung zu bringen, so brauchen sie nur die Bedingungen derjenigen zu unterstützen, die für die Abtretung Oberschlesiens von seinem rechtmäßigen Vaterland agitieren"[210]).

Ein Blick auf die Produktionsliste der letzten Kriegsjahre straft am sichersten die These von der nur geringen Bedeutung Oberschlesiens für das deutsche Reich Lügen. Um nur die wichtigsten Zweige der oberschlesischen Produktion zu nennen, seien die Bruchteile der Produktion von Kohle, Zink und Blei angegeben.

Oberschlesien produzierte:

Kohle: fast ¼ der ganzen deutschen Förderung.

Zink: 17,5% der Weltproduktion, 88% d. dt. Produktion.

Blei: ¼ der gesamten deutschen Produktion[211]).

„Dabei sind die Vorräte Oberschlesiens schier unerschöpflich und reichen auch bei gesteigerter Produktion noch für tausend Jahre"[211]).

Interessant ist auch das politische Argument, nach dem Deutschland, wenn es die „Waffenschmiede" Oberschlesiens behält, eine Unruhequelle für Europa bilden würde. Gerade das Gegenteil davon ist war. Der Verlust von Oberschlesien, ebenso der anderen Ostgebiete, mußte zu unerträglichen Spannungen führen und hat es auch zur Genüge getan. Mehr als einmal waren bedrohliche Gewitterwolken heraufgezogen, die dem Frieden Europas hätten gefährlich werden können. Zur Zeit scheint ja diese Gefahr gebannt zu sein durch die großzügige Politik der Annäherung beider Staaten, die aber erst durch den autoritären Kurs in beiden Ländern möglich geworden ist.

---

208) Alexander Rose in „Germans and Poles in U. S." Er sieht durch einen Verlust Oberschlesiens Deutschland aus der Reihe der Exportländer verschwinden. "Germany would no longer be the great buyer of foreign goods she was before the war; her industries and her credit would be crippled. and her economic strength would be broken for all time." „Deutschland würde nicht länger der große Käufer fremder Waren sein, der es vor dem Kriege war; seine Industrien und sein Kredit würde gelähmt und seine wirtschaftliche Macht würde für alle Zeiten gebrochen sein."

209) Osborne, Die oberschles. Frage u. d. Kohlenprobl. S. 165.

210) An anderer Stelle sagt Osborne (S. 249): „Wenn Deutschland Oberschlesien behält, so wird es, wenn auch nur mit großer Mühe und durch jahrelange harte und rastlose Arbeit aus seiner Zwangslage herauskommen. Wird Oberschlesien aber Deutschland genommen, so bedeutet das seinen völligen Ruin."

211) Volz, Wirtschaftsgeogr. Grundl. S. 19.

VI. OBERSCHLESIEN UND DIE OBERSCHLESISCHE FRAGE.

In Oberschlesien selbst ist die oberschlesische Frage im Gegensatz zu den Bemühungen der nationaldemkratischen Kreise erst nach dem Kriege aktuell geworden. Das mußte sogar der große Freund Polens, Professor Lord, eingestehen, als er über die polnischen Parteien in Oberschlesien zu berichten hatte und dabei ausführte, daß der Gedanke der Loslösung Oberschlesiens von Deutschland, also wirklich nationalpolnische Bestrebungen, erst nach dem Kriege ins Programm der oberschlesischen polnischen Parteien aufgenommen worden sei. Wenn Dmowski und andere, vor allem auch das Sammelwerk „Polen" einen spontanen Anfang der polnischen Bewegung in Oberschlesien um mehr als 50 Jahre, nämlich in die Kulturkampfzeit zurückdatieren, so ist das zumindestens weit übertrieben. Diese Behauptung der Polen straft Lügen einmal die Tatsache, daß die oberschlesischen Regimenter, die natürlich auch aus den polnisch sprechenden Oberschlesiern zu einem entsprechenden Prozentsatz zusammengesetzt waren, besonders treu den Krieg mitmachten. Hier hätten 50 Jahre erfolgreicher nationalpolnischer Bewegung zersetzende Einflüsse ausüben müssen, wie das etwa in den tschechischen Regimentern des alten Österreich der Fall war. Außerdem beweisen die Wahlstatistiken der Wahlen vor dem Kriege eher das Gegenteil. 1903 erst kam der erste oberschlesische Vertreter der polnischen Partei in den Reichstag und 1914 waren es ihrer nur drei von 12 oberschlesischen Abgeordneten im Reichstag. Die polnische Bewegung der Vorkriegsjahre war mithin kaum eine große Volksbewegung. Sie war vielmehr von außen, namentlich von Posen, ins Land getragen und lange Zeit blieb eigentlich der Reichstagsabgeordnete Korfanty der einzige bedeutende Agitator, der aus Oberschlesien selbst stammte.

Einen Aufschwung konnte die polnische Frage in Oberschlesien erst nehmen nach dem Zusammenbruch Deutschlands. In dieser trüben Epoche, die in ganz Deutschland die Gemüter verwirrt hatte, herrschte auch in Oberschlesien das Chaos. Diese Zeit nutzten polnische Agitatoren aus. Es war fürwahr nicht schwer, in dieser Zeit Einfluß auf ein unglückliches Volk zu gewinnen und den „Rassenhaß zu entfachen" [212]). Politischer Wirrwarr in nicht zu übersehender Form war die Folge des tragischen Zusammenbruches. In diesen Irrungen und Wirrungen fand jede Torheit gläubige Anhänger, wenn auch nur vorübergehende Zeit. Separatismus in jeder Form wurde angepriesen und vertreten. Als unklare Ziele schwebten u. a. vor: Die selbständige Provinz Oberschlesien, der Bundesstaat Oberschlesien, der selbständige oberschlesische Staat, ein oberschlesischer Staat unter Deutschlands oder Polens Führung und schließlich auch ein selbständiger Staat unter dem Protektorate des vertrauenerweckenden Völkerbundes. Diese verschiedenen Richtungen schienen nur

212) Osborne, Die oberschlesische Frage, S. 99.

in einem Punkte sich zu nähern und dieser hieß: Los von Berlin. Es leuchtet ein, daß all diese Bestrebungen im religiös nicht gleichgültigen Oberschlesien durch das kirchenfeindliche Kultusministerium - Hoffmann nur genährt werden konnte.

Los von Berlin! So laut dieser Ruf erklang, so rasch ist er auch wieder verklungen. Die alles heilende Zeit mußte auch in die Wirren, die den letzten Monaten des Jahres 1918 gefolgt waren, Ruhe und Klarheit bringen. Die polnischen Agitatoren, die zuerst nicht unbeträchliche Erfolge zu verzeichnen gehabt hatten, verloren an Boden. Ihre eigenen Methoden schienen die so rasch gewonnenen Anhänger wieder abzustoßen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielt die polnische Sache die erste Niederlage. Die Polen proklamierten Wahlenthaltung[213]). Die Mehrheit des oberschlesischen Volkes jedoch ignorierte diese Parole. Am 19. Januar 1919 wählten 60% aller Oberschlesier die deutschen Kandidaten. Bei Auswertung dieses Resultates errechnet Osborne für die Polen, die dem Rufe sich der Stimme zu enthalten, gefolgt waren, als höchsten Wert 25% der Wähler. Er zieht von den 40% Nichtwählern 10% für die konstanten Nichtwähler ab, die aus irgendeinem Grunde erfahrungsgemäß bei jeder Wahl fehlen, zuzüglich von 5% aller Wähler, die als Spartakisten nicht gewählt hatten[214]).

Als der Vertragsentwurf des 7. Mai, der die Loslösung Oberschlesiens von Deutschland vorsah, in Oberschlesien bekannt wurde, hatte er einen einzigen Schrei des Entsetzens zur Folge. Der Staatskommissar richtete im selben Monat an die alliierten Mächte in Paris ein Protestschreiben. Darin berichtete er, daß von den 2 230 000 Einwohnern des Regierungsbezirks Oppeln 1 560 000 Personnen an Protestkundgebungen teilgenommen hätten (siehe DAZ v. 21. Mai 1919, Nr. 245). Nach der gleichen Zeitung vom 26. Mai 1919 Nr. 253 berichtet der Berliner Korrespondent der sozialistischen „Dayly Herald" seinem Blatt nach einer Rundreise durch Oberschlesien, daß er völlige Einmütigkeit zwischen den polnischen und deutschen Arbeitern vorgefunden habe im Hinblick auf die Ablehnung der Abtrennung von Oberschlesien.

Der scharfe Protest seitens der Bevölkerung mag dann auch, zumal er in allen Hauptstädten der Entente nicht ganz wirkungslos

---

213) Siehe Aufruf im „Weißen Adler". 1919.

214) Diesem Wert von 25% nationalpolitischen Stimmen kommen Schätzungen auf deutscher Seite nahe. So hat z. B. Dr. August Müller, ehemaliger Staatskesretär, in einer Schrift „La question de la Haute — Silésie au point de vue polonais", die als Antwort auf den sehr tendenziösen Artikel des früheren polnischen Ministers Kucharzewski verfaßt wurde, (es handelt sich um den Artikel „Le dilemme de la H. S." in der Gazette de Lausanne) die Stärke der Nationalpolen in Oberschlesien bei dieser Wahl mit etwas mehr als 20% berechnet. (S. 6). Er verweist ferner auf die sehr bekannte Tatsache, daß im Winter 1919 nur für 22% aller Schulkinder von den Eltern der polnische Religionsunterricht verlangt wurde. Um die überwältigende nationalpolnische Mehrheit von Oberschlesien war es mithin nicht sehr gut bestellt.

verhallte, seinen Teil zur Abänderung des Paragraphen beigetragen haben.

Die Abstimmungsartikel des Monats Juni waren nur wenig nach dem Geschmack der interessierten polnischen Kreise. Die lokalen Organe mögen die Unwahrscheinlichkeit eines polnischen Wahlsieges wohl gefühlt haben. Man sah die letzte Rettung in der Gewalt. Das bewährte Mittel der Politik der vollendeten Tatsachen sollte entscheiden. Man setzte einen Volksaufstand in Szene, jedoch — ohne Volk. Im ersten Aufstand, der im August 1919 ausbrach, wurde das oberschlesische Volk von undisziplinierten polnischen Banden drangsaliert. Da dank deutscher Gegenwehr der Erfolg nicht eintrat, mußte der Abstimmungskampf beginnen. Er wurde zu einem gigantischen Ringen um die Seele dieses Volkes.

Im lokalen Abstimmungskampfe fanden im wesentlichen die gleichen Argumente wie in der großen Politik Anwendung. Dabei wurden die schweren Probleme ins Volkstümliche übertragen. Die Flut der Schriften, Zeitungen und Flugblätter stieg ins Unermeßliche. Eine genauere Beschäftigung mit der polnischen Propaganda, namentlich in der Tagespresse, würde weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Max Bomme, dem die Auswertung der polnischen Presse während des Abstimmungskampfes oblag, gibt in einem Aufsatz „Die polnische Presse im Abstimmungskampfe[215]) eine interessante Zusammenstellung von polnischen Pressenotizen aus Kongreßpolen, Posen, Galizien und Oberschlesien. Er stellt in den Zeitungen aller Richtungen eine „seltene Einmütigkeit" fest[216]). Die führenden polnischen Blätter hatten in Oberschlesien eigene bezahlte Korrespondenten, die auf die Redaktionen der lokalen Zeitungen wiederum nicht ohne Einfluß waren. Besonders einmütig lehnte die gesamte polnische Presse die Abstimmung überhaupt ab. Man setzte sich mit oft erstaunlicher Offenheit für die Aufstände in Oberschlesien ein und stellte an die Interalliierte Kommission Forderungen, die in ihrer Unverschämtheit kaum zu überbieten sind. Auch Vorwürfe der Parteinahme für Deutschland sind der I.K. nicht erspart geblieben. Die Zügellosigkeit der polnischen Presse kannte keine Grenzen. Maßloser Haß verleiht ihr einen Ton, der als Zeichen kulturellen Tiefstandes angesehen werden muß.

Ganz ähnlich wie die Tagespresse arbeiteten die eigens zu Propaganda für die Abstimmung herausgegebenen Organe. Sie zeichneten sich durch Haßausbrüche gegen alles Deutsche und durch Oberflächlichkeit bei Behandlung von Problemen aus. Des Rühmens des „Mutterlandes" Polen, der polnischen Kultur und des polnischen Wohlstandes ist kein Ende[217]).

215) Siehe Zeitschr. d. Oberschlesier 1926, März S. 268 ff.

216) Ebenda, S. 269.

217) Als Beispiel soll ein kurzer Blick in die in deutscher Sprache erscheinende Wochenschrift „Der Weiße Adler" genügen. (Nr. 1, erschienen am 6. Januar 1919 in Oppeln). Nach einiger Zeit erschien diese Schrift zweimal wöchentlich. Als Motto wählte die Redaktion das schöne Wort „Der Wahrheit die Ehre". Seine deutsche Sprache entschuldigte der „Weiße Adler"

Einen breiten Raum nehmen die Wirtschaftsfragen ein. Materiellen Vorteil bringt nur Polen. Bei Deutschland hat das Volk nur Entbehrungen zu erwarten. Hatte man in der großen Politik mit der Stärke der deutschen Industrie und Wirtschaft Sand in die Augen zu streuen versucht, um den Eindruck zu erwecken, Deutschland könne den Verlust Oberschlesiens verschmerzen, so erscheint im lokalen Kampfe, wo Versprechungen naturgemäß Anhänger zuführen, die Lage umgekehrt. Polens Industrie und Handel basiert auf sicherer Grundlage, Deutschlands Wirtschaft ist ruiniert. „Dort (in Polen) wird es jedem Arbeiter, der dazu Lust hat möglich sein, eine eigene Scholle zu erwerben. Polen ist daran, mustergültige Arbeitergesetze zu schaffen .... Hierzu kommt, daß Polen riesige Bodenschätze .... hat, die nur auf den Arbeiter warten. Damit kommen wir ins Land der Industrie, des Handels, somit auch

---

gewissermaßen, wenn er sagt, daß diese Zeitung den Landsleuten als aufklärende Lektüre dienen soll, welche die poln. Sprache noch nicht so weit beherrschen, um poln. Zeitungen lesen zu können. Als Aufgabe erkannten die Herausgeber, die entweder aus „Unwissenheit oder Bosheit verbreiteten Unwahrheiten" über Polen „die aus der Presse der Hakatisten und der von ihnen angesteckten übrigen Presse (gemeint ist die deutsche Presse) kommen, durch unverfälschte Aufklärung die Spitze abzubrechen". (S. 1, Nr. 1).

Ob zu dieser Aufgabe auch die maßlosen Angriffe auf deutsche Wissenschaftler und ihre Arbeit, ob dazu auch die unzähligen Beleidigungen des deutschen Volkes und seiner Führer, der alten wie der neuen, des deutschen Militärs, Beamtentums und Klerus gehören, bleibe dahingestellt. Es verlohnt sich nicht, die unsachlichen, von blindem Haß geführten Ausführungen des „Weißen Adler" einer sachlichen Kritik zu unterziehen. Nur ein allgemeines Bild, wie diese Zeitung ihre Arbeit auffaßte, und wie es ungefähr derjenige Leser dieser Zeitung bekommen mußte, bei dem man noch gesunden Menschenverstand und nicht blinde politische Leidenschaft voraussetzen konnte, sei hier vermittelt. Wir wollen uns dabei fast nur auf die täglich wiederkehrenden Ausschreitungen dieses Blattes beschränken.

An erster Stelle betont der „Weiße Adler" die große Liebe des oberschlesischen Volkes zu seinem poln. Mutterlande. Die Schönheit der oberschles. Sprache wird gerühmt. Dabei werden die von deutscher Seite propagierten Hinweise auf die Unterschiedlichkeit dieses Dialektes und des Hochpolnischen als frei erfunden und lächerlich zurückgewiesen. Das katholische Polen wird als Hort des heiligen Glaubens gepriesen. Deutsch wird mit protestantisch identifiziert. Kulturkampfreminiszenzen sind sehr beliebt. Der Leser wird erinnert an die unsäglichen Leiden, die ihm die preuß. Tyrannis gebracht hat. Die deutsche Presse, deutsche Organisationen und alle, die für Deutschland ein Wort zu sagen wagen, werden mit dem Schimpfwort Hakatisten abgetan. Der oberschlesischen Intelligenz, „den Renegaten" (Nr. 3, 1920) wird feige Fahnenflucht vorgeworfen. Man muß zugeben, daß sie sich zum Deutschtum bekennt. Die deutsche Kulturleistung wird verschwiegen, wenn nicht höhnisch belächelt. Ein historisches Recht Deutschlands auf dieses Land gibt es nicht. Das ist nur eine Erfindung „übergeschnappter Professoren". (Nr. 32, 1920 Art. Piastenerbschaft). Die deutschen Historiker schöpfen aus eigens „zur Fälschung" der polnischen Geschichte hergestellten Quellen, statt die richtigen zu benutzen, wie „eine Oberschlesierin" Professor Ziekursch belehrt. (Nr. 11 1919). Allein Polen erwächst aus der Geschichte ein Rechtsanspruch auf dieses Land, das außerdem noch von einer durch und durch polnischen, nationalpolnischen Bevölkerung bewohnt ist, deren alleiniges Sehnen auf eine Vereinigung mit dem freien Polen, wo es auch für Minderheiten keine Knechtschaft geben wird, gerechnet ist.

des Wohlstandes. „Dagegen kann Deutschland nur Nachteile bieten. „Unter Polizeiaufsicht der Entente gestellt, keine oder wenig Rohmaterialien und demnach die Arbeit und der Verdienst. Und das Schreckgespenst, die riesige Schuldenlast.... Allmählich Dahinsiechen der Industrie, Abwandern der intelligenteren Arbeiter — wenn es möglich sein wird“ [218]).

Diese und ähnliche Ergüsse mußte das oberschlesische Volk fast stündlich über sich ergehen lassen. Durch unzählige Flugblätter, Wahlversammlungen, persönliche Beeinflussungen wurde dem Volke ein herrliches Leben in Polen, der Hunger und das Elend in Deutschland prophezeit. Arbeit, hohen Lohn und Ansehen verhieß man dem Arbeiter bei Polen, während man dem Ackerbürger Zuteilung von Acker, der nach Aufteilung der Latifundien im Überfluß zur Verfügung stehen sollte, in Aussicht stellte. Auch der Korfanty'schen Kuh, die jeder Bauer erhalten sollte, dürfte sich noch mancher erinnern. Während die deutsche Presse der strengsten Zensur seitens der I.K. ausgesetzt war, erfreuten sich die polnischen Zeitungen des Wohlwollens des allgewaltigen Generals Le Rond, und konnten sich in maßlosen Hetz- und Schmähreden gegen Deutschland ergehen.

VII. DER LEIDENSWEG DES OBERSCHLESISCHEN VOLKES VON VERSAILLES BIS GENF. KNAPPER ÜBERBLICK.

Der Versailler Vertrag war nur das Vorspiel zu einer großen Tragödie für das oberschlesische Volk. Die ihm folgenden Begebenheiten sind so bekannt, daß sich eine ausführliche Schilderung derselben erübrigt. Sie bildeten das Thema unzähliger Schriften, Untersuchungen, Reden Beschwerden und Denkschriften. Zeitschriften und Tageszeitungen, , nicht nur Oberschlesiens, haben bis auf den heutigen Tag wertvolle Beiträge zu all diesen Fragen geliefert. Eine fast unübersehbare Literatur steht dem Historiker zur Verfügung, besonders aus der Zeit nach der Abstimmung, als die Gefahr einer Teilung immer mehr in den Bereich der Möglichkeit rückte. Verantwortungsbewußte Fachleute und Publizisten machten auf die natürliche Einheit und auf die Schäden einer etwaigen Zerreißung dieses sinnvollen Ganzen aufmerksam [219]).

218) „Weißer Adler“ Nr. 28, 1920 „Polen, das Land der Zukunft für den Arbeiter“.

219) Eine handliche und doch bis ins einzelne gehende Darstellung der Jahre, die Versailles folgten, bringt ein Buch, das das Osteuropa-Institut in Breslau unter Mitwirkung namhafter Wissenschaftler und Fachleute unter dem Titel „Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch“ 1925 herausgab. Eine kleine nennenswerte Schrift, die einen gedrungenen aber klaren Überblick vermittelt, ist 1927 in Breslau von dem Breslauer Geographen Professor Dr. M. Friederichsen verfaßt worden: „Oberschlesiens Zerreißung“. Nach diesen beiden Arbeiten seien hier die der Unterzeichnung d. Versailler Diktates v. 28. Juni 19 folgenden Begebenheiten kurz geschildert.

Die Besetzung des Abstimmungsgebietes erfolgte wider Erwarten nicht vor Anfang Februar 1920. Die Zwischenzeit benützte Korfanty, die treibende Kraft der polnischen Agitation, zu einem Aufstand im August 1919, der das Gebiet Polen sichern sollte, ohne die Abstimmung in Szene gehen zu lassen. Diese Bemühungen verliefen im Sande.

Am 10. Februar 1920 war die Besatzung des Landes durch alliierte Truppen vollzogen. Die oberste Behörde war die „Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission", kurz I.K. genannt. An ihrer Spitze stand der hinterhältige General Le Rond, der große Gönner Korfantys. — Le Rond ist uns als Deutschenfeind schon bei den Juniverhandlungen in Paris begegnet. Er war dort Mitglied der „Commission on the Eastern-Frontiers of Germany". — Ihm zur Seite der Engländer R. E. P. Percival und der italienische General A. De Marinis. Die einzelnen Kreise unterstanden den Kreiskontrolleuren. Die großen deutschen Städte im Industriebezirk kamen in die französische Einflußsphäre. Im übrigen teilten sich die drei Mächte fast gleichmäßig in diese Posten. Amerika hatte übrigens, obwohl vertraglich dazu verpflichtet, keine Vertreter entsandt.

Am 12. 2. 1920 wurde dem oberschlesischen Volke der Beginn „einer neuen Ära der Freiheit und Gerechtigkeit" in einem im Wortlaut sehr schönen Aufruf angekündet. Alle die, die diesen schönen Worten Glauben schenkten, — es waren deren viele ehrliche Menschen — mußten sich bald belehren lassen, daß mit „Freiheit" allein die Freiheit für die Zügellosigkeit eines blind wütenden Terrors und für eine ungezügelte polnische Propaganda, mit „Gerechtigkeit" nichts anderes als die Parteinahme zugunsten der Polen seitens der IK, in der sich die Franzosen durchsetzten, und eine Unterdrückung der deutschen Bewegungen zu verstehen war.

Vor den Augen der IK hetzte Korfanty die Arbeitermassen zu einem Generalstreik am 10. und 11. Mai auf. Das sollte gewissermaßen eine Heerschau sein. Mit Hilfe eines vorangegangenen großen Verleumdungs- und Lügenfeldzuges war ihm das zum Teil gelungen. Große Massendemonstrationen setzte er in den deutschen Zentren in Szene, wobei er die verhetzten Massen wie Marionetten unter Terror dahin bewegte, wo er sie gerade brauchte. So marschierten fast sonntäglich fanatisierte Massen durch die deutschen Städte, durch Terror wurden oft ganze Dörfer gezwungen, daran teilzunehmen. Gegendemonstrationen duldete die IK nicht.

Die gesamte polnische Propaganda leitete Korfanty einheitlich durch das „Polnische Plebiszitkommissariat" in Beuthen. Der polnisch orientierten Presse zwang er den Charakter auf. Sie war darnach. Das polnische Plebiszitkommissariat und die IK arbeiteten einander in die Hände. Die Unterwürfigkeit Korfantys gegenüber der IK ist fast so groß, wie die Maßlosigkeit im Ton gegen Deutschland.

Das „deutsche Plebiszitkommissariat" leitete Dr. Urbanek. Er hatte einen unvergleichlich schweren Standpunkt gegenüber der IK, die ihre ganze Nachsicht und Wohlgeneigtheit an die Polen verschenkt hatte [220]).

So kam es, daß die Deutschen und die Polen mit ungleichen Waffen den Kampf führten. Oft nur unter Einsatz ihres Lebens war es den deutschen Vorkämpfern möglich, das Ohr der Wählermassen zu erreichen. Während die polnische Presse zügellos hetzte und verleumdete, war die deutsche Presse der strengsten Zensur ausgesetzt. Zeitungsverbote für dieselbe waren an der Tagesordnung.

Gegen die Terrorisierung besonders der Landbevölkerung waren die Deutschen machtlos. Politische Morde häuften sich. Die Wahlbeeinflussung durch die Polen war auf den Dörfern sehr groß.

Im Sommer 1920 brach auf Korfantys Befehl der zweite Aufstand aus, der eine völlige Lahmlegung des öffentlichen Verkehrs zur Folge hatte. Mißhandlungen der Deutschen nahmen von Tag zu Tag zu. Die IK sah dem polnischen Treiben zu und ergriff Maßnahmen, die sich nur gegen die Deutschen wendeten. Nach 16 Tagen blies Korfanty diesen Aufstand ab, da die Folgen: Störung des Wirtschaftslebens, nicht ausgeblieben waren.

Der Terror wurde nach dem Aufstand weiter fortgesetzt. So wurde die Bevölkerung eingeschüchtert und im polnischen Sinne beeinflußt. Diesem rücksichtslosen Vorgehen der Polen verdanken sie natürlich einen nicht unbedeutenden Teil der Stimmen, die sie bei der Abstimmung erhielten [221]).

220) In der deutschen Propaganda war der straffe Zentralismus, der sich bei den Polen so sehr bewährt hatte, leider unmöglich. Die deutsche Propaganda war nämlich der Gefahr ausgesetzt, von der IK verboten und ihre Organisation aufgelöst zu werden. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, mehrere Organisation mit dieser wichtigen Aufgabe zu betreuen. Das mag nach außen den Anschein der Uneinigkeit gehabt haben, war aber kaum zu vermeiden. Vor allem mußte wenigstens eine Stelle da sein, die darauf bedacht war, mit der IK ein auskömmliches Verhältnis zu wahren und die Möglichkeit einer Auflösung zu bannen, sodaß im Falle eines Wegfalles der übrigen Propagandastellen wenigstens eine Instanz da war, die die notwendigste Arbeit fortsetzte. Diese Aufgabe mußte das deutsche Plebiszitkommissariat in Kattowitz übernehmen. Die umsichtige Leitung baute diesen Apparat mit viel Überlegung zu einem Instrument aus, das sich vom poln. Plb. Kommis. unterschied. Das deutsche Pleb. Kommis. mußte es sich versagen, „führenden Anteil zu nehmen, an den mannigfaltigen Betätigungen der Werbung", . . „der heimattreuen Begeisterung seine Formen zur Verfügung zu stellen" oder „auf die poln. Agitation d. Gewaltat und der Bestechung" mit gleichen Mitteln zu antworten. (siehe Urbanek, Das Dt. Pleb. Kommis. in: „Der Oberschlesier" 1926, März, S. 192) Das Dt. Pleb. Kommiss. mußte alles zu bannen versuchen, was einen Konflikt mit der IK herbeiführen konnte, „zugleich mußte diese Stelle aber auch die deutschen Oberschlesier in ihrer Einheit gegenüber der interalliierten Behörde verkörpern". (Urbanek, S. 194). Seine Aufgabe lag auf dem Gebiete der Verwaltung. Die techn. Vorarbeiten zur Abstimmung nahmen den größten Raum in der Arbeit dieser Institution ein.

221) Eine Anschauung von den schrecklichen Verhältnissen in Oberschlesien vermittelt die „Statistik der Verbrechen und Vergehen in der Polizeidirektion Kattowitz seit Beginn der durch die Besatzung der i. a.

Am 20. März 1921 fand die Abstimmung statt. Das Resultat ist bekannt. Es stimmten

für Deutschland	für Polen
707 554	478 820
in Prozentsätzen	
59,4%	40,36%

Das Stimmverhältnis ist demnach annähernd

3 : 1

Nach Gemeinden gezählt[222]):

834	701

Die Abstimmung war also ein sicherer deutscher Sieg. Das oberschlesische Volk hatte sich für Deutschland entschieden. Damit sollte eigentlich die oberschlesische Frage erledigt sein. Ein Zweifel an der Zugehörigkeit dieses Gebietes zu Deutschland gab es nun nicht mehr.

Nach § 5 der Anlage zu Art. 88 des Versailler Vertrages hatte nach der Abstimmung der „Hohe Rat" in Paris (d. h. je ein Vertreter Amerikas, Englands, Frankreichs, Italiens und Japans) die endgültige Entscheidung zu treffen. Dieser Entscheidung sollte der 3. oberschlesische Aufstand, der in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai von Korfanty entfesselt wurde, vorgreifen. Dieser Krieg im Frieden mit seinen heftigen Kämpfen um den Annaberg, seinem blutigen

---

Truppen" (siehe „Amtliche Schriftstücke zur Abstimmung in Oberschlesien Dezember 1920 bis Januar 1921", S. 14). Diese Statistik wurde als Anlage A einer „Note der deutschen Regierung v. 7. Januar 1921 über den in Oberschlesien seitens der Polen verübten Terror" beigefügt. Darnach haben die Verbrechen in erschreckender Weise zugenommen. Zählte man, um nur ein Beispiel zu nennen, im Jahre 1919 die große Zahl von 23 Morden, so stieg diese Ziffer vom 1. 1. 20—15. 12. 20 auf 79. Es sei ferner verwiesen auf eine Karte, die alle Orte durch rote oder blaue Punkte kenntlich macht, in denen Terror in irgendeiner Form von poln. Seite verübt wurde. Die Karte ist hergestellt auf Grundlage beglaubigten Materials und ist zu finden in einem Bande „Denkschriften der wirtschaftlichen und sozialen Verbände Oberschlesiens und Note der deutschen Regierung an die alliierten Regierungen v. 25. Sept. 1921". Als Karte 22 (annexe). Nach dieser Karte fanden die meisten Terrorakte im Industriebezirk und Rybnik und Pleß statt. In dieser Gegend fand also die Abstimmung unter äußerst ungünstigen Verhältnissen statt, woraus sich auch der große Anteil der poln. Stimmen in den Kreisen Rybnik und Pleß und in vielen der großen Industriedörfer erklärt; im Vergleich dazu weisen die Kreise, die dem Terror weniger ausgesetzt waren, eine zum Teil erhebliche überwiegende deutsche Mehrheit auf, wie die polnisch sprechenden Kreise Oppeln, Ratibor, Cosel und Lublinitz. Der Einfluß und der Erfolg der polnischen Terrorakte liegt auf der Hand.

222) In 89 Gemeinden gab es keine polnische Stimme, dagegen wählte nicht eine einzige Gemeinde einstimmig für Polen.

Terror undisziplinierter Banden [223]), denen sich ein aus höchster Not geborener Selbstschutz und Freikorpsscharen entgegenstellten, ist sattsam bekannt. Nach sechs Wochen mußte Korfanty auch diesen Aufstand liquidieren.

Endlich, am 8. August, 1921 trat der Hohe Rat in Paris zusammen. Lloyd George, in Wiederaufnahme seiner Pariser Politik, legte sich für ein Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland ins Zeug und wollte Polen höchstens Rybnik und Pleß geben. Er verteidigte das historische Recht Deutschlands auf Oberschlesien und auch auf Grund des Stimmenverhältnisses bei der Abstimmung, 7 : 4, war er gegen eine Trennung von Deutschland. Sein Gegenspieler war Briand, der Polen zu einem lebensfähigen Industriestaat machen wollte. Kalt ging er dabei über die deutschen Interessen hinweg. Eine Einigung war trotz vieler Sitzungen nicht zu erzielen. Man kam überein, die Angelegenheit dem Völkerbundsrat in Genf zu überweisen, dessen Entscheid bindend sein sollte. Dieser sollte über die Schwierigkeiten der Grenzziehung in Oberschlesien unterrichtet werden und seine Ansicht über die unter Wahrung der Vertragsbestimmungen am zweckmäßigsten erscheinende Grenzziehung äußern. Man dachte schon im Hohen Rate an eine Teilung des Industriegebietes, ging jedoch dieser schwierigen Sache wieder aus dem Wege.

In Genf, im September 1921, wurde die Lösung einer Viererkommission übergeben, die sich wie folgt zusammensetzte: Hymans-Belgien, Da Cunha-Brasilien, Quinones de Leon-Spanien und Wellington Koe-China. Der Tscheche Dr. Hodac und der Schweizer Dr. Herold wurden zu den Experten des Rates ernannt. Man erörterte mit Sachkennern aus Oberschlesien alle wirtschaftlichen Fragen. Entgegen den Beteuerungen der deutschen Sachverständigen, daß eine Teilung des Industriegebietes unmöglich sei, konnte man schon aus den Verhandlungen sehen, daß man auf einen derartigen Entscheid hinarbeitete. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden bald zugunsten politischer Erwägungen, die darauf zielten, ein starkes Polen zu schaffen, fallen gelassen. Die Sachverständigen schienen schon vorher die Marschroute vorgeschrieben bekommen zu haben.

Am 12. Oktober 1921 faßte der Völkerbundsrat den bekannten Entschluß der Teilung zu Ungunsten Deutschlands. Den 20. 10. 21 wurde dieser Entschluß dem deutschen Botschafter in Paris mitgeteilt. Die deutsche Regierung und der Reichstag nahm dieses Genfer Diktat am 26. des gleichen Monats, nicht ohne eine Verwahrung einzulegen, an.

---

223) Über die bestialischen Mißhandlungen Deutscher während dieses Aufstandes, siehe „Zusammenstellung von Protokollen und Berichten über den 3. poln. Aufstand in Oberschlesien Abstimmungsgebiet (Beginn 3. Mai 1921)" Kattowitz 1921, 2 Bde. Oder: (für den Kreis Tost-Gleiwitz) „Der poln. Aufstand in Oberschlesien und die Mitschuld d. Franzosen" Mai-Juli 1921. Das Weißbuch des Kreises Tost-Gleiwitz.

Ende November begann dann der letzte Akt der oberschlesischen Tragödie in Genf. Unter dem Vorsitz des ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten, Felix Calonder, wurde über die genauere Grenzziehung im einzelnen verhandelt. Die deutschen Unterhändler waren die Herren Schiff, Lewald und Göppert. Polen war vertreten durch Minister Casimir Olszewski. Ende Januar 1922 wurden diese Unterhandlungen in Oberschlesien zu Ende geführt.

Im Mai 1922 (15. 5.) wurde dann zwischen Deutschland und Polen das Calonder-Abkommen unterzeichnet. Durch nicht weniger als 606 Artikel (in französischer Sprache) wurde versucht, die Schäden die als Folgen der Teilung für das Land zu erwarten waren, wenigstens so weit wie möglich zu überbrücken. Die Art. gliedern sich in 5 Teile: Allgemeine Bestimmungen, Staatszugehörigkeit und Wohnsitz, Schutz der Minderheiten, soziale Fragen, wirtschaftliche Fragen. Die 606 Artikel reden eine ernste Sprache und charakterisieren die widersinnige, rechtlich unhaltbare, von Willkür diktierte Festsetzung der Grenze, die eine naturgewollte Einheit auf künstliche und äußerst komplizierte Weise zerriß, alle Rechte historischer, kultureller, wirtschaftlicher Art mißachtend, die allein ein großes 60 Millionenvolk auf dieses Stückchen Erde hatte. Diese Grenze verschandelte die älteste Grenze Europas und das entgegen dem heiligen Recht der Selbstbestimmung und dem ausdrücklichen Willen des Volkes, dessen Heimat dieses Land war.

Wie man schon im Versailler Karthago-Frieden die Rechte Deutschlands mit Füßen getreten hatte, so verstieß man auch im „Genfer Fehlspruch", einem Diktat wie diesem, mit eiserner Konsequenz gegen die Bestimmungen des ersteren. Wozu, so möchte man fragen, die Tragikomödie der ganzen Abstimmung mit ihrem einwandfreien deutschen Siege? Mußte, um eines so ungerechten Urteils willen, all dies namenlose Leid über der schon ohnedies schwer geprüften Bevölkerung hereinbrechen? Mußten die Opfer, die man an materiellen und geistigen Qualen in Oberschlesien gern zu bringen bereit war, vergeblich gebracht werden, mußte das Leben deutscher Männer, die ihren Arm zur Verteidigung der Heimat erhoben hatten, umsonst preisgegeben sein?

Der praktische Erfolg der Abstimmung war allein der, daß das abgetretene Gebiet kleiner war als man es im März bezw. 7. Mai 1919 beabsichtigte. Ideell blieb das Plebiszit trotz der widerrechtlichen Teilung ein unbestreitbarer deutscher Sieg.

Die neue widersinnige Grenze verläuft so, daß Polen bekanntlich den wertvolleren Teil des Industriegebietes heute besitzt mit den großen deutschen Zentren Kattowitz und Königshütte mit im ganzen fast 1 Million Einwohner.

Deutschland verlor, um nur die hauptsächlichsten Zweige der Industrie zu nennen (laut der Arbeit des Osteuropa-Institutes in Breslau, S. 210 ff.):

von 67	Steinkohlengruben	53 an Polen
von 37	Hochöfen	22 an Polen
von 8	Eisenhütten	5 an Polen
von 14	Stahl- und Walzwerken	9 an Polen

Es gehen weiter fast alle Blei- und Zinkhütten an Polen verloren, außerdem eine gewaltige Nebenindustrie verschiedener Zweige.

Das oberschlesische Volk nahm die Zerreißung seiner Heimat nur mit dem größten Widerstreben und in tiefstem Schmerze hin. Selbst vielen, die ihre Stimme für Polen abgegeben hatten, kam diese Teilung unerwartet und unerwünscht. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Abstimmung noch weit günstiger für Deutschland ausgefallen wäre, wenn in der damaligen Fragestellung auch der Gedanke der Teilung angedeutet gewesen wäre.

Die Wunden dieses gewaltsamen Eingriffes sind natürlich bis heute noch nicht vernarbt und allerorts spürbar, wie das ja bei so einem sinnvollen und organischen Ganzen nicht anders zu erwarten war. Die geistig-nationalen Beziehungen zwischen den beiden Teilen sind nach wie vor so eng, wie sie eben nur unter Brüdern gleichen Blutes sein können. Mit herzlichem Interesse verfolgen unsere deutschen Brüder in Ost-Oberschlesien die Geschicke ihres Vaterlandes. Und nur die Liebe zu diesem Vaterlande und der Glaube an dasselbe hat ihnen die Kraft gegeben, für den oft erbitterten Kampf um die Wahrung ihrer heiligsten Rechte und ihres deutschen Kulturgutes, wie er in den vergangenen 15 Jahren hier tobte; ein Kampf, in dem es auch nur um das Eine ging: um Deutschland.

LITERATUR-VERZEICHNIS

Amtliche Schriftstücke zur Abstimmumng in Oberschlesien. 1921.

Baker-Wilson: Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles. Anno 1919. Leipzig 1924. 3 Bde.

Boggiamo-Pico: L'Alta Slesia e la Giustizia Internationale. Roma 1921.

Conditions de paix. Conditions of Peace. Friedensverhandlungen.

Darstellungen und Quellen zur schlesischen Geschichte VI. Breslau 1908.

Denkschriften der wirtschaftlichen und sozialen Verbände Oberschlesiens und Note der deutschen Regierung an die alliierten Regierungen vom 25. September 1921.

Dmowski, Roman: La question polonaise. Paris 1909.

— Polnische Denkschrift an Wilson. s. Roth: Entstehung des polnischen Staates. Berlin 1926.

Feldmann, Wilh.: Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilung (1795—1914). Berlin 1917.

Filasiewicz: La question polonaise pendant la guerre. mondiale. Paris 1920.

Fragen die drei des Oberschlesiers. Berlin 1920.

Frech, Fritz: Deutschlands Steinkohlenfelder und Steinkohlenvorräte. Stuttgart 1912.

Frejlich, Jos.: La structure nationale de la Pologne. Neuchâtel 1918.

Friederichsen, M.: Oberschlesiens Zerreißung. Breslau 1927.

Gegenvorschläge die deutschen — zu den Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Mächte. Charlottenburg 1919.

Handbuch des oberschlesischen Industriebezirks. Kattowitz 1913.

Handelskammer Breslau. Die Oberschlesien-Frage und der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Breslau 1921.

Hanisch, Erdmann: Die Geschichte Polens. Bonn-Lpz. 1923.

Hanotaux, Gabriel: Le Traité du 28. Juin 1919. In: Revue des deux mondes 15. Aug. 1919.

Haskins-Lord: Some problems of the Peace conference. Cambridge 1920.

Heyde, Herbert: Die Nationalitäten in den deutschen Ostprovinzen. In: Zeitschr. d. Ges. f. Erdkunde zu Berlin. 1919.

Hippel-Preyer: Oberschlesien. Königsberger Universitätsreden IX.

House-Seymour: What really happened at Paris 1918—19. London 1921.

— The intimate Papers of Colonel House. London 1928.

v. Hülsen: Der Kampf um Oberschlesien. Stuttgart 1922.

Keller, Karl: Die fremdsprachige Bevölkerung in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches. Berlin 1929.

Keynes, Maynard: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. München-Leipzg. 1920.

Knötel, Paul: Geschichte Oberschlesiens. Kattowitz 1906.

Kucharzewski, Jan: Le dilemme de la Haute Silésie. In: Gazette de Lausanne 22. Januar 1921.

Lansing, Rob.: Die Versailler Friedensverhandlungen. Persönliche Erinnerungen. Berlin 1921.

— The Big four.

Laubert, Manf.: Deutsche und Polen im Wandel der Geschichte. Breslau 1921.

— Nationalität und Volkswille im preuß. Osten. Breslau 1925.

— Polen nach den Teilungen. In: Der Oberschlesier 1921. Heft 10—21.

Luckwaldt, Fr.: Deutschland, Rußland, Polen. Die geschichtliche Entwicklung der Ostprobleme. Danzig 1929.

Martel, René: Les frontières orientales de l'Allemagne. Paris 1930.
Mermeix: Le Combat des Trois. Notes et Documents sur la Conference. Paris 1922.
Miller, Dav. Hunter: My Diary at the Conference of Paris. 20 Bände 1925—26.
Müller, August: La question de la Haute — Silésie au point de vue polonais. Berlin 1921. (Auch deutsch in DAZ 1921, Nr. 102, 110, 115.)
Nitti, Francesco: Das friedlose Europa. Frankfurt a. M. 21.
— Der Niedergang Europas. Die Wege zum Wiederaufbau. Frankfurt a. M. 1922.
Oberschlesien: Aus Oberschlesiens Vergangenheit und Gegenwart. Gleiwitz 1922. Heft 2.
— Unser Oberschlesien. Gotha 1918.
— Das Land unterm Kreuz. Ratibor 1930.
W. von Oertzen: Pilsuldski. Colemans Kl. Biographien. Heft 37. Lübeck 1933.
— Das ist Polen! München 1932.
Osborne, Sidney: The Problem of Upper Silesia. With 5 maps. London 1921.
— Die oberschlesische Frage und das deutsche Kohlenproblem. Berlin 1921.
Osteuropa-Institut in Breslau. Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch. Berlin und Breslau 1925.
— Beiträge zur oberschlesischen Frage. Breslau 1921.
Paderewski, Ignaz: Discours prononcé à la Diète de Varsovie. Lausanne 1919.
— Poland Past and Present. New York 1916.
Partsch, Josef: Schlesien, eine Landeskunde II, 1. Oberschlesien. Breslau 1903.
— Oberschlesien unteilbar. In: DAZ 1921, Nr. 366—368.
— Oberschlesiens Schicksal. In: Westmark 1921, S. 976 ff.
Penck, Albrecht: Die Polengrenze. In: Illustr. Zeitg. Leipzig, Bd. 152 vom 22. Mai 1919.
Pernot, Maurise: L'Epreuve de la Pologne. In: Revue des Deux Mondes. 15. Okt. 1920.
Petzsch, W.: Die Ostgermanen in der Kaiserzeit. In: Deutscher Kulturatlas. Berlin und Leipzig 1931. Vorgeschichte 24.
Piltz, Erasme: Petite Enzyklopädie Polonaise. Lausanne-Paris 1916.
Polen: (Sammelwerk) Bern 1918.
Praesent, H.: Deutsches und poln. Sprachgebiet. Georgr. Zeitschr. 1919, S. 219 ff.
Rachfahl, Felix: Das deutsche Recht auf Oberschlesien. In: Frankfurter Zeitg. 1921, Nr. 637, 647.
Recke, Walter: Die poln. Frage als Problem der europäischen Politik. Berlin 1927.
v. Rheinbaben, W.: Von Versailles zur Freiheit. Hamburg-Berlin-Leipzig 1927.
v. Richthofen, B.: Gehört Ostdeutschland zur Urheimat der Polen? Ostlandschriften. Danzig 1929.
Rittau, Albert: Die Stellung Oberschlesiens nach dem Versailler Vertrag während der internationalen Besatzung. Diss. Würzburg 1929.
Rose, Alexander: Germans and Poles in U. S. Berlin 1919.
Rothbart, Margarete: Die großen Vier am Werk. Berlin 1921.
Rothe, Paul: Entstehung des poln. Staates. Eine völkerrechtlich-politische Untersuchung. Berlin 1926.
Poln. Sachverst. Kom.: Denkschrift der poln. Sachverständigen-Kommission. Questions relatives aux territoires polonais sous la domination prussienne. Paris 1919.
Schirmeisen: Die politischen Beziehungen Schlesiens zu Polen im Lauf der Jahrhunderte. In: Der Oberschlesier 1921. Nr. 10—21.

Schmidt, Axel: Gegen den Korridor: Polnische Zeugnisse und Tatsachen. Berlin 1933.
Skrzynski, Alexander: Poland and Peace. London 1923.
Stahlberg, Walter: Das Kartenspiel um Oberschlesien. In: Grenzboten 1921, 3. Vierteljahr. 6 ff.
— Mußte das sein? In: Eiserne Blätter 1920, Nr. 42.
Tacitus: Germania.
Tardieu, André: La Paix. Paris 1921.
Temperley, H. W. V.: A History of the Peace Conference of Paris. 6 Bände. London 1920—24.
Thompson, C.: The Peace Conference Day by Day. New York 1920.
Vogel, Rudolf: Die deutsche Presse und Propaganda in Oberschlesien. Diss. Leipzig 1931.
Volz, Wilhelm: Die völkische Struktur Oberschlesiens. Breslau 1921.
— Die wirtschaftsgeograph. Grundlagen der oberschlesischen Frage. Breslau 1921.
— Oberschlesien und die oberschlesische Frage. In: Zeitschr. d. Ges. f. Erdkunde zu Berlin. 1921 Nr. 1—2.
Vosberg, Fritz: Der polnische Aufstand in seiner Entstehung. Berlin 1919.
Weißbuch des Kreises Tost-Gleiwitz. Der poln. Aufstand in Oberschlesien. Berlin 1921.
Werner, Karl: Weichselkorridor und Ost-Oberschlesien. Breslau 1932.
Wilson, Woodrow: President Wilsons State-Papers and Adresses. New York 1918.
Zechlin, Erich: Oberschlesien. In: Politisches Handwörterbuch. Leipzig 1923.
Ziegler, W.: Versailles. Die Geschichte eines mißglückten Friedens. Hamburg 1933.
Zusammenstellung von Protokollen und Berichten über den 3. polnischen Aufstand in Oberschlesien. 2 Bde. 1921.
Allgemeine Rundschau, München 1919.
Contempory Review, 1919—1921. London.
Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin 1920—21 (DAZ)
Europäische Gespräche 1923—34.
Eiserne Blätter 1920.
Frankfurter Zeitung 1921.
Gazette de Lausanne 1921.
Geographische Zeitschrift 1919.
Grenzboten. 1919—1921.
Die Hilfe. 1920.
Kriegsschuldfragen. Jg. 1925.
Illustrierte Zeitung Leipzig. 1919.
Der Oberschlesier. 1919—21. Oppeln.
Revue des Deux Mondes. Paris 1919—21.
Schlesische Zeitung. Breslau 1921, März.
Süddeutsche Monatshefte. 1922—24.
Der Weg zur Freiheit. 1921—23.
Der Weiße Adler. 1919—20. Oppeln.
Die Westmark. 1921 Köln.
Die Woche. Sondernummer Oberschlesien. Berlin 1921.
Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin. 1919. 1920.
Oberschlesische Volksstimme. 20. 3. 26.
Ostdeutsche Morgenpost. 20. 3. 31.
Oberschlesien. Zentralorgan der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Berlin 1924—1933.
Reichszentrale für Heimatdienst. Richtlinien 135—200.

LEBENSLAUF

Geboren zu Gleiwitz am 16. Juli 1908 als Sohn des Lehrers Franz Abrahamczik und seiner Ehefrau Amalie geb. Wildner besuchte ich die Volksschule und das human. Gymnasium meiner Vaterstadt. März 1929 bestand ich die Reifeprüfung. Dararuf studierte ich an den Universitäten Innsbruck, Wien, Marburg und Erlangen Philologie. Im April 1934 legte ich in Kessel die Mittelschullehrerprüfung ab. Zur Zeit bin ich an den Kaufmännischen Bildungsanstalten in Gleiwitz beschäftigt.

Gleiwitz, im April 1937.